DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 6. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 233 - 40. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nobelpreis für Walesa: Die Ostblock-Propaganda reagiert mit scharfer Kritik auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa. Kreml-Kreise sprechen von „bewußter Provokation", das Warschauer Regime von „Abwertung" des Preises. Einhellige Zustimmung im Westen. Kanzler Kohl: Preis für Mut und Glauben des polnischen Volkes.

Kongreß-Einfluß: Bei den neuen Richtlinien für den amerikanischen Unterhändler in den Gesprächen über Reduzierung strategischer Waffen (START) hat sich in Washington der Kongreß gegenüber der Reagan-Administration durchgesetzt. (S.12)

Kreml fordert „Freeze": Weltweites Einfrieren der Atomrüstung auf dem heutigen Stand – also Festschreibung der sowjetischen Überlegenheit – hat Moskau jetzt in der Vollversammlung der Vereinten Nationen gefordert.

Peking verlangt SS-20-Abbau: China erklärt den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Asien zur Voraussetzung für eine Besserung der Beziehungen zu Moskau.

Kabinett Shamir steht: Der designierte Nachfolger von Ministerpräsident Begin hat sich mit der orthodoxen Partei Agudat Israel geeinigt; Shamir will sein Kabinett am Montag der Knesset vorstellen.

Todesautomaten: SED-Chef Honecker hat bekräftigt, daß die Selbstschußanlagen an der Grenze völlig abgebaut werden, ließ *aber offen, ob sie ins Hinterland* verlegt werden. Honecker vor österreichischen Journalisten: „Die Automaten verschwinden vollkommen." (S.4)

Leo 2: Saudi-Arabien will die Bundesregierung nicht zur Lieferung von Leopard-2-Panzern drängen. Man sei in der Lage, Panzer auch anderswo zu beschaffen, erklärte ein Regierungssprecher vor dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Riad. (S.1)

Labour Party: Die britische Labour Party hält an ihrer Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung Großbritanniens fest. In anderen Fragen der Verteidigungspolitik ist die Partei zerstrittener denn je. (S.9)

Tschad: Ohne die angestrebte Lösung des Tschad-Konflikts, aber mit verstärkter Bereitschaft der verfeindeten Gruppen zum Dialog, ist in Vittel der französisch-afrikanische Gipfel zu Ende gegangen. (S.7)

Heute: Nobelpreiskomitee gibt den Literaturpreisträger bekannt. – Bundespräsident Carstens setzt USA-Besuch fort. – Kanzler Kohl in Jordanien. – Zentralbankrat tagt in Frankfurt. – EG-Verhandlungen über neues AKP-Abkommen.

ZITAT DES TAGES



»Die Mauer kann und wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein.«

Bundespräsident Karl Carstens in seiner Ansprache vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses in Washington.

FOTO: DPA/SANDEN

WIRTSCHAFT

Atomtechnologie für China: Engere Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie hat die Bundesregierung China angeboten. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff rechnet mit Verhandlungen über Rahmenabkommen schon in den nächsten Wochen. (S.13)

Kirchhoff nominiert: Der Iserlohner Unternehmer Jochen Kirchhoff soll am 25. Oktober zum Nachfolger des tödlich verunglückten Arbeitgeberpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, Paul Pleiger, gewählt werden.

Mineralölverbrauch: Der Verbrauch von Mineralöl in den westlichen Industriestaaten wird nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur (IAE) schon ab Jahresende wieder steigen.

Airbus: Die Bonner Regierung hat den Bürgschaftsrahmen für das europäische Großraumflugzeug A 300/310 von 4,1 auf 4,5 Milliarden DM erhöht. Vom Airbus-Programm hängen einschließlich Zulieferindustrien etwa 24 000 Arbeitsplätze ab.

Börse: An den Aktienbörsen kam es zu Kurserhöhungen auf breiter Front, von denen lediglich die Bankenwerte ausgeschlossen blieben. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 140,3 (139,1). Dollar-Mittelkurs 2,5965 (2,6295) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,50 (393,50) Dollar.

KULTUR

Klassik-Platten: Trotz der allgemeinen Branchenflaute ist die Münchener Plattenfirma „Orfeo" auf Erfolgskurs. Das neuartige Konzept des Labels, das erst seit einem Jahr im Markt ist, wurde jetzt in Montreux mit dem Prix Mondial belohnt.

Medaille für Baecker: Für seine Verdienste um die USA-Berichterstattung im Fernsehen (über 200 TV-Filme) erhält Werner Baecker die „Deutsch-amerikanische Verbundenheitsmedaille" der Aktionsgemeinschaft „Ein Herz für USA".

SPORT

Segeln: Die UdSSR will künftig am America's Cup der Hochseesegler teilnehmen. Die Yacht dafür soll in Leningrad entworfen und in Odessa und Sewastopol gebaut werden.

Tischtennis: Weil er – aus Langeweile – einen Panzer der ungarischen Armee stehlen wollten, durfte Ex-Weltmeister Tibor Klampar wieder im westlichen Ausland spielen. (S.11)

AUS ALLER WELT

Rekordfahrt: Der Brite Richard Noble ist der schnellste Mann auf Rädern. Mit einem düsengetriebenen Auto fuhr er in Nevada neuen Geschwindigkeits-Weltrekord von 1019,652 Stundenkilometern.

Neue Welt: Heute vor 300 Jahren erreichten die ersten Auswanderer Amerika. Das geglückte Abenteuer löste einen Auswanderer-Boom aus. Doch erst im vergangenen Jahrhundert stiegen Hamburg und Bremen in das große Geschäft mit der Emigration ein.

Wetter: Im Norden bewölkt, auch Regen; nach Süden zu heiter bis wolkig. 17 bis 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Friedensnobelpreis für Walesas Kampf um die Arbeiterrechte

Kohl gratuliert / Papst tief befriedigt / Kritik aus Moskau und Warschau

DW. Oslo

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa ist im Westen mit großer Zustimmung, im Osten hingegen mit scharfer Kritik aufgenommen worden. In Kreml-Kreisen wurde von einer „bewußten Provokation" gesprochen. Bereits bei der Auszeichnung des Physikers Andrej Sacharow 1975 hatte die gesamte sowjetische Presse dem Nobelpreiskomitee ein „anti-sowjetisches Manöver" vorgeworfen, das gegen die Entspannung gerichtet sei.

Der stellvertretende polnische Regierungssprecher Andrzej Konopacki beschränkte sich gestern nachmittag auf die Bemerkung, der Nobelpreis, einst eine bedeutende Auszeichnung, sei jetzt „abgewertet" worden. Die Entscheidung habe politische Motive gehabt, sagte Konopacki als „persönliche Meinung". Die Warschauer Führung versucht seit Monaten, Walesa als „Privatperson" abzutun.

Noch unmittelbar vor Bekanntgabe der – *von der polnischen Bevölkerung* freudig begrüßten – Nobelpreisentscheidung setzte Warschau seine Kampagne fort, die vom Fernsehen ausgestrahlte „Tonbandaufzeichnung" eines Gesprächs zwischen dem Arbeiterführer und seinem Bruder, bei dem es um eine angeblich bei der Vatikan-Bank deponierte Summe von einer Million Dollar geht, als authentisch erscheinen zu lassen.

Offenbar in Anspielung auf die verschärfte Kampagne gegen den Arbeiterführer kommentierte ein Sprecher der polnischen Bischöfe, Walesa verdiene den Nobelpreis und er brauche ihn auch, um nicht zu verzagen. Papst Johannes Paul II. nahm die Nachricht von der Verleihung „mit großer Befriedigung" auf. Bundeskanzler Kohl würdigte wie andere führende Politiker im Westen Walesas bisherigen Mut. Kohl sprach von einem ermutigenden Beispiel für alle, denen es um die Sache der Freiheit gehe.

SEITE 3:
Ein Mann mit Maß

Mitglieder des Nobelkomitees gaben vor Journalisten zu, daß ihre Entscheidung bei den Regierungen in Warschau und anderen Ostblock-Staaten wohl „*kaum begriffen*" werde. Aber große Teile des polnischen Volkes, so ein offizieller Sprecher, würden wohl überglücklich sein. In der Begründung für die Preisvergabe werden vor allem Walesas Bemühungen gewürdigt, das Recht der Arbeiter zu sichern, eigene Organisationen zu gründen. Walesas Einsatz sei „von entscheidender Bedeutung im Kampf um die Organisationsfreiheit in aller Welt, ein von den Vereinten Nationen proklamiertes Menschenrecht". *Der gelernte Elektriker* Walesa wird als „Exponent der aktiven Sehnsucht nach Frieden und Freiheit", die bei allen Menschen der Welt unbesiegbar bestehe, bezeichnet.

Bis gestern abend blieb unklar, ob der Arbeiterführer zur Preisübergabe nach Oslo kommen kann.

Walesa selbst war unmittelbar nach Bekanntwerden der Nachrichten aus Oslo nicht zu erreichen. „Selbst während wir miteinander reden, wird nach Walesa gesucht", sagte sein Beichtvater Henryk Jankowski am Mittag zu Journalisten. Walesa war beim Pilzesammeln.

Carstens im US-Kongreß: Bündnis hält

Der Bundespräsident erinnert an gemeinsame Werte / „Jugend muß sich kennenlernen"

DW. Washington

Bundespräsident Karl Carstens hat in einer Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland eine klare Absage erteilt. Carstens, der von den Abgeordneten und Senatoren immer wieder Beifall erhielt, versicherte: „Für uns Deutsche kann es nur Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten im Bündnis der freien Nationen oder Abhängigkeit von der Sowjetunion geben. Wir haben unsere Wahl getroffen."

Der Bundespräsident war offensichtlich darum bemüht, Bedenken, wie sie von amerikanischen Politikern und Publizisten auch in den vergangenen Wochen gegenüber Deutschland öffentlich geäußert worden waren, zu zerstreuen. Er verband *seine Aussagen zur Bündnistreue mit* dem Hinweis, daß die deutsch-amerikanische Freundschaft ihre Festigkeit aus übereinstimmenden Werten, auf denen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland wie in Amerika aufbaue, beziehe. Er nannte Freiheit, Recht und Demokratie.

Das deutsche Staatsoberhaupt knüpfte an Äußerungen von US-Präsident Ronald Reagan während dessen Besuch der Bundesrepublik Deutschland im Juni 1982 an. Carstens: „Die atlantische Schicksalsgemeinschaft und die amerikanische Verpflichtung gegenüber Europa hat Präsident Reagan im vergangenen Jahr vor dem Deutschen Bundestag eindrucksvoll bestätigt, als er sagte: ‚Die Küsten Europas sind unsere Küsten, und die Grenzen Europas sind unsere Grenzen.'"

SEITE 2:
Nach der Koalition von 1960
SEITEN 8 UND 20:
Weitere Beiträge

Die Vision eines menschenwürdigen Lebens habe in den vergangenen Jahrhunderten und bis in unsere Zeit Menschen aus allen Teilen der Welt die Strapazen einer langen Reise und die Schwierigkeiten eines Neuanfangs auf sich nehmen lassen, ein Hinweis des Bundespräsidenten auf den Beginn der deutschen Einwanderung in die Vereinigten Staaten, der sich 1983 zum 300. Mal jährt.

Carstens suchte den Bogen zur aktuellen Situation im geteilten Deutschland zu schlagen. „Aus denselben Gründen sind Deutsche aus *dem* anderen Teil Deutschlands bereit, Leib und Leben einzusetzen, um eine unnatürliche und unmenschliche Grenze zu überwinden und den Schritt in die Freiheit zu wagen."

Er zeigte sich überzeugt, daß die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft, die nun schon über eine Generation währt, auch künftig eine der Grundlagen der deutschen Politik bleiben wird. „Aber wie gute Beziehungen zwischen Menschen ständig gepflegt *sein wollen, so sind auch gute* Beziehungen zwischen Staaten nicht selbstverständlich. Wir müssen der Jugend auf beiden Seiten des Atlantiks die Möglichkeit geben, das andere Land und ihre Altersgefährten besser kennenzulernen."

Riad will Kohl-Besuch nicht belasten

Saudischer Regierungssprecher: Wir können Panzer anderweitig beschaffen

AFP/dpa/rtr, Riad/Dschidda

Die saudiarabische Führung will während des bevorstehenden Besuches von Bundeskanzler Helmut Kohl in Riad von sich aus das *empfindliche Thema der „Leopard-2"-*Panzer-Lieferungen nicht ansprechen. Die amtliche saudische Nachrichtenagentur zitierte einen Regierungssprecher mit den Worten, Saudi-Arabien sei in der Lage, sich die gewünschten 500 Panzer anderweitig zu beschaffen, und wolle daher in keiner Weise Druck auf die Bundesregierung ausüben. Der Besuch solle ungeachtet dieser Frage in „herzlicher Atmosphäre" stattfinden.

Mit dieser Erklärung reagierte Riad *am Vorabend der Abreise des Kanzlers* in den Nahen Osten offenbar auf jüngste Bonner Äußerungen zu dem Thema, in denen es geheißen hatte, Bundeskanzler Kohl werde keine Vereinbarung über das Panzergeschäft treffen und sich auf seiner Nahost-Reise in dieser Frage nicht festlegen, weil eine Mehrheit in der *CDU/CSU dem Waffengeschäft* ablehnend gegenüberstehe.

Für eine Lieferung des deutschen Kampfpanzers haben sich dagegen

SEITE 7:
Hussein hielt Syrer-Druck stand

gestern mehrere CSU-Abgeordnete ausgesprochen. Wie die Abgeordneten Erich Riedl, Michael Glos und Klaus Rose in Bonn erklärten, seien in der deutschen Industrie von 1987 an mehr *als 10 000 Arbeitsplätze* gefährdet, wenn nach Auslieferung der letzten Panzer des Typs „Leopard 2" innerhalb der NATO Anschlußaufträge fehlten. Nach Meinung der Abgeordneten stellt die Lieferung deutscher Panzer an Saudi-Arabien keine Bedrohung Israels dar, wenn dies die Bundesregierung durch die sogenannte *Endverbleibsklausel* vertraglich absichere.

Auf seiner Nahost-Reise ist Bundeskanzler Kohl gestern zuerst in der jordanischen Hauptstadt Amman eingetroffen. Er will sich bei seinem siebentägigen Besuch in Gesprächen mit dem jordanischen König Hussein, dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak und dem saudiarabischen König Fahd über Möglichkeiten informieren, den Friedensprozeß im Nahen Osten wieder zu aktivieren. *In Jordanien steht neben den* politischen Gesprächen auch der Besuch von Entwicklungsprojekten auf dem Programm.

Die D-Mark gewinnt wieder an Wert

Ausgehend von den USA sinken langsam die Zinsen / Hypotheken werden billiger

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Trotz der weiterhin schwelenden internationalen Schuldenkrise hellt sich der Horizont an den internationalen Finanzmärkten auf. Die Zinsen bewegen sich, ausgehend von den USA, leicht abwärts, der Dollarkurs schwächt sich ab, die D-Mark gewinnt an Wert und an den Aktienbörsen verstärkt sich die freundliche Stimmung.

Dreh- und Angelpunkt für diese Bewegungen an den Finanzmärkten ist die sich in den Vereinigten Staaten ausbreitende Meinung, daß die US-Zinsen in der nächsten Zeit eher weiter sinken als steigen werden. Zu dieser Hoffnung fühlt man sich nicht nur durch die Rückführung der zeitweilig sehr expansiven Geldmengenentwicklung in den vorgegebenen Rahmen berechtigt, sondern auch durch das Nachlassen der Inflationsangst. Nach Meinung des Chefs des US-Präsidentenberaterstabs, Feldstein, muß zwar 1984 mit einem Anziehen der Inflationsrate auf vier bis sechs Prozent gerechnet werden, doch erwartet er danach wieder einen Rückgang. Deswegen fürchtet man derzeit in den USA auch kaum noch ein Wiederanziehen der Notenbankbremsen, sondern hofft in Zukunft eher auf eine leichte Lockerung.

Auch die Abflachung des Konjunkturaufschwungs eröffnet nach Auffassung von Finanzexperten Zinssenkungsspielraum in den USA, wenngleich das Zinsniveau wegen des riesigen Haushaltsdefizits im Vergleich zu früher ungewöhnlich hoch bleiben werde.

Diese Erwartungen sorgen schon seit einiger Zeit für einen leichten Druck auf die Dollarzinsen. Damit scheint zugleich die Attraktivität von *Dollaranlagen* nachzulassen. Zudem beginnen internationale Kapitalanleger die D-Mark wiederzuentdecken. Infolgedessen schwächt sich der Dollar ab, und die D-Mark gewinnt an Wert.

Seit *dem mehrjährigen Höchststand* von 2,7336 am 11. August hat der Dollar rund fünf Prozent verloren. Gestern unterschritt sein amtlicher Kurs in Frankfurt erstmals seit dem 22. Juli die Marke von 2,60 DM; er wurde *mit* 2,5965 DM *notiert* nach 2,6295 am Dienstag. Zeitweilig rutschte der Dollar sogar auf 2,5915 DM ab, wozu neben der verbreiteten Erwartung einer anhaltenden leichten Abwärtsbewegung auch spekulative Operationen besonders in Chicago und New York beitrugen. Spiegelbildlich zur Dollarabschwächung befestigte sich die D-Mark an den internationalen Devisenmärkten, und zwar nicht nur im EWS, wo sie schon seit einiger Zeit fester tendiert, sondern auch gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen.

Die Zinssenkungshoffnungen in den USA und die Erholung der D-Mark beflügeln die deutschen Wertpapiermärkte. Besonders an der Aktienbörse *hat sich die Stimmung* nach zaghaften Erholungsansätzen gestern deutlich verbessert. Bei Umsätzen, die so lebhaft waren wie schon seit einigen Wochen nicht mehr, gewannen Publikumswerte bis *zu drei Mark*. Einige Auto-, Maschinenbau- und Warenhausaktien erzielten größere Kursgewinne. Bankaktien standen wegen der internationalen Schuldenkrise weiter im Abseits. Die vor vier Wochen in Gang gekommene langsame Zinssenkung am Kapitalmarkt schlägt sich jetzt auch in einer leichten Verbilligung der Hypotheken nieder.

DER KOMMENTAR

Eine gute Wahl

GÜNTER ZEHM

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa ist eine Freude und eine Genugtuung für alle gerecht denkenden Menschen. Das Nobel-Komitee ehrt sich damit selbst, es beweist Mut und politisches Stehvermögen, und es macht unübersehbar deutlich, daß die höchste humanitäre Auszeichnung, die es heute in der Welt *gibt, kein* Feiertagspreis für unverbindliche Sonntagsreden ist, sondern ein Politikum mit Eigengewicht, das zur Veränderung dieser Welt mit friedlichen Mitteln beiträgt.

Ausdrücklich wird in der Begründung für die Entscheidung zugunsten Walesas auf den Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten hingewiesen. Wer die Menschenrechte mit Füßen tritt, der ist nicht friedensfähig, der verwechselt den Frieden mit der Grabesstille eines Friedhofs. Die aktive Verteidigung der Menschenrechte hingegen ist echter Friedensdienst. Deshalb hat das Osloer Komitee auch früher schon immer wieder Menschenrechtskämpfer geehrt; man denke an Namen wie Carl v. Ossietzky, Andrej Sacharow, Adolfo Perez Esquivel.

Auch in einer anderen Hinsicht steht die Vergabe an Lech Walesa fest in der Tradition des Friedensnobelpreises, der ja schon oft an Persönlichkeiten gefallen ist, die eine bestimmte friedensfördernde Organisation repräsentieren. Im Falle Walesas handelt es sich um die verbotene Gewerkschaft „Solidarnosc", die sich in der Person ihres Führers mitgeehrt fühlen darf. „Solidarnosc" war es gelungen, mit friedlichen Mitteln die Transformation eines totalitären Staates zu mehr Demokratie einzuleiten, und sie hat damit ein Modell geschaffen, das Geschichte machen wird.

Wie wird jetzt die kommunistische Führung in Warschau reagieren? Wird sie dem Beispiel Moskaus folgen, das Andrej Sacharow nach dessen Auszeichnung mit Schikane und Terror überzog? Der neuerliche Gesichtsverlust für Jaruzelski wäre unkorrigierbar. So bleibt zu hoffen, daß das Regime Zurückhaltung üben wird.

DGB-Aufruf unterschiedlich befolgt

dpa/rtr/AP, Bonn/Berlin

Zehntausende Menschen in der Bundesrepublik folgten gestern dem Aufruf des DGB, die Arbeit zwischen 11.55 und 12 Uhr niederzulegen. Die Resonanz auf den Appell zu fünf Mahnminuten für den Frieden war jedoch in den einzelnen Betrieben unterschiedlich. Während an manchen Orten, z. B. in Kassel, Mainz und an der Ruhr, die Arbeit fast völlig ruhte, wurde anderswo weitergearbeitet.

In vielen Städten, so in München, Nürnberg und Augsburg, ruhten teilweise die öffentlichen Verkehrsmittel, im öffentlichen Dienst wurde der Publikumsverkehr unterbrochen. In vielen Orten läuteten die Kirchenglocken.

Die Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion versammelten sich mit Hans-Jochen Vogel vor dem Bundeshaus. In Stuttgart und Düsseldorf verließen die SPD-Landtagsabgeordneten für fünf Minuten die Plenarsäle. 300 von 600 Mitarbeitern versammelten sich im Saarbrücker Rathaus zu einer Friedensversammlung mit Oberbürgermeister Oskar Lafontaine. Im Bundespresseamt legten zahlreiche Beschäftigte die Arbeit nieder, während im Kanzleramt und in den Bonner Ministerien kaum Reaktionen registriert wurden.

Die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN wertete die Mahn-Minuten als eine „machtvolle Aktion gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen". Sie erwähnte nicht, daß sich die Aktion auch gegen die Rüstung im Osten richten sollte.

Bestraft Kreml Offiziere der Luftabwehr?

AP/DW. Washington

Die Sowjetunion soll mehrere hohe Offiziere des Militärkommandos Fernost ihrer Position enthoben haben. Begründung: Sie hätten den südkoreanischen Jumbo-Jet, der am 1. September über Sachalin abgeschossen wurde, nicht daran gehindert, sowjetischen Luftraum zu durchfliegen. Die „Washington Post", die diese Meldung gestern veröffentlichte, stützt sich auf nichtmilitärische sowjetische Quellen.

Die Offiziere, so hieß es, seien dafür *verantwortlich gemacht worden, daß* das Luftverteidigungskommando das Flugzeug nicht bereits über der Kamtschatka-Halbinsel vor Verlassen des sowjetischen Luftraumes ausgemacht habe. Nach den Angaben der Informanten sollen die sowjetischen Kampfpiloten erst Radar- und Sichtkontakt mit der Verkehrsmaschine hergestellt haben, als sie über Sachalin wieder in den sowjetischen Luftraum eingeflogen sei.

Wie die Gewährsleute der „Wa*shington Post" angedeutet haben* sollen, habe das sowjetische Kommando Fernost vor dem Abschuß des Flugzeugs mit 269 Menschen an Bord, mehrmals in direktem Telefonkontakt mit ranghohen Militärs in Moskau gestanden. Die politische Führung sei jedoch nicht zu Rate gezogen worden.

Am 9. September hatte Generalstabschef Marschall Nikolai Orgakow versichert, die letzte Entscheidung über den Abschuß der Maschine sei *auf örtlicher militärischer Ebene* gefallen. Die Verantwortung trage der Chef des Luftverteidigungskommandos Fernost.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zweigeteilte PLO

Von Jürgen Liminski

Nach der saudischen Einlassung zum Thema Leo 2, die wahrscheinlich vorwiegend der westlichen Publizistik gewidmet war, sind auf dem nahöstlichen Gesprächsplan des Kanzlers für die Öffentlichkeit wieder zwei Schicksalsthemen in den Vordergrund gerückt: Zustand und Zukunft der PLO und Libanons.

Sowohl in Amman als auch in Kairo wird den Deutschen die Dringlichkeit der Palästinenserfrage präsentiert werden – zusammen mit der These, daß der „gemäßigte Terrorist“ Arafat unverzichtbar sei. Man muß in beiden Fällen hinter die orientalische Verpackung schauen. Seit dem israelischen Libanon-Feldzug existiert die PLO nicht mehr als eigenständiges Instrument. Es gibt nur noch die PLO „an sich“, die Jet- und UNO-Gruppe. Das ist Arafats Verein. Ihm gegenüber steht die militärisch nutzbare, aber prosyrische Gruppe um Abu Mussa. Sie besorgt Assads und gewiß auch Moskaus Geschäft.

Von Zeit zu Zeit versucht Arafat, wieder einen Fuß in die Hohe Pforte von Damaskus zu setzen. Es gelingt ihm aber nicht mehr. Auch der Drusenführer Dschumblatt will von Arafat nichts wissen. Dagegen öffnet der Druse bereitwillig die Tore des Schuf für die prosyrischen PLO-Verbände. Sie sollen, wie Dschumblatt übrigens angekündigt hatte, wieder in die Lager Sabra und Schatila zurückkehren. Wohl, um die libanesische Armee demnächst in einem Zweifronten-Krieg in die Zange zu nehmen und den Kampf um Beirut zu eröffnen.

Den Beteuerungen, insbesondere aus Kairo, es gelte mehr denn je die PLO zu retten, haftet etwas Surrealistisches an. Überdimensionale leere Köpfe, verzerrte Perspektiven, Türen und Fenster ohne Ausblick. Die Europäer haben in diesem Jahr zur Entwicklung in der PLO nicht viel gesagt. Diese kluge Zurückhaltung zeugt von der richtigen Einschätzung der Lage.

Beim Thema Libanon geht es nicht um bizarre Sprünge und Formen. Hier ist vornehme Zurückhaltung nicht angebracht. Der Machtgewinn für Syrien in der Levante bedeutet auch eine Stärkung des harten Kerns der PLO. Sollte Libanon tatsächlich bald in mehrere Einzelstaaten zerfallen, dann dürften sich auch die Europäer am Kopf kratzen. Denn dann haben wir alte Probleme in neuer Form: einen prosowjetischen Drusenstaat, ein prosyrisches PLO-Gebiet und Spannungen zwischen den USA und Israel.

Abwarten

Von Thomas Kielinger

Wie man's auch macht, man macht es falsch. So mag sich dem Weißen Haus die Frage gestellt haben, ob der Besuch Präsident Reagans auf den Philippinen, geplant für Mitte November, ratsam sei. Die Entscheidung fiel gegen den Besuch aus. Damit ist ein Problem ganz gewiß gelöst: das Problem der Sicherheit für Leib und Leben des US-Präsidenten. Aber ein anderes Problem dürfte nun erst recht zutage treten: die Unsicherheit Ferdinand Marcos' als Machthaber über sein Volk.

Es kann nicht anders sein, als daß die Absage Reagans die Opposition auf den Philippinen ermutigen wird, mit verstärkter Kraft gegen das ungeliebte Regime des Marcos-Ehepaars Ferdinand und Imielda vorzugehen. Noch allzu frisch liegt in der Erinnerung das grausame Ende Benigno Aquinos auf dem Flughafen von Manila. Die Revolte gegen Marcos ist aber nicht mehr auf die jugendliche Intelligenz und Kreise der Arbeiterschaft begrenzt. Auch der bürgerliche Mittelstand tritt mehr und mehr in Opposition zu dem Mann, der noch vor elf Jahren allgemeine Unterstützung für die Einführung des Ausnahmezustands auf den Philippinen erhalten hat.

Ist es jedoch strategisch klug, einen Verbündeten quasi fallenzulassen, wenn er innenpolitisch in die Bredouille gerät? Nun, die Absage eines Besuches ist noch keine Aufkündigung eines Bündnisverhältnisses.

Das spezifische Gewicht Uncle Sams auf den Philippinen ist ungeheuer. Es kann zu einem Katalysator für Revolutionen werden, die gar nicht in die Richtung amerikanischen Interesses laufen müssen. Nur allzu schmerzlich mußten die USA das in Iran erleben.

Nicht das Regime Marcos' ist der Garant für die amerikanische Präsenz im Westpazifik – eine stabile politische Ordnung auf den Philippinen ist es, die dem Interesse Amerikas wie des Westens überhaupt dient.

Falsches Signal

Von Manfred Neuber

Die atlantische Allianz ist ein Bündnis zur Wahrung der gemeinsamen Sicherheit aller Partner. Darin nur eine Schutzgarantie der Amerikaner für Westeuropa zu sehen, spräche für kleinlichen Eigennutz. Wenn die USA an anderen Krisenpunkten gefordert sind, springen die Europäer im eigenen Bereich ohne Fragen in die Bresche.

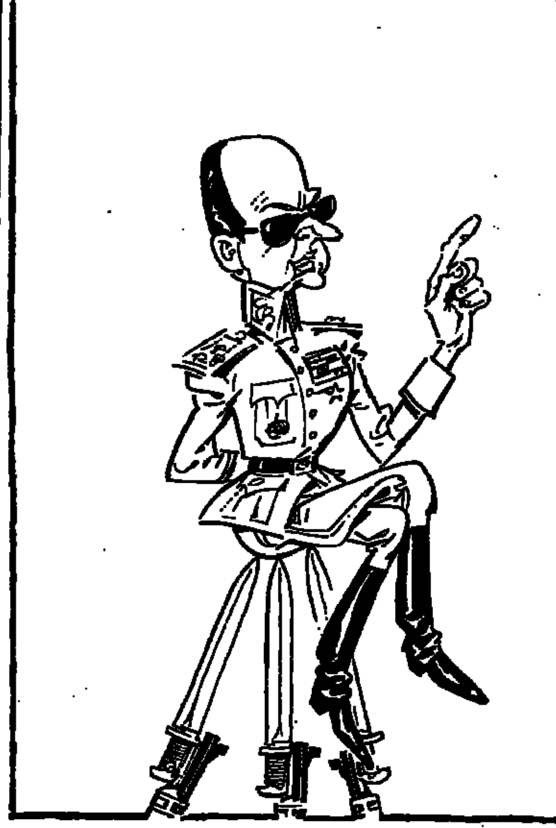
Kann aber Großbritannien die Vereinigten Staaten in Mittelamerika im Stich lassen? Die britische Garnison in Belize, nur 1600 Mann stark und mit vier Senkrechtstartern vom Typ „Harrier“ ausgerüstet, stellt militärisch gewiß keinen schlagkräftigen Faktor dar. Wenn sie jedoch abgezogen würde, bedeutete dies eine psychologische Schwächung für die USA in jener gefährdeten Region.

Um die „Festung Falkland“ zu halten, muß London zwei Soldaten für jeden der 2000 Bewohner auf dem Archipel im Südatlantik stationieren. Das ist bei der dünnen Personaldekke eine zusätzliche Belastung der Streitkräfte Ihrer Britannischen Majestät. So mag es Frau Thatcher in den Sinn gekommen sein, den Union Jack in Belize einzuholen und den Amerikanern die Aufgabe zu überlassen, den Frieden in der Karibik zu schützen.

Als Belize 1981 unabhängig wurde, verpflichtete sich London, die territoriale Integrität des früheren Britisch-Honduras gegenüber den Annexionsabsichten Guatemalas zu wahren. Diese Bedrohung ist bisher nicht gewichen; zwei Verhandlungsrunden blieben erfolglos. Zwar hat Guatemala seine Forderung gemäßigt, allerdings den prinzipiellen Anspruch nicht aufgegeben.

Eine größere Gefahr droht Belize heute durch Kuba. Wenn es zu einer Operationsbasis für Rebellen benutzt würde, sähen sich Guatemala an der Flanke und Honduras im Rücken angegriffen – und der revolutionäre Vormarsch, der von Nicaragua unterstützt und von den USA in El Salvador aufgehalten wird, hatte die Grenze zu Mexiko erreicht. Deshalb ist auch ein zahlenmäßig kleines britisches Truppenkontingent in Belize unersetzlich.

Nur wenn die Guerrilleros in Mittelamerika sowie Kuba und die Sowjetunion auf keine Front-Einbrüche hoffen können, haben die Bemühungen der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) um eine friedliche Konfliktlösung einige Aussicht auf Erfolg.





„Nobel, nobel, Herr Walesa – aber denken Sie an Sacharow!“
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nach der Koalition von 1960

Von Herbert Kremp

Und indem ich dies sage, spreche ich im Namen einer weiten Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland.“ Mit diesen Worten beendete Bundespräsident Carstens seine Grußadresse an die Vereinigten Staaten, in der er die amerikanischen Soldaten in Deutschland als „Verbündete, Partner und Freunde“ bezeichnete. Sie sind es – aber eben für eine „weite“ oder „überwältigende“ Mehrheit, nicht für alle. Nicht für eine Minderheit, die ihren Widerspruch lautverstärkt zum Ausdruck bringt. Das Staatsoberhaupt mußte eine Einschränkung machen – zum ersten Male.

Die Nuance, die sprachliche Schattierung, beschreibt einen politischen Prozeß, dessen Ende in Deutschland niemand abzusehen vermag. Er ist nicht rational, er verläuft nicht rational, er folgt Irrlichtern. In den Gesichtern führender Amerikaner nistet Skepsis. Einer zitierte jüngst den ersten Satz des alten Tacitus: „Germania divisa est in partes tres“, und er bezeichnet damit die „DDR“ und die zwei Lager in der Bundesrepublik – das eine immer noch sehr groß, das andere immer noch kleiner –, die im Kampf um die außenpolitische Grundorientierung des Landes verkeilt sind. Ein gewagtes Bild. Geht es also nicht nur um Raketen? Steht hier wirklich der Wille der einen, die Zukunft westlich-atlantisch zu denken, gegen den Willen der anderen, in Zukunft ein alternatives Neutrum zu sein?

Die Gefahr der Überzeichnung des Bildes leitet sich aus der historischen Tatsache her, daß alles Politische, das in Deutschland geschieht, eine unerhörte Dynamik, eine grimmige Schärfe anzunehmen droht. Die Friedensbewegung ist, im Unterschied etwa zur amerikanischen, ein emotioneller Eklat, eine Glaubenssache, deren Sprache nicht aufklärt, sondern „einstimmt“, eine Art politisches Musikereignis, bei dem es auf den Text nicht ankommt. In den USA eine der zahlreichen, den Gegenstand leicht wechselnden social activities, trägt die Friedensbewegung in Deutschland Züge des Ernstes, der Enge und Angst. So sehen es auch die Franzosen, Engländer und Italiener, deren Wälder nicht so feucht und dunkel sind. Das Mißtrauen gegenüber der teutonischen Bewegung greift um sich und belebt ein altes Vorurteil.

Entscheidend hat dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik unter dem Prägedruck der Raketen-Debatte eine politische Koalition zerbrochen ist, die seit 1960, seit der berühmten Wende-Rede Herbert Wehners im Bundestag, die blinden Kräfte des Unpolitischen zu binden verstand. Die Sozialdemokratische Partei schloß sich damals in der Opposition der Entscheidung Adenauers und seiner Union für den Westen an – für die verfaßte Welt und ihre Sicherheitspolitik. Ein Datum von ungewöhnlicher Leuchtkraft – so erscheint es uns heute. Die Koalition überstand die Ära Brandt und gewann neue, kraftvolle Aktualität, als Bundeskanzler Schmidt unter dem Eindruck der sowjetischen Hochrüstung den NATO-Doppelbeschluß beförderte, der auf alternativem Weg zu Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa führen sollte.

In dieser Zeit der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Koalition haben die Unionsparteien, sich selbst treu bleibend, die sozial-liberale Regierung unterstützt und ihren Kanzler stets dort gestützt, wo ihn die eigene Sozialdemokratische Partei zu behindern oder gar fallenzulassen drohte. Die Opposition handelte staatspolitisch. Als sie dann aber 1982 selbst an die Regierung kam, um dort in der Außen- und Sicherheitspolitik strenge Kontinuität zu wahren, brach die SPD weg wie eine morsche Fassade. Sie kündigte die Koalition von 1960 auf, sie kündigte der Rationalität, um fortan, im Widerspruch zu den alten Worten und Schwüren, in den Grundstrom des außenpolitischen Neutralismus zurückzutauchen, aus dem Herbert Wehner sie gerissen hatte.

Der Koalitionsbruch kann der Neubeginn, besser die Wiederaufführung der deutschen Tragödie sein. Sie hat allemal im „Aussteigen“ bestanden, im Mangel an Weltläufigkeit, im Verlust des Realitätssinnes, in der Borniertheit reiner Innenschau. Dieser zweifelhaften Charge haben sich die Sozialdemokraten heute bemächtigt, ängstlich nach Washington blickend und hoffnungserfüllt nach Moskau. Sie geraten sichtlich aus dem politischen Gleichgewicht, das ihr Kanzler-Anwärter Hans-Jochen Vogel durch ein laut beschwörendes „Jein“ zu den sicherheitspolitischen Entscheidungen der NATO, dem sogenannten Doppelbeschluß, knapp über dem Erdboden noch einmal zu stabilisieren versucht. Aber der begabte Advokat kann nicht verhindern, daß ein Teil der Partei – sie ist ja gespalten – sich als Ex-oriente-lux-Partei aufführt, Freund und Feind ständig und inständig verwechselnd.

Der Bundesrepublik droht Schlagseite. Die Sozialdemokratische Partei wird von den französischen und italienischen Sozialisten, denen es an sicherheitspolitischer Raison nicht gebricht, mißtrauisch fixiert. Die Labour Party steht der SPD noch am nächsten – sie entschied sich in Brighton gerade für die „einseitige Abrüstung“ des Westens –, aber wer ist mit dem Schicksal Labours schon gern im Bunde? Zu Hause verhindert die SPD den Bruch der Koalition von 1960 mit der Spekulation auf Gewinn. Der Bruch öffnete die Pforten zur Friedensbewegung und zu anderen farbigen Sängerschaften. Die Gewerkschaften sind ohnehin natürliche Verbündete einer sozialdemokratischen Opposition.

Die neue Koalition wird versuchen, gegen die repräsentative Mehrheit des Parlaments eine plebiszitäre Mehrheit unter den Bürgern zu setzen. Sie diskutiert die innere Verfassung, nicht nur die äußere. Weiß die Opposition, auf welchen Weg sie sich da begibt?



Vom deutschen Fluch der Innenschau: Antiamerikanische Demonstranten 1981 in Berlin
FOTO: DIETER KLAR/DPA

IM GESPRÄCH Peter Reuschenbach

Pflegt Kernwähler im Revier

Von Wilm Herlyn

Eine Ära neigt sich dem Ende zu, die Ära des Horst Katzor, der seit 14 Jahren die Geschicke der größten Stadt im Ruhrgebiet leitete und dessen Stimme im Konzert der mächtigen Oberbürgermeister des Reviers die deutlichste und markanteste war. Aus Gesundheitsgründen wird er bei der Kommunalwahl am 30. September 1984 in seiner Heimatstadt Essen nicht wieder kandidieren. Ein schwerer Schlaganfall, von dem er sich allmählich erst erholte, zwingt zu diesem Schritt. Von langer Hand bereitete die Essener SPD darum auch die Nachfolge vor, die jetzt wohlüberlegt und einstimmig zugunsten von Peter Reuschenbach ausfiel.



Bald OB in Essen: Peter Reuschenbach
FOTO: JUPP DARCHINGER

Der Bundestagsabgeordnete, dessen Wahlkreis im Essener Norden für die besten Bundestagswahlergebnisse der Partei gut ist, gehört dem Rat der Stadt nicht an – und er wird darum Katzor erst nach der Kommunalwahl ersetzen. Vorausgesetzt natürlich, die SPD bleibt stärkste Partei. Bei der letzten Wahl fiel das Votum der Essener mit 54,1 Prozent eindeutig für die Sozialdemokraten aus. Doch verpaßte die FDP nur um wenige Stimmen mit 4,9 Prozent den Einzug in das Stadt-Parlament. Und die CDU macht sich im Sog der Bonner Wende Hoffnung, zusammen mit den Liberalen auch in der fünftgrößten deutschen Stadt (640 000 Einwohner) den Trend des Reviers zur Sozialdemokratie hin zu brechen.

Die SPD setzt mit Reuschenbach einen Politiker dagegen, der eher dem rechten Flügel seiner Partei zuzurechnen ist. Dies Naturell entspricht nicht nur seiner Neigung, sondern vor allem auch dem Profil der SPD im Ruhrgebiet. Reuschenbach entwickelte sich – nach seiner Zeit als persönlicher Referent des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt – zu einem der Protagonisten der Kanalarbeiter. Linke Genossen fürchteten ihn – so wie der extreme Karl-Heinz Hansen: „Das ist der knallhärteste Scharfmacher, den wir hier haben“, urteilte er, als er noch Genosse war. Helmut Schmidt schätzte Reuschenbach sogar so hoch ein, daß er ihm den Staatssekretärposten im Verkehrs- oder Postministerium antrug.

Reuschenbach winkte ab. Er wolle sich nicht im Regierungsjob „auffressen lassen, sondern sich allgemein politisch tummeln“. Und das tut er, der sommersprossige, rothaarige 48jährige Industriekaufmann, lieber im Hintergrund. Offensichtlich erfolgreich. Denn der stellvertretende Vorsitzende im Wirtschaftsausschuß des Bundestages überrascht hin und wieder seine Kollegen mit Aktenkenntnissen, die auf gute Kontakte auch zu anderen Parteien hindeuten. In der Partei ist er völlig unverzichtbar, da er bei jener Klientel, um die sich die SPD vor allem bemühen muß – ihre Kernwähler –, in hoher Gunst steht: bei den Industriearbeitern, Gewerkschaftern, Facharbeitern. Sein Sachverstand qualifiziert ihn für ein hohes Amt im strukturschwachen Ruhrgebiet. Und sicher ist, daß er Günter Samtlebe, den nachbarlichen Oberbürgermeister von Dortmund und kürzlich gewählten Vorsitzenden des Deutschen Städtetages, eine ernsthafte Konkurrenz machen wird, wer im Konzert der Revier-OB's den Ton angibt. Denn was Reuschenbach anpackt, faßt er mit beiden Händen an.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung merkt zur Nahostreise des Bundeskanzlers an:

Heikelster Punkt seiner Nahost-Reise wird zweifellos der saudische Wunsch nach Lieferung des deutschen Kampfpanzers Leopard 2 sein. Die Saudis berufen sich hierbei auf eine angebliche Zusage des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Der Schmidt-Vertraute Wischnewski hingegen versicherte dieser Tage, bereits vor über einem Jahr habe Schmidt die Frage der Panzerlieferung negativ entschieden. Aus dem Kanzleramt verlautet einschränkend, die Aktenlage sei unklar. Kohl reist also mit ziemlich diffusem Gepäck nach Riad. Er weiß, daß Saudi-Arabien zu den stabilisierenden Faktoren im Mittleren Osten gehört und einer der größten Kreditgeber der Bundesrepublik ist. Er weiß aber auch, daß die Saudis die Erklärung des „Heiligen Krieges“ an Israel noch nicht zurückgenommen haben. Jerusalems muß die Lieferung des Leopard 2 an Saudi-Arabien als Affront gegen seine Sicherheitsinteressen empfinden und hat dies Bonn mehrfach in aller Deutlichkeit mitgeteilt.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Das Blatt stellt zur Kabinettsumbildung in Düsseldorf fest:

Johannes Rau, für die Sozialdemokraten so etwas wie ein Hoffnungsträger für die nächsten Jahre, hat sich nicht mit Ruhm bedeckt. Zur Kabinettsumbildung, wie er sie jetzt endlich vollzog, hat man ihn – wie einen müden Hund zur Jagd – tragen müssen. Derselbe Mann, der noch vor wenigen Tagen mit der Benennung von Klaus Matthiesen zum Landwirtschaftsminister ein gutes Auge und Sinn für Dramaturgie bewiesen hatte, vollzog am Dienstag eine Kabinettsumbildung, die er selbst für die zweitbeste Lösung hält. Dabei stand Rau unter keinem Zeitdruck. Kultusminister Girgensohn macht seit Monaten aus seiner Amtsunlust keinen Hehl, und Justizministerin Donnepp steht ebenso lange zur Disposition. Sie hat im wesentlichen damit zu tun gehabt, Vorwürfe zu entkräften, wonach in ihrem Haus in Sachen Parteispendenaffäre nicht alles wasserdicht gewesen sei. Der Regierungschef hätte das wachsende Drängen in Partei und Öffentlichkeit, das seiner Führungsqualität und seinem politischen Augenmaß kein gutes Zeugnis ausstellt, also leicht vermeiden können.

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es über das Schießunglück von Münsingen:

Bestimmten Ausformungen der Friedensbewegung wird das schwere Unglück von Münsingen ohne Zweifel ganz gelegen kommen, um einmal mehr Sinn und Auftrag der Streitkräfte in Frage zu stellen. Soll die Bundeswehr deshalb auf Demonstrationen ihrer Aufgabe verzichten? Dank fortgesetzter öffentlicher Kritik ist das Selbstbewußtsein der Armee schwach genug entwickelt, um derlei Überlegungen jetzt breiten Raum zu geben. Es kommt jetzt darauf an, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Wenn Unternehmer einmal auf die Straße gehen . . .

75 000 demonstrierten in Stockholm gegen Palmes gewinnfeindliche Fonds-Idee / Von Reiner Gatermann

Die schwedischen Sozialdemokraten sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr oder sie verschließen auch bewußt ihre Augen vor einer Wirklichkeit, die ihnen nicht sehr angenehm ist. Da demonstrierten jetzt in der Hauptstadt nach Schätzung der Polizei gut 75 000 Menschen; ein extra von der Partei ausgeschickter Zähltrupp kam dagegen nur auf 27 660. So falsch wie diese Situationsbeurteilung ist auch die sozialdemokratische Darstellung der Sachfrage, um die es in diesem Protestzug ging, einem der größten, der je in Schweden stattgefunden hat.

Während 75 000 Menschen forderten, die Pläne für die sogenannten kollektiven Arbeitnehmerfonds für immer im Papierkorb verschwinden zu lassen, teilte Ministerpräsident Olof Palme etwa gleichzeitig in seiner Regierungserklärung mit, daß trotz aller Proteste und der Tatsache, daß nur etwa 15 Prozent der Bevölkerung für die Arbeitnehmerfonds-Idee sind, das sozialdemokratische Minderheitskabinett eine entsprechende Parlamentsvorlage vorbereite. Palme hatte die Manipulationsschraube aber noch einmal angezogen; aus den Arbeitnehmerfonds wurden in der Regierungserklärung „Sicherheitsfonds der Arbeitnehmer“.

Die große Zahl der Demonstranten, die alle Erwartungen weit übertraf, sollte die Sozialdemokraten nachdenklich stimmen. Denn dort marschierten nicht alleine die „Kapitalisten“ und die „Millionäre“, die „Direktorenclique“ und die „Börsenspekulanten“, sondern da waren auch rund 5000 Mitglieder der Angestelltengewerkschaft TCO, die in einer eigenen Demonstration eine Mitgliedsabstimmung in der Fondsfrage forderten; da waren die Hotel- und Restaurantangestellten von der Insel Öland und alle 17 Mitarbeiter einer kleinen Firma oder auch ein Kleinunternehmer aus Nordschweden, der für die Sozialdemokraten im Stadtparlament sitzt. Sie solidarisierten sich an diesem Tag nicht mit ihrer Partei und den Gewerkschaften, sondern mit dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes, Curt Nicolin, mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Mischkonzerns Electrolux, Hans Werthen, und mit der Chefin der Johnson-Gruppe (Industrie und Schiffahrt) Antonia Johnson-Mörner. Einhellig forderten sie „weg mit den Fonds“.

Dafür hatte der Regierungschef nur einen Kommentar: „Es ist schlechter Stil, gerade heute, wo das Parlament feierlich eröffnet wird, zu demonstrieren.“ Offenbar stört es ihn, daß die Demonstranten ihm in den Massenmedien die Schau gestohlen hatten.

Laut Olof Palme werden die Fonds echte Segensspender sein. Vor dem Parlament erklärte er: „Der Zweck der Fonds ist, die Kapitalbildung zu verstärken und produktive Investitionen zu fördern, während der demokratische Einfluß in der Wirtschaft gleichzeitig verstärkt wird. Hierdurch werden bessere Voraussetzungen für ruhige Tarifverhandlungen und eine dauernde Verbesserung der Rentabilität der Wirtschaft geschaffen. Die Arbeitnehmerfonds werden zur Stärkung der Produktion und der Beschäftigung in einer Zeit benötigt, in der finanzielle Operationen und Spekulationen das Vertrauen in unserem Wirtschaftssystem zu untergraben drohen. Diese Sicherheitsfonds der Arbeitnehmer sollen dazu beitragen, Sicherheit der Arbeitsplätze, Sicherheit für die Altersrenten und Sicherheit vor Spekulationen in der schwedischen Gesellschaft zu schaffen.“

Jeder einzelne Punkt ist entweder leicht widerlegbar oder genauso spekulativ wie einige Börsentransaktionen der letzten Zeit, die Palme so verdammt. Es wäre ehrlicher, wenn Partei und Gewerkschaftsbund die vor etwa zehn Jahren in die Welt gesetzte Ursprungsidee nicht verleugneten, daß man nämlich mit den Fonds die Kapitalisten entmachten und die Wirtschaft mit Hilfe der von den Gewerkschaften dominierten Fondspräsidien „demokratisieren“ wolle. Damit könnte man ihnen wenigstens noch ideologische Geradlinigkeit bescheinigen und deswegen Respekt zollen. Ihre jetzige Politik ist nur noch von Prestigedenken geprägt, ein einmal gefaßter Beschluß muß durchgepaukt werden. Er wird die Wirtschaft nicht ruinieren, er legt ihr jedoch neue Lasten auf, oder, wie es ein Unternehmer beschrieb: „Wir müssen mit den Verlusten fertig werden, während die Gewinne in die Fonds gehen.“

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen zweier wichtiger Institutionen zum Fondsvorschlag: Das Reichsversicherungsamt meint, die geforderte Realrendite des in Aktien plazierten Fondskapitals von drei Prozent ist kaum erreichbar; es sei zu befürchten, daß das Kapital statt dessen schrumpfe. Palme dagegen glaubt, mit diesen drei Prozent die Pensionen aufbessern zu können. Und der Gewerkschaftsbund will die 49prozentige Beteiligungsgrenze der Fonds an den einzelnen Unternehmen aufheben.

Die Regierung marschiert nun ihren Weg unbeirrt weiter; Anfang November bekommt das Parlament den Gesetzesentwurf, der wenig später mit kommunistischer Unterstützung angenommen werden dürfte.

Friedens-Nobelpreis 1983 für Lech Walesa, „einen Exponenten der aktiven Sehnsucht nach Frieden und Freiheit“

Ein Mann mit Maß und Macht in der Ohnmacht

Von CARL G. STRÖHM

Noch vor wenigen Tagen versuchte das Warschauer Regime ihn mittels offensichtlich manipulierter Tonbänder abzuqualifizieren – jetzt ist Lech Walesa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Damit erlebt der kleine Elektriker, der fast über Nacht zum großen Gewerkschaftsvorsitzenden der nun verbotenen „Solidarität“ wurde, nach allen Schlägen und Enttäuschungen - einen persönlichen Triumph sondergleichen. Aber die Nobelpreis-Verleihung gilt nicht nur ihm als Person. Sie ist auch eine Verbeugung der westlichen Welt vor dem polnischen Volk, vor den Millionen kleiner „Solidarnosc“-Mitglieder und vor jenen Mitarbeitern und Freunden Walesas, die sich im heutigen Polen in politischer Haft befinden.

Was macht die Bedeutung Walesas aus? Worin liegt die Wirkung eines Mannes, der nach den klassischen Regeln der Politologie und der Politik zunächst gar keine Qualifikation und Kenntnis für die Rolle mitzubringen schien, die ihm fast über Nacht während der dramatischen Tage von Danzig im August 1980 zugefallen war? Walesa, der gelernte Elektriker, hatte keinerlei politische Erfahrung, als er in der Danziger Lenin-Werft zum Sprecher der Belegschaft und dann zum Verhandlungspartner der polnischen Regierung wurde. Er war ein „unbeschriebenes Blatt“, dazu noch jung – nicht einmal 40 Jahre –, als er die Führung der neu entstandenen Gewerkschaft „Solidarität“ übernahm.

Das kommunistische Regime ließ ihn anfangs gewähren, überzeugt, der kleine Elektriker werde sich schon von selber im Gestrüpp der Organisation, der Intrigen, der unvermeidlichen Machtkämpfe totlaufen. Man rechnete wohl auch mit dem persönlichen Ehrgeiz dieses Mannes. Es gibt ja genug Beispiele, daß plötzlich nach oben gespülte „kleine Leute“ jedes Maß und Ziel verlieren. Hätte Walesa 1980 den Weg des geringeren Widerstandes gewählt, hätte er direkt oder indirekt die Teilhaberschaft an der Macht und an den Privilegien des Systems akzeptiert – Dienstauto, schönes Büro, Sekretärinnen –, vielleicht wäre er heute Minister in der Regierung Jaruzelski. Erstaunlich war, daß er nicht die breite Straße, sondern den kargen, steinigen Weg wählte. Er erwies sich als unbestechlich, als uninteressiert an Geld und *persönlichem Wohlleben*. Er blieb auf dem Boden der Tatsachen, er blieb seinem eigenen Leben treu. Das hat ihn für das kommunistische Regime unangreifbar gemacht.

Walesa, der *nichtintellektuelle* Arbeiter, widerstand auch der Versuchung, sich von seinen intellektuellen Ratgebern trennen zu lassen. Er hielt seinen Ratgebern und Freunden aus dem katholisch-intellektuellen Milieu oder auch aus der eher laizistischen Gruppe um das Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) die Treue. Er hörte auf ihre Warnungen und Vorschläge – aber er wurde auch nicht deren „Werkzeug“. Das zeigte sich auch an seinem Verhältnis zur katholischen Kirche. Wer anfangs geglaubt hatte, der gläubige Katholik Walesa sei nichts anderes als ein ferngesteuerter Exponent der katholischen Hierarchie oder auch des polnischen Papstes, sah sich bald widerlegt. Er erwies sich vielmehr als Persönlichkeit aus eigener Kraft – und er entwickelte einen erstaunlichen politischen Instinkt.

Dieser Instinkt und ein wahrscheinlich angeborener innerer Kompaß bewahrten ihn auch davor, den Gefühlen des Triumphes über den eigenen Erfolg und des Zornes oder der Wut über das kommunistische System freien Lauf zu lassen. Walesa hatte die Kraft zur Mäßigung – eine Eigenschaft, die für die polnische Nation *aus begreiflichen Gründen nicht* immer selbstverständlich war. Im Gegensatz zu den sogenannten Radikalen innerhalb der Gewerkschaft „Solidarität“ sah er die innerstaatliche *und die internationale Machtlage* ganz realistisch. Er wußte auch in den Augenblicken größter Erfolge, daß sich an Polens geopolitischer Lage nichts ändern werde, daß es also sinnlos und höchst gefährlich sein mußte, etwa die „Bündnisfrage“ im Warschauer Pakt zu stellen oder das Machtmonopol der Kommunisten anzutasten.

Walesa spürte, daß die Gewerkschaft „Solidarität“ nur in einer gewissen Selbstbeschränkung Erfolg haben konnte – und er kämpfte auch gegenüber den eigenen „Radikalen“ für einen solchen gemäßigten Kurs. Ob er sich bis in alle Einzelheiten bewußt war, warum der ungarische und der tschechoslowakische Versuch einer „Selbstbefreiung“ in den Jahren 1956 und 1968 jeweils mit einer Katastrophe, dem sowjetischen Einmarsch, geendet hatte, ist nicht bekannt. Aber instinktiv verhielt sich Walesa so, als habe er aus den Fehlern der anderen gelernt.



31. August 1983: Vor der Lenin-Werft feiert die Bevölkerung Lech Walesa zum dritten Jahrestag des Danziger Abkommens
FOTO: CHIP HIRES/STUDIO X

Sein Ziel war nicht der Sturz des Regimes, sondern die Transformation der polnischen Zustände. Die Kommunisten sollten getrost regieren, aber die „Solidarität“ sollte als Sprecher der Arbeiterschaft (und später auch der Bauern) Verhandlungspartner des Systems sein. In einem politischen System, in dem auch die Wirtschaft und die Produktion weitgehend „staatlich“ sind, in dem der Staat als monopolistischer Arbeitgeber auftritt, mußte die freie Gewerkschaft zu einer gesellschaftspolitischen *Macht* werden. Zwischen Staat und „Solidarnosc“ aber stand die Kirche als vermittelnde Instanz und zugleich als nationale Autorität.

Vielleicht könnte man Walesa vorhalten, er habe sich illusionäre Hoffnungen gemacht. Das Akzeptieren dieser „Dreier-Lösung“ – hier kommunistisches Regime, dort „Solidarität“ und dazwischen, daneben oder darüber die katholische Kirche – hätte auf lange Sicht eine Mutation des Kommunismus, jedenfalls ein faktisches Verlassen des leninistischen Kurses und der totalitären Strukturen zur Folge haben müssen. Deshalb war es vom sowjetisch-kommunistischen Standpunkt aus nur konsequent, daß Jaruzelski diese Konstruktion mit einem Schwertstreich am 13. Dezember 1981 zunichte machte. Die „Solidarität“ wurde zuerst ausgeschaltet, dann – nach verlogenen Versprechungen, sie sei nur „vorläufig“ suspendiert – endgültig verboten. Walesa wurde mit vielen anderen interniert. Nach seiner Freilassung bezeichnete das Regime ihn als „Privatmann“, mit dem man keinerlei Gespräche zu führen beabsichtige.

Rückblickend muß man sich allerdings fragen: Welchen anderen Weg hätte Walesa gehen können? Eine Nation, die in diesem Jahrhundert bereits so furchtbaren Blutzoll entrichten mußte, zum offenen Aufruhr zu treiben, hätte unvermeidlich mit einer neuen Katastrophe geendet. Das wäre vom Standpunkt der nationalen Interessen Polens, aber auch vom Interesse der anderen kommunistisch beherrschten Nationen aus unverantwortlich gewesen. So mußte Walesa zwischen Scylla und Charybdis segeln – zwischen der Gefahr, durch einen faulen Kompromiß zum Komplizen des Regimes zu werden und damit die Hoffnung seiner Anhänger zu enttäuschen, und der Gefahr des Abgleitens in eine Haltung des „Alles oder Nichts“.

Die Größe Lech Walesas liegt nicht so sehr darin, daß er den Kommunisten und den Sowjets immer wieder auf verblüffende Weise, manchmal mit den längst vergessenen Argumenten des gesunden Menschenverstandes, die Meinung gesagt hat. Sie *liegt vielmehr darin, daß es ihm* gelang, die Idee zu bewahren, über den zu erwartenden Gegenschlag des Regimes hinaus. General Jaruzelski hat heute die äußere Macht in Polen. Armee, Polizei und Staatssicherheit funktionieren auf seinen Befehl. Trotzdem weiß jedes Kind, daß es da noch einen anderen gibt, der eine andersartige, aber wahrscheinlich länger dauernde Macht repräsentiert: eine Macht in der Ohnmacht, vor der sich die sichtbaren Machthaber fürchten.

Wenn man Walesa auch in seinen jüngsten Äußerungen *richtig* versteht, denkt er, der nie Geschichte studiert hat, wiederum instinktiv und intuitiv in geschichtlichen Kategorien. Deshalb scheint ihm auch der Inhalt wichtiger als die Form. Er ist *immer noch rechtmäßiger Vorsitzender* einer der größten Gewerkschaften der Welt. Die „Solidarität“ hatte in ihrer legalen Zeit bis zu 10 Millionen Mitglieder – fast jeder vierte Einwohner Polens war in ihr organisiert. Aber auch das gehört zum Bild seiner Persönlichkeit: Es geht Walesa nicht um seinen Sessel als Vorsitzender. Er weiß vielleicht, daß es die alte „Solidarität“ nicht mehr geben kann, daß die Entwicklung nicht zum Jahr 1980 zurückgehen wird. Aber da die Organsation der „Solidarität“ eine zeitbedingte Form war, denkt ihr Vorsitzender heute mehr an die Inhalte. Vielleicht sind jetzt andere taktische Lösungen anzuvisieren, nachdem sich zeigte, daß die funktionierende Armee und Polizei eines Minderheiten-Regimes auch diesmal die Mehrheit unterdrücken konnte.

Die Formen mögen sich ändern. Kein Zweifel dagegen besteht, daß Walesa der Sache, *der* Idee, dem „Gesetz, nach dem er angetreten,“ auch weiterhin treu bleiben wird. Er kann sich das leisten, weil er für sich selber nichts erwartet: Vielleicht wird er das *Erreichen oder auch nur das Sicht*barwerden des Zieles, das er anstrebt, trotz seiner relativ jungen Jahre nicht mehr erleben. Vielleicht wird es sein Schicksal sein, sich selbst zu opfern, um seiner Nation Mut zu geben und anderen, die lange nach ihm kommen, den Weg zu bahnen. Wer heute in Polen den Mut hat, ein Symbol der Zukunft zu sein, muß viel Umgemach in Kauf nehmen.

Aber der historische Prozeß geht weiter: Die Idee der Befreiung der Arbeiter, der Selbstbestimmung im nationalen ebenso wie im gesellschaftlichen Bereich, der Traum von einem neuen Weg der „Solidarität“ jenseits des kommunistischen Systems, aber auch in einer gewissen Distanz zur westlichen Gesellschaftsordnung mit ihrer Permissivität und ihrer Neigung zum privaten Egoismus – das alles hat sicher nicht in der Lenin-Werft seinen Anfang genommen. Es war schon vorher vorhanden, bei den Kronstädter Matrosen 1920 ebenso wie am 17. Juni 1953 oder im Budapester Oktober 1956. Walesa hat aber diesen Bestrebungen auf neue Weise ein geistiges Fundament gegeben. Er selbst ist zum Symbol dieser Hoffnungen geworden – in seinem eigenen Volk, aber auf lange Sicht auch darüber hinaus.

Damit aber gewinnt der Nobelpreisträger aus Polen, der geistig in einer Linie mit seinem Vorgänger als Preisträger, Andrej Sacharow, steht und den man mit dem deutschen Preisträger Ossietzky vergleichen kann, eine europäische Dimension. Walesa versinnbildlicht ja auch in seinem persönlichen Schicksal den Weg Europas, besonders der Mitte unseres Kontinents, zu der Polen ebenso gehört wie die „DDR“, die Tschechoslowakei, Ungarn, das Baltikum oder auch sogar der europäische Südosten. In all diesen Staaten und Nationen schwelt unter der Oberfläche die Sehnsucht nach Selbstbestimmung, nach Freiheit, auch nach Solidarität. Das mag überlagert sein von vergangenen Konflikten, von den kleinen und großen Ärgernissen der Zeit – aber die lebendige Substanz ist vorhanden. Somit trifft in abgewandelter Form auf Walesa zu, was einst über de Gaulle gesagt wurde: Mag sein, daß er als Mann von gestern bezeichnet wird und daß er kein Mann des Heute ist. Aber daß er ein Mann von morgen und übermorgen sein könnte, darf man annehmen.

„Inspiration und Vorbild“

In seiner Begründung für die Vergabe des Friedens-Nobelpreises *1983 an den polnischen* Arbeiterführer Lech Walesa erklärte das aus fünf Personen bestehende Nobel-Komitee:

„Das norwegische Nobel-Komitee hat den Nobelpreis 1983 Lech Walesa zugeteilt. Hinsichtlich dieser Entscheidung hat das Komitee Walesas mit bedeutenden persönlichen Opfern verbundenen Beitrag, das Recht der Arbeiter zu sichern, eigene Organisationen zu gründen, zugrunde gelegt. Die Zuteilung des Preises ist von großer Bedeutung in der weiteren Kampagne, die universelle Freiheit zu sichern und die Menschenrechte, wie sie in der UNO festgelegt sind.

Lech Walesas Aktivitäten waren durch die Entschlossenheit gekennzeichnet, die Probleme seines Landes durch Verhandlungen und Zusammenarbeit ohne Gewalt zu lösen. Er hat den Dialog zwischen der Organisation ‚Solidarität‘ und den *Behörden ermöglicht*.

Das Komitee betrachtet Walesa als einen Exponenten der aktiven Sehnsucht nach Frieden und Freiheit, die trotz ungleicher Verhältnisse bei allen Menschen der Welt unbesiegt besteht. Das Komitee hat bei verschiedenen Gelegenheiten der Preisvergabe unterstrichen, daß eine Kampagne für Menschenrechte auch eine Kampagne für den Frieden ist.

Weiter glaubt das Komitee, daß Walesas Versuch, eine friedliche Lösung der Probleme seines Landes zu finden, einen Beitrag zur internationalen Entspannung leistet. In einer Zeit, wo Entspannung und die friedliche Lösung von Konflikten wichtiger als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt sind, ist Lech Walesas Einsatz sowohl Inspiration als auch Vorbild.“ (dpa)

Am Kiosk fielen die Würfel für Danzig

Von JOACHIM G. GÖRLICH

In der Gemeinde Scianka zwischen den Städten Plock und Wloclawek ist die Bevölkerung darauf stolz, daß im eingemeindeten Popowo Lech Walesa vor vierzig Jahren geboren wurde. Auf dem Dorffriedhof sind die Gräber des Bauern Boleslaw Walesa und seiner Witwe Felicja, geborene Kaminska, stets mit Blumen – teilweise auch von Unbekannten – geschmückt. Der Bauer, der einen vier Hektar großen Betrieb hatte, holte sich 1945 beim Ausheben von Panzergräben eine Lungenentzündung, an der er starb.

Im inzwischen verkauften Walesa-Haus wohnt heute noch in einer kargen Wohnung Lechs jüngster Halbbruder Wojtek mit Ehefrau Grazyna und Sohn Artur zur Miete. Der schwer Zuckerkranke arbeitet in der Invaliden-Genossenschaft im nahe gelegenen Wloclawek. Nicht weit von Scianka lebt Halbbruder Zygmunt, der in einen großen Bauernhof eingeheiratet hat. Und irgendwo auf einer Baustelle Polens „treibt“ sich Bruder Edward als Bauarbeiter herum. Das älteste Walesa-Kind und die einzige Schwester Lechs, Izabella, hat nach Sochaczew geheiratet.

Vorbild für den Arbeiterführer war stets sein 1939 geborener Bruder Stanislaw, der jetzt wegen einer angeblichen Tonbandaufnahme, die er während eines Besuches bei Bruder Lech im Verbannungsort Arlamow gemacht haben soll, Mittelpunkt der staatlichen Propaganda geworden ist. Ob der Drehermeister aus Bromberg noch weiter KP-Mitglied ist, scheint indessen fraglich zu sein. Lech besuchte dieselbe Berufsschule in Lipno und wurde wie Bruder Stanislaw zuerst Landwirtschaftsmechaniker. Und er absolvierte dieselbe Unteroffiziersschule wie sein Bruder, ließ sich auch den gleichen Schnurrbart wachsen.

Während die Berufsschule Lech attestierte, daß er ein „Intrigant“ sei, was sein alter Lehrer als politische Intrige bezeichnete, bescheinigte ihm der Kommandant der Unteroffiziersschule eine „vorzügliche Führernatur“ und bekniete ihn im Zeugnis, doch Berufssoldat zu werden. Mitarbeiter des „staatlichen Maschinenzentrums“ in Scianka, der ersten Arbeitsstelle Lech Walesas, berichten, daß er stets ein „goldenes Händchen“ hatte und nach Feierabend seinen Monatslohn durch Reparaturen von TV-, Radio- und Haushaltsgeräten aufpolierte.

Nach Danzig kam der Gründer der „Solidarität“ eher per Zufall. Auf einer Reise nach Gdingen, wo er Arbeit suchen wollte, stieg er auf dem Danziger Hauptbahnhof aus, um sich an einem Kiosk etwas Eßbares zu holen. Die junge Verkäuferin gefiel Lech so gut, daß er den Zug weiterfahren ließ und in Danzig blieb. Die junge Dame – Miroslawa war ihr eigentlicher Vorname, den er später in Danuta änderte – wurde seine Frau.

Die Bürokratie mindert Chancen für Flüchtlinge

1982 förderte die Benecke-Stiftung 3136 Zuwanderer

PETER PHILIPPS, Bonn

Verantwortliche Politiker und Beamte sollten durch Einzelschicksale, im Gespräch mit Betroffenen aufgerüttelt werden. Die Otto-Benecke-Stiftung hatte zu einem Gesprächsabend in ihre Bonner Räume geladen, an dem neben den deutschen Partnern auch Stipendiaten der Stiftung aus 18 Ländern teilnahmen.

Seit fast zehn Jahren kümmert sich die Stiftung um Flüchtlinge aus der „DDR" und dem Ausland sowie um Spätaussiedler, um Akademikern einen beruflichen Start in der neuen Heimat zu ermöglichen. Ihre Kenntnisse sollen nutzbringend angewendet werden, die neuen Bürger nicht weit unter ihren Fähigkeiten liegende Hilfsarbeiten ausführen. Doch, so der Generalsekretär der Otto-Benecke-Stiftung, Wolfgang Beitz, das Programm zur Förderung zugewanderter Studienbewerber ist beispielsweise durch eine Anweisung des Bundesfinanzministeriums gestoppt worden, nur weil sich die Bundesministerien nicht darüber einigen können, wer die Zuständigkeit für dieses Programm hat.

Ein Vietnamese fragte die Abgeordneten, was sie eigentlich sagen würden, wenn sie sich in seine Lage bzw. die seiner Eltern versetzten: Der Sohn sei ins westliche Ausland geflohen und schreibe nach Vietnam, daß er – angehender Akademiker – zwar seit mehreren Jahren im reichen Gastland sei, aber nichts weiter gelernt habe als Hilfsarbeiter. Oder: Ein ehemaliger afghanischer Ministerpräsident, der in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet ist, berichtete von den Schwierigkeiten, die seine Kinder dadurch haben, daß sie auf die Flucht natürlich keine Schulzeugnisse mitgenommen haben. Beitz: „Gerade bei den Flüchtlingen aus den Entwicklungsländern, insbesondere aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten, ist kaum noch ein Bildungsnachweis, wie ihn unsere Kulturbürokratie fordert, vorhanden.

Zu den am Abend immer wieder angesprochenen Schwierigkeiten zählte auch das Problem der Asylgewährung. Von Betroffenen wurde geklagt, daß viele Flüchtlinge aus der Dritten Welt jahrelang in Aufnahmelagern dahinvegetierten, bis die Gerichte über Asylanträge entschieden hätten – wobei für viele von vornherein keine Aussicht auf Asylgewährung bestehe. Beitz: „Die Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen nicht zu einer schulischen Eingliederung zu verhelfen, ist ein Widerspruch in sich." Denn schließlich gebe Bonn andererseits jedes Jahr Millionen zur Förderung der Bildung in den Entwicklungsländern aus.

Der „zermürbende täglich Kampf" um Ausbildungsplätze, Stipendien und um die Anerkennung der heimischen Ausbildung – dies waren die Themen des Abends. Und dabei scheint es egal zu sein, woher die Menschen kommen. Ein deutschstämmiger Jurist aus Polen berichtete den immer betroffener werdenden Politikern und Beamten, daß er bei uns in seinem Beruf nicht arbeiten durfte – erst durch eine Zusatzausbildung, die von der Benecke-Stiftung entwickelt wurde, konnte er ein entsprechendes Zertifikat erwerben.

3136 junge Zuwanderer hat die Benecke-Stiftung im vergangenen Jahr in ihre Förderung aufgenommen. Davon waren allein 2382 Aussiedler bzw. Übersiedler und Flüchtlinge aus der „DDR". 1982 wurden dafür mehr als 71 Millionen Mark für Hilfen und Stipendien aufgewendet.

Späth: Wyhl wird nicht vor 1995 gebaut

XING-HU KUO, Stuttgart

Das Kernkraftwerk im südbadischen Wyhl wird „nicht vor 1995" gebaut. Dies hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) am Dienstagabend erklärt. Damit präzisierte der Stuttgarter Regierungschef erstmalig seine Aussage vom 30. August dieses Jahres, daß nach seiner Auffassung der „Zeitdruck" für den Baubeginn des heftig umstrittenen Atomkraftwerkes am Kaiserstuhl nicht mehr vorhanden sei. Bislang wurde mit einem Baubeginn unmittelbar nach der Landtagswahl am 25. März 1984 gerechnet.

Späth begründete seine neue Haltung mit dem Hinweis, der zunächst prognostizierte rasche Strombedarfzuwachs sei durch neueste Zahlen nicht bestätigt worden. Im übrigen werde jetzt „in aller Ruhe mit Frankreich" über eventuelle preiswerte Stromlieferungen nach Baden-Württemberg beraten. Grundsätzlich halte er dennoch an dem Prinzip fest, daß Wyhl „gebaut wird, wenn wir es brauchen". Die Verschiebung des KKW in Südbaden betreffe jedoch nicht andere Vorhaben: „Neckarwestheim II geht planmäßig in Bau", versicherte der Ministerpräsident.

Die Verschiebung des Baus in Wyhl war gestern auch Gegenstand einer Landtagsdebatte. Die Oppositionsparteien forderten Späth zu einem „endgültigen Verzicht" in Wyhl auf. Zuvor hatten sie den Aufschub als „Schritt in die richtige Richtung" begrüßt. Bei den Befürwortern des Kernkraftwerkes haben die Äußerungen des Ministerpräsidenten Enttäuschung hervorgerufen. Die Bürgerinitiative gegen den Atommeiler sehen dagegen einen wichtigen Etappensieg.

Hilft den Brauern ein Käse-Urteil?

Neue Hoffnung für die Reinheit des deutschen Bieres / Kiechle: Bin zuversichtlich

PETER SCHMALZ, München

Holländischer Käse kann womöglich das Reinheitsgebot des deutschen Bieres retten: Nachdem der Europäische Gerichtshof im sogenannten „Nissin"-Urteil den Niederlanden gestattet hat, am Einfuhrverbot für Käse festzuhalten, der mit dem in Holland nicht genehmigten Zusatzstoff Nissin versehen ist, hoffen deutsche Politiker, mit ähnlicher Argumentation die harte Linie der Europäischen Kommission gegen das Reinheitsgebot aufweichen zu können. „Ich bin nach diesem Urteil zuversichtlicher", meint Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle. Und sein CSU-Parteifreund, der Münchner Europa-Abgeordnete Reinhold Bocklet fordert die Bundesregierung auf, in ihrem Kampf für reines deutsches Bier künftig stärker den im „Nissin"-Urteil enthaltenen Gedanken des präventiven Gesundheitsschutzes ins Feld zu führen.

Ein Handelshemmnis

Bisher standen kommerzielle Interessen im Vordergrund. Die EG-Kommission begründete ihre ablehnende Haltung ausschließlich mit Wettbewerbsnachteilen, die anderen europäischen Brauern dadurch entstehen, daß sie ihr nicht nach dem Reinheitsgebot produziertes Bier auf dem deutschen Markt nicht anbieten dürfen. Dies sei ein Handelshemmnis und verstoße gegen Artikel 30 des EWG-Vertrags, erklärt die EG-Kommission in einer – wie es offiziell heißt – „mit Gründen versehenen Stellungnahme", die dieser Tage bei der deutschen Bundesregierung eingegangen ist.

Nach Artikel 169 des EWG-Vertrags müßte die Bundesregierung innerhalb von 30 Tagen dem Wunsch der Kommission nachkommen und das deutsche Reinheitsgebot aufheben. Es wird aber erwartet, daß Bonn eine Fristverlängerung beantragt.

In der weiteren Auseinandersetzung darf die deutsche Seite nach Meinung von Bocklet nicht mehr auf das Argument bauen, eine Aufweichung des Reinheitsgebots würde die Existenz der vor allem in Bayern breit gefächerten mittelständischen Brauerwirtschaft gefährden. Der Europa-Politiker im Gespräch mit der WELT: „Eine solche Haltung würde den klassischen Protektionismus bedeuten, indem man zum Schutz der eigenen Wirtschaft Handelshemmnisse aufbaut." Dies aber ist durch Artikel 30 des EWG-Vertrags untersagt.

1978 wurde der erste EG-Schlag gegen das deutsche Brauwesen geführt. Durch eine Unachtsamkeit des als Ratspräsident amtierenden deutschen Landwirtschaftsministers Josef Ertl wurde die Kennzeichnungsrichtlinie erlassen, wonach auch Bierflaschen mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum versehen sein müssen. Zu spät aufmerksam geworden, protestierte die Bundesregierung zwar dagegen, konnte aber nur einen Aufschub bis Ende 1984 erreichen. Da Bier mit chemischen Zusätzen länger haltbar ist und dem Verbraucher dank eines späteren Datums suggerieren könnte, es sei frischer als das Konkurrenzprodukt, sprach Bocklet damals vom „größten Anschlag auf die mittelständische Brauerstruktur und auf die Geschmacksvielfalt der bayerischen Bierlandschaft".

Doch es kam noch schlimmer: Am 20. Februar 1979 fällte der Europäische Gerichtshof das sogenannte „Cassis de Dijon"-Urteil. Dabei handelte es sich um einen Johannisbeer-Likör, der nicht die in der Bundesrepublik vorgeschriebene Mindestmenge an Alkohol hatte. Die Europa-Richter aber entschieden: Jedes in einem Mitgliedsstaat rechtmäßig hergestellte und in den Verkehr gebrachte Erzeugnis ist grundsätzlich auf dem Markt der anderen Mitgliedsstaaten zugelassen. Damit schien dem deutschen Reinheitsgebot der Boden entzogen. Auch der zuständige deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes begann vehement gegen die deutsche Bier-Besonderheit zu agieren, ein Umstand, der ihm in seiner Heimat nunmehr den Vorwurf einbringt, leichtfertig gehandelt zu haben. Bocklet: „Er hätte auch mühelos Gründe finden können für das Reinheitsgebot, anstatt nur ausschließlich mit Wettbewerbs-Argumenten zu arbeiten."

Präventiver Schutz

Der Ansatz dafür liegt in Artikel 36 des EWG-Vertrags: Danach sind Handelshemmnisse ausnahmsweise zulässig – unter anderem auch zum Schutz der Gesundheit. Bei dem hohen deutschen Bierkonsum, so der Bayer Bocklet, zählt das Verbot von chemischen Zusätzen im Bier aber durchaus zum präventiven Gesundheitsschutz. Er wirft der Kommission Leichtfertigkeit vor, wenn sie gegen die Auffassung der Bundesregierung und der Weltgesundheitsorganisation Zusatzstoffe im Bier fordert.

Nachdem sich nun auch der Europäische Gerichtshof an seinem „Nissin"-Urteil für die Beibehaltung regionaler Eigenheiten ausgesprochen hat, rechnet Bocklet zumindest mit einem juristischen Bier-Sieg der Bundesrepublik, falls sie bei der Kommission doch noch politisch unterliegen sollte. Der EG-Abgeordnete fordert deshalb die Bundesregierung auf, nicht nur hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, sondern eine Offensiv-Kampagne für das Reinheitsgebot zu starten und die Bevölkerung für den damit verbundenen Gesundheitsschutz zu mobilisieren.

Honecker: Die Automaten verschwinden...

DW/AP, Berlin

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker hat es offengelassen, ob nach dem Abbau von Todesautomaten solche Selbstschußanlagen ins Hinterland verlegt werden. Im Gespräch mit österreichischen Journalisten erklärte Honecker, die Selbstschußanlagen an der „DDR"-Grenze zur Bundesrepublik Deutschland würden völlig abgebaut.

Die Journalisten zitierten den SED-Chef mit dem Satz: „Die Automaten verschwinden vollkommen." Auf die Zusatzfrage, ob die Anlagen auch nicht ins „Hinterland" verlegt würden, sagte der „DDR"-Staatsratsvorsitzende nach Darstellung der österreichischen Korrespondenten: „Ich habe keine genaue Kenntnis der Details, aber die Anlagen verschwinden." Die Journalistengruppe hielt sich in Vorbereitung des Staatsbesuchs des österreichischen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger in der „DDR" – er ist für die kommende Woche vorgesehen – in Ost-Berlin auf.

An anderer Stelle des Gesprächs bezeichnete Honecker die Selbstschußanlagen als „harmlos". Er war gefragt worden, ob er eine Möglichkeit sehe, den „Schaden" im deutsch-deutschen Verhältnis, der sich aus der eventuellen Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ergeben würde, zu begrenzen. Er habe dies verneint.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jenrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 42.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Pyschalt

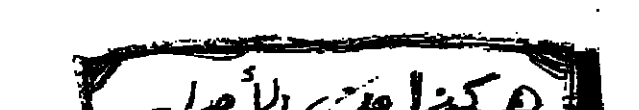
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.



DGB gegen Experimente mit der Arbeitszeit

Geteiltes Echo auf Strukturpläne des Berliner Senats

F. DIEDERICHS, Berlin

Trotz des von Berlins Regierendem Bürgermeister Richard von Weizsäkker (CDU) vertretenen Optimismus, Berlin sei heute in puncto Arbeitslosigkeit besser gestellt als „jede in der Größe vergleichbare Stadt nördlich des Main", ist das in dieser Woche vorgestellte langfristige Arbeitsmarkt- und Strukturprogramm für die Spree-Metropole bei SPD-Opposition und Gewerkschaften nur beschränkt auf Zustimmung gestoßen.

Das vom CDU/FDP-Senat verabschiedete Programm „für mehr Beschäftigung, Innovation und Qualität in Berlin", ausgerichtet auf die marktwirtschaftliche Mobilisierung von letztlich nahezu einer halben Milliarde Mark, wird von der Landesregierung selbst keinesfalls als „Patentrezept" angepriesen. Wirtschaftsexperten verweisen allerdings darauf, daß ähnliche schon im vergangenen Jahr gestartete Initiativen zur Marktbelebung „von der Wirtschaft angenommen wurden". Die von der SPD-Fraktion geäußerte Haltung zum neuen Arbeitsmarktprogramm läßt zwar eine generell positive Einstellung zu derartigen belebenden Absichten erkennen. Kritik wurde jedoch vor allem bei Brennpunkt-Themen wie der Industrieansiedlung in Berlin oder der „Bestandpflege" in der gewerblichen Wirtschaft laut, wo die Opposition „klare Aussagen" vermißt.

Keine „kurzfristigen Beschäftigungsprogramme"

Die vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Wagner gestellte Frage, wieviel Arbeitsplätze das Programm denn letztlich erbringen würde, war von Weizsäcker und Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) schon zuvor entschärft worden. Der Senat, so machte der Regierende Bürgermeister unmißverständlich deutlich, strebe keine „kurzfristigen und kurzatmigen Beschäftigungsprogramme an", die nur einer schnellen Bereinigung der Arbeitslosenquote dienten, aber langfristig an Durchschlagskraft verlieren würden.

Diese erhofft sich die Landesregierung auch von einer Änderung der bisher praktizierten Subventionsmentalität, bei der das Schwergewicht auf der Erhaltung bestehender, aber in der Technologie oft veralteter Unternehmensstrukturen lag. „Mehr Wirtschaftsqualität" heißen die Zauberworte, die neben dem Aufspüren neuer Wachstumsfelder in der Berliner Wirtschaft auch einen engeren Schulterschluß von Forschung und Industrie vorsehen. Das 87-Millionen-Programm, von dem bereits im kommenden Jahr 42 Millionen Mark ausgegeben, 25 Millionen Mark dabei für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) eingesetzt werden, sieht neben der Gründung eines „Instituts für neue Berufe", in dem junge Menschen für zukunftsträchtige Marktnischen ausgebildet werden sollen, Pilotprojekte für neue Regelungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit vor.

„Mehr Spielraum für Bauherren und Architekten"

Vorstellungen des Senats, in Privatunternehmen unter wissenschaftlicher Begleitung neue Arbeitszeit-Modelle wie die 35-Stunden-Woche zu testen, sind jedoch nach Ansicht der SPD besonders vom rechtlichen Standpunkt „fraglich". Die Opposition verweist hier zudem auf bestehende Tarifvereinbarungen. Der Berliner DGB-Vorsitzende Michael Pagels ließ zu diesem Thema bereits die „entschiedene Ablehnung" des Deutschen Gewerkschaftsbundes durchblicken und kritisierte auch das „zu geringe finanzielle Volumen" des Programms. Volle Unterstützung sicherte der DGB-Sprecher dem Weizsäcker-Senat dagegen bei der Absicht zu, neue Arbeitsplätze durch eine Einschränkung der Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst zu schaffen.

Eine „unmittelbar nachfrageverstärkende Wirkung" billigt die Landesregierung schließlich der Verkürzung von Verwaltungsabläufen im Baubereich zu, wo „mehr Spielraum für Bauherren und Architekten" im Verbund mit der Fortsetzung der Instandsetzungsförderung mittelfristig „für Beschäftigte und Betriebe Perspektiven einer kontinuierlichen Beschäftigung" bieten sollen.

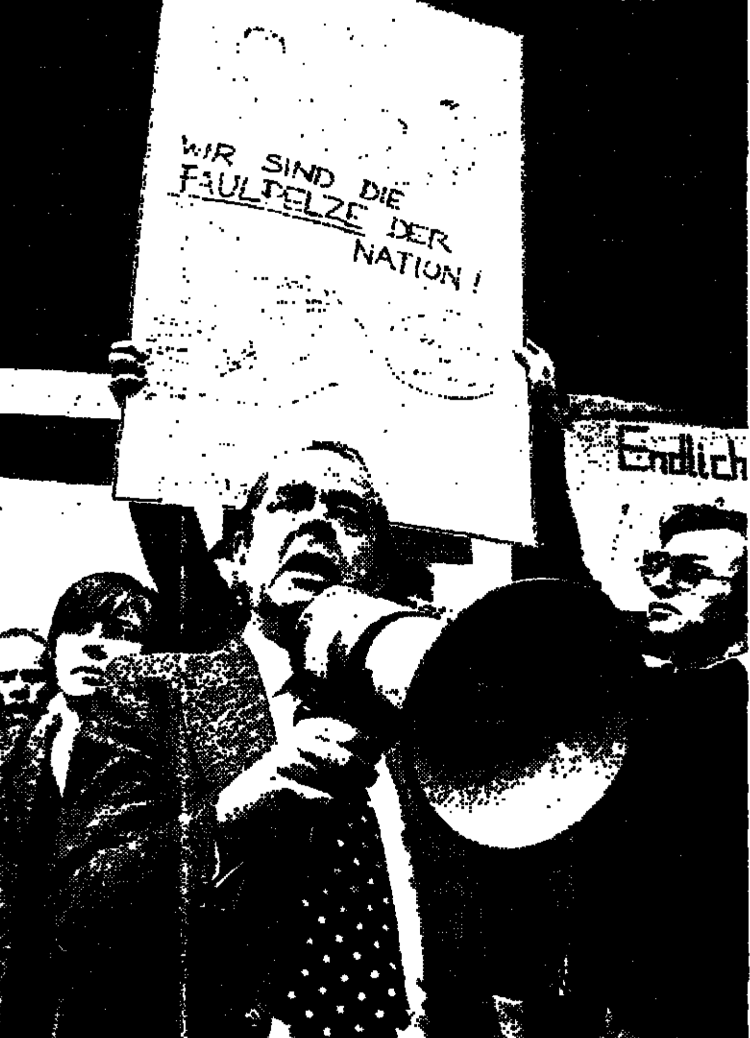
Girgensohn wollte ganz einfach nicht mehr

Von WILM HERLYN

Die überstürzte Neuformierung des nordrhein-westfälischen Kabinetts läßt einen Mann in den Hintergrund treten, der letztlich Auslöser war: Jürgen Girgensohn, der Kultusminister von Heinz Kühn und Johannes Rau. Wie kaum ein anderer formte und verformte er die bildungspolitische Landschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland der Republik. Mit Hans Maier, dem Bayern, ist er der dienstälteste Minister – und wohl auch der bekannteste. Denn unter seiner Ägide wurden Markenzeichen sozialdemokratischer Reformbestrebungen gesetzt wie die Kooperative Schule, die flächendeckende integrierte Gesamtschule, aber auch die unselige Ersatzschulfinanzierung. Girgensohn reiht sich ein in die Namensliste der Eiferer von Friedeburg oder von Oertzen, aber er kann mit Recht darauf bestehen, daß er am beständigsten die neuen Ideen in der Bildungspolitik durchzusetzen versuchte. Er tat dies im Auftrag von Kühn wie im Auftrag von Rau – aber mit der Rückendeckung der Partei.

Es ist eines der schwierigsten Ämter, das das föderative System einem Ressortchef im Landeskabinett zumutet. So genommen nimmt es nicht wunder, daß Girgensohn nach knapp 13jähriger Amtszeit Verschleißerscheinungen zeigt, daß er müde wurde, ganz einfach nicht mehr will. Die Anfeindungen hat er lange ertragen – nach außen erstaunlich gelassen: Er ist der „rote Jürgen" oder vieldeutig das „Kamener Kreuz" – dort ist sein Wahlkreis –, auch als ein kulturideologischer Teufel qualifiziert. Menschlich integer, seinen Chefs loyal ergeben stellte sich „Jü" dar. Und so mußte es ihn besonders wurmen, daß Johannes Rau immer wieder seinen dringenden Wunsch hinausschob, ihn in Ehren zu entlassen. Nie schien dem nordrhein-westfälischen Regierungschef die Gelegenheit günstig, der Zeitpunkt richtig gewählt.

Es hätte kaum einen Beobachter verwundert, wenn sich Girgensohn schon im Sommer 1981 verabschiedet hätte – nachdem die absolute Mehrheit der SPD-Fraktion im Landtag das Ende des Gesamtschulversuchs durchgepeitscht hat. Wenn auch mit Kompromissen, als sie dem Drängen der CDU nachgab und eine Bestandsgarantie für die Realschule und für das Gymnasium formulierte. Doch erst im Dezember des vergangenen Jahres signalisierte Girgensohn eindeutig: „Johannes, ich mag nicht mehr." Lange – zwei Jahre lang – habe er zu diesem Schritt gebraucht, heißt es, ehe er sich offenbarte. Ihm schien – und darauf besteht er auch heute –, daß 35 Jahre aktive Politik genug sind. Und schon damals vor einem Jahr reifte in ihm auch der Plan, das heimatliche Westfalen zu verlassen und nach Düsseldorf zu ziehen. Das bedeutet gleichzeitig, den stellvertretenden Vorsitz im mitgliederstärksten SPD-Bezirk Westliches Westfalen aufzugeben.



Jürgen Girgensohn, ein Name, der in den vergangenen 13 Jahren zum Synonym wurde für die umstrittene Bildungs- und Schulpolitik der SPD

FOTO: MANFRED VOLLMER

Er zählt sich zu der verratenen Generation, die verführt wurde im Nationalsozialismus. Zur Waffen-SS meldete er sich freiwillig, war von 1943 bis Kriegsende Rottenführer (was dem Rang eines Gefreiten der Wehrmacht entspricht) der Einheit „Wiking". Das war in seiner Heimat Kamen kein Geheimnis. Nach Kriegsende wurde er schnell entnazifiziert und trat 1946 überzeugt der Religionsgemeinschaft der Quäker bei. 1950 wurde der Realschullehrer Mitglied der SPD.

Doch Rau ließ den getreuen Girgensohn nicht ziehen. Die Wende in Bonn war gerade vollzogen, Unruhe mochte der Regierungschef nicht ins eigene Haus tragen. Vertröstung auf die Zeit nach dem 6. März, den Bundestagswahlen. Girgensohn nickte zum Einverständnis. Aber auch nach dem 6. März rührte sich nichts. Am 10. April schrieb der Kultusminister an das Ministerpräsidentenbüro in der Haroldstraße. Der Rücktritt wurde auf den Sommer terminiert. Und ausgerechnet dort hinein platzte die Demission von Hans-Otto Bäumer.

Wieder mußte Girgensohn zurückstehen. Am 30. August machte er einen neuen Anlauf. Wieder schreibt er an Rau und setzt Fristen: In vier Wochen ist Schluß. Er formuliert in seinem Schreiben gleich mit, was Rau zum Rücktritt erklären könnte. Die Antwort Raus ist ausweichend – hinauszögernd, auf die lange Bank schiebend. Wieder ist nicht der richtige Zeitpunkt: Die Hessen- und Bremen-Wahlen stehen vor der Tür. Dazu kommt die Vakanz auf Bäumers Stuhl.

Und Rau drängte Girgensohn, erst im März 1984 zurückzutreten, dann, wenn er, wie geplant, die neue Mannschaft vorstellte. Girgensohn lehnte ab. Oder doch wenigstens bis diese Weihnachten. Wieder Widerstand bei Girgensohn. Er will einfach nicht mehr.

Einen Tag vor Ablauf der Frist am 30. September berät er sich mit dem engsten Freundeskreis in Hattingen, am Rande einer IG-Metall-Konferenz. Der Entschluß steht unverrückbar fest für den 3. Oktober. Seine Freunde bestärken ihn, sich nicht noch einmal bereden zu lassen. Ohne Absprache mit dem Regierungschef läßt er die Nachricht an die Öffentlichkeit durchsickern: Sie überrascht Rau hinterrücks in einer Sitzung des Parteivorstandes.

Mit seiner Flucht in die Öffentlichkeit zwang Girgensohn Rau, sich zu entscheiden – vor allem aber, ihn gehen zu lassen. Ende Oktober wird er sein Ministerium verlassen, dessen Geschäfte er 13 Jahre lang bestellte. Er wartet nicht ab, ob der Spruch des Verfassungsgerichtshofes der SPD eine schwere bildungspolitische Niederlage zufügt. Damit wird sein Nachfolger, Hans Schwier, konfrontiert. Denn erst Ende des Jahres entscheiden die Richter in Münster über die Verfassungsklage der CDU zur Gesamtschule, die nach Meinung der Opposition die Hauptschule verdrängt. Und diese Hauptschule ist aber durch die Verfassung, so die CDU, geschützt. Es wäre die dritte Schlappe der Reformpädagogen – nach der mißlungenen Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten und später nach den zurückgenommenen Mittelkürzungen für die privaten Ersatzschulen. Vor allem aber übergibt Girgensohn seinem Nachfolger die Probleme der wachsenden Hundertschaften von arbeitslosen Lehrern. Damit konnte Girgensohn selbst schon nicht mehr fertig werden.

Zwei Juden suchen deutsche Retter

SAD, Jerusalem

Zwei jüdische Brüder suchen zwei ehemalige Berliner Wehrmachtsoldaten, um ihnen für ihre Hilfe und ihr menschliches Verhalten zu danken. Die zwei Berliner heißen Fritz Finster und Stefan Mammen. Sie dienten bei der Verpflegungsdienststelle der Deutschen Wehrmacht in der weißrussischen Stadt Glembocki. Dort wohnten damals die Brüder Gregory und Michael Hodash.

Kurz nach der deutschen Invasion wurden sie mit den anderen 5000 Juden des Städtchens in das Getto gesperrt, verließen es jedoch jeden Morgen, um bei der Wehrmacht Zwangsarbeit zu leisten.

„Mein Bruder und ich", erzählt Gregory, „lernten dort die beiden Berliner kennen. Sie warnten uns und 24 andere Juden. Aufgrund dieser Warnung flüchteten wir, sobald dies möglich war." Gregory sagt: „Seither haben wir nichts mehr von ihnen gehört." Falls sie den Krieg überlebt haben, so bittet Gregory Hodash, daß sie sich mit ihm in Verbindung setzen. Seine Adresse lautet: 11 810 Vise Street, in North Hollywood, Cal., 91 605, Telefon (213) 765-1192.

DKP beherrscht Planungen für die „Friedenswoche"

Konzessionen, um den Einfluß zu behalten

DIETHART GOOS, **Hamburg**

Zielstrebig und wirkungsvoll hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) mit ihren Tarn- und Nebenorganisationen anders orientierte Teilnehmer der „Friedenswoche" vom 15. bis 22. Oktober, insbesondere Sozialdemokraten und Gewerkschafter, an die Wand gedrückt. Das wird aus der Einsatzplanung und den Entscheidungen zahlreicher vorbereitender „Foren" deutlich, die nahezu alle von Vertretern der DKP und ihren Sympathisanten majorisiert worden sind. Zugeständnisse wurden nur aus taktischen Gründen gemacht.

Hatte sich zunächst das „Zweite Aktionsforum" der „Friedensbewegung" am 9. und 19. Oktober 1982 in Köln für eine zentrale Großveranstaltung am 22. Oktober dieses Jahres in Bonn ausgesprochen, wurden auf der „Dritten Aktionskonferenz" am 16. und 17. April dieses Jahres drei „Volksversammlungen" in Bonn, Stuttgart/Neu-Ulm und Hamburg beschlossen. Diese Konzession machten die orthodoxen Kommunisten der Moskauer Richtung gegenüber den sogenannten unabhängigen Kräften der „Friedensbewegung", um deren Mitglieder an sich zu binden.

Beide Lager, die „traditionellen Organisationen" der DKP und der mit ihr sympathisierenden Gruppierungen wie „Deutsche Friedens-Union" (DFU). „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ) und die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG/VK) sowie die „Unabhängigen" und „Autonomen" (Gruppen mit dogmatischen und undogmatischen Neuen Linken, militante Autonome bis hin zum RAF-Umfeld) sind sich in ihrer Zielrichtung einig: Die NATO-Nachrüstung muß verhindert, die westliche Allianz möglichst gespalten werden. Eindeutig dominiert der DKP-Flügel mit seinem Konzept: NATO-Nachrüstung zu Fall bringen, ohne auch nur eine sowjetische Rakete abzurüsten.

Auf der Hamburger „Volksversammlung" am 22. Oktober von 14 bis 16 Uhr auf dem Rathausmarkt – es gilt als sicher, daß dem noch nicht vorliegenden Antrag auf Aufhebung der Bannmeile stattgegeben wird – sind die Redner Björn Engholm, SPD-Oppositionsführer im Kieler Landtag, und Lothar Zimmermann vom DGB-Bundesvorstand fest eingemauert in die Phalanx kommunistischer Redner. Zu ihnen gehören DKP-Spitzenfunktionär Bachmann sowie Thomas Ebermann von der Hamburger GAL.

Beantragt werden soll diese Kundgebung in Hamburg unter anderem von Ingrid Kurz von der DFU. Diese Organisation wird von den Sicherheitsbehörden als eindeutig von der DKP beeinflußt und als Vorfeldorganisation der DKP für das bürgerliche Spektrum eingestuft. DFU-Vertreterin Kurz hat auch bei der Hamburger Polizei bereits für den „Widerstandstag der Frauen" am 17. Oktober eine „Menschenkette" in der Innenstadt vom Hauptbahnhof zum Rathausmarkt beantragt. Zu den weiteren Antragstellern dieser Aktion zählt Christa Randzio-Plath, Vorsitzende der Hamburger Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).

Bei den umfangreichen Vorbereitungen für die DKP-orientierte „Friedenswoche" tritt als Organisationsadresse immer wieder die DFU-Geschäftsstelle Innocentiastraße 21 im Hamburger Stadtteil Eppendorf auf. Dort laufen alle Fäden zusammen. Immerhin gehören 160 sogenannte Friedensinitiativen zum Spektrum des „Hamburger Forums", das unter der DFU-Adresse als Leitungsgremium fungiert. In etwa 60 dieser Initiativen sind DKP-Mitglieder oder Vertreter ihrer Tarnorganisationen an führender Stelle tätig.

Das „Hamburger Forum", vertreten durch Ingrid Kurz, war auch Veranstalter des großen Konzerts „Künstler für den Frieden" am 3. und 4. September im St.-Pauli-Stadion. Auch dabei dominierte die DKP. Bis zuletzt wurde versucht, den Auftritt des ihr verhaßten Wolf Biermann zu verhindern. Um einen Streit mit dem bürgerlichen Lager zu vermeiden, konnte der aus der „DDR" ausgebürgerte Biermann schließlich doch singen.

Immer wieder propagiert die DKP bei den Vorbereitungen der „Friedenswoche" Gewaltlosigkeit. Das ist der Preis für die Teilnahme prominenter Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Großkundgebung der CSU zum Thema Frieden

AP, **München**

Das „Bekenntnis der schweigenden Mehrheit zu Frieden und Freiheit" will die CSU mit einer Großkundgebung zum Ausdruck bringen, die sie am 22. Oktober – parallel zu den bundesweiten „Volksversammlungen" der „Friedensbewegung" – in München abhalten wird. Hauptredner der Veranstaltung unter dem Motto „Frieden in Freiheit – Ja zur Sicherheit" auf dem Münchner Marienplatz wird der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sein. Nach seiner Rede wollen die fünf CSU-Bundesminister, bayerische Regierungsmitglieder sowie Vertreter des CSU-Vorstandes an zwölf Informationsständen mit den Bürgern diskutieren.

Die CSU werde „das Thema Friedenssicherung nicht den Angstmachern überlassen", heißt es in einer Erklärung der CSU-Landesleitung vom Mittwoch dazu. Der Frieden sei gefährdet, wenn der Osten das Gleichgewicht der Kräfte weiter „drastisch zu seinen Gunsten" verändern könne. Es gebe keinen Grund, von der westlichen Politik des Gleichgewichts abzurücken, die den Frieden in Freiheit 38 Jahre lang in Europa garantiert habe. „Dies um so weniger, als die Sowjetunion ihre Überrüstung und ihr Streben nach militärischer Überlegenheit in den letzten Jahren drastisch verstärkt hat."

Bahr: Doppelbeschluß zielte auf die USA

p. p. **Bonn**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat wenige Wochen vor dem SPD-Parteitag über eine mögliche westliche Nachrüstung ausdrücklich klargemacht, daß zumindest für einen Teil der SPD der NATO-Doppelbeschluß nie vorrangig ein Instrument gegen die sowjetische SS-20-Rüstung war. In einem „TAZ"-Interview erklärte er jetzt: „Wir haben in dem Doppelbeschluß die damals beste Möglichkeit gesehen, die Stationierung der amerikanischen Raketen zu verhindern." Es sei noch nicht entschieden, ob der Doppelbeschluß „funktioniert". Aber „ohne die Verhandlungen und ohne die Amerikaner wären die Raketen alleine gekommen". Es sei eine „realistische Einschätzung" gewesen, „daß man nur über diesen Doppelbeschluß die Amerikaner an den Verhandlungstisch bekommt".

Für die Deutschen in Straßburg gilt das Prädikat „Arbeitsparlamentarier"

ULRICH LÜKE, **Straßburg**

Die Szene war untypisch, und deshalb fiel sie auf: Als das Europa-Parlament am letzten Tag vor der Sommerpause über den Zwangsumtausch in der „DDR" diskutierte, entwickelte sich beinahe eine rein deutsche Debatte. Hauptredner für die Christdemokraten: Otto von Habsburg. Hauptredner für die Sozialdemokraten: Helmut Sieglerschmidt, Hauptredner für die Liberalen: Mechthild von Alemann. Wäre der Berichterstatter nicht ein Holländer gewesen, hätten sich nicht ein griechischer Kommunist und ein britischer Konservativer zu Wort gemeldet, die Diskussion wäre eine nationale Angelegenheit geblieben.

Der massierte Auftritt der Deutschen in einem Parlament der zehn Nationen war verständlich, handelte es sich doch um ein deutsch-deutsches Problem, ist aber sonst die Ausnahme in Straßburg. Denn die 81 deutschen Abgeordneten (von insgesamt 434) verstehen sich zuallererst als Kontrolleure der anderen europäischen Institutionen, als Wegbereiter europäischen Fortschritts, nicht als Vertreter nationaler Interessen: Die schärfsten Kritiker des deutschen Finanzministers, der den Geldsack für Brüssel am liebsten zuhalten würde, kamen aus den deutschen Abgeordnetenreihen.

Brandts Rückzug wurde nur von wenigen bedauert

So konnte es nur europäische Illusionisten verwundern, daß Außenminister Hans-Dietrich Genscher gerade bei deutschen Sozialdemokraten in Straßburg einen schweren Stand hatte, als er zu Jahresanfang seinen Einstand als Ratspräsident gab. Konsequenterweise sprang nur Martin Bangemann, der liberale Fraktionschef, seinem Parteivorsitzenden an die Seite und geißelte eine Rede Rudi Arndts: „Wenn man Ihre Rede hört, Herr Arndt, hat man das Gefühl gehabt, Sie haben in erster Linie als wahlkämpfender Deutscher, in zweiter Linie als einäugiger Sozialist und in dritter Linie vielleicht als blinder Europäer gesprochen."

Doch abseits solcher Rückfälle wirft in Straßburg kaum jemand den deutschen Abgeordneten mangelnde europäische Gesinnung vor. Würden die 42 deutschen Christdemokraten, die 35 Sozialdemokraten und die vier Liberalen unter den 434 Abgeordneten allzuoft der Versuchung erliegen, Straßburger Auftritte für die heimatliche Basis zu inszenieren, ihr Einfluß im Parlament könnte nicht so groß sein, wie er tatsächlich ist. Die deutsche Gruppe zählt schon auf Grund der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik zu den größten im Europa-Parlament. Wie die Briten, die Franzosen und die Engländer stellen die Deutschen 81 Abgeordnete.

Entscheidende Spitzenpositionen sind mit Deutschen besetzt. Dabei haben es die deutschen Christdemokraten allmählich wohl verschmerzt, daß sie den höchsten Straßburger Stuhl, den Präsidentensessel, verfehlten, als vor anderthalb Jahren Egon Klepsch gegen den Niederländer Piet Dankert unterlag. Klepsch ist heute Vizepräsident. Was er für die Christdemokraten ist, ist Bruno Friedrich für die Sozialdemokraten: Vizepräsident – wenn sich auch sein Einfluß mit dem von Klepsch nicht messen lassen kann.

Die echten Befugnisse des Parlaments von Straßburg liegen im Haushaltsbereich, und hier finden sich zwei der wichtigsten deutschen Abgeordneten an zentraler Stelle, beide gleichermaßen gefürchtet von EG-Kommission und Ministerrat. Der deutsche Sozialdemokrat Erwin Lange präsidiert dem Haushaltsausschuß, sein christsozialer Kollege Heinrich Aigner leitet den Haushaltskontrollausschuß. Aigner und Lange sind überdies ein Beleg dafür, daß dem Straßburger „Arbeitsparlament" Arbeiter als Abgeordnete – auch wenn sie zu Hause weithin unbekannt sind – besser bekommen als prominente Volksvertreter, die sich selbst leicht vertreten lassen.

Willy Brandts europäisches Mandat empfand man nur als Zeichen guten Willens. Seinen kürzlichen Rückzug aus Straßburg haben nur wenige bedauert. Der Abgang der anderen sozialdemokratischen Wahllokomotiven, den Gewerkschaftsvorsitzenden Eugen Loderer und Karl Hauenschild, von der Straßburger Bühne nur wenige Monate nach dem Wahlgang von 1979 schuf doch Unmut. Anders als die deutsche Sozialdemokratie hatten die Christdemokraten von vornherein auf derartige Lokomotiven verzichtet oder gar nicht erst gewinnen können.

Die Mehrzahl derer, die schon mit prominenten Namen und in vergleichsweise hohem Alter nach Straßburg kamen, ruhte sich – ganz entgegen dem gängigen Klischee – auf ihren Lorbeeren nicht aus. Das gilt für Christdemokraten wie den früheren baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn oder den früheren Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel genauso wie für die Sozialdemokratin Katharina Focke oder den früheren Finanzsenator von Hamburg, Hans-Joachim Seeler.

Viele sind dabei, Karriere zu machen

Viele deutsche Abgeordnete sind auf bestem Wege, europäische Karriere zu machen, weil sie über die Fraktionsgrenzen hinaus anerkannte Arbeit leisten. Ein Hans Gert Pöttering beispielsweise mit seinem Mittelmeerplan, ein Gero Pfennig mit seiner Arbeit an der Europäischen Verfassung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, die frühere Juso-Chefin, mit ihren Initiativen zur Golf-Region und zu Mittelamerika, oder Klaus Hänsch, der frühere Pressesprecher von Johannes Rau, mit fundierter kritischer Arbeit im Institutionellen Ausschuß.

Im kleinen Häuflein der vier deutschen Liberalen sieht das alles etwas komplizierter aus, und die Spezialisierung ist schwieriger. Martin Bangemann, der deutsche Fraktionsvorsitzende, präsidiert einer Fraktion, deren Löwenanteil französische Abgeordnete stellen. Bangemann wurde Vorsitzender, weil er der Französin Simone Veil den Weg zum Präsidentenstuhl des Parlaments für die erste Hälfte der Wahlperiode geebnet hatte. Die Deutschen in Straßburg gehen als parteiliche Abgeordnete in ihren jeweiligen Fraktionen auf, ganz anders beispielsweise als die französischen Gaullisten oder die britischen Konservativen, die – ein europäisches Paradoxon – eigene Fraktionen gebildet haben.

Doppelmandate (mit dem Bundestag) gibt es seit dem 6. März nicht mehr. Die meisten der ohnehin wenigen ganz prominenten Deutschen haben sich im Verlauf der letzten vier Jahre verabschiedet, die übrigen werden auch über den Wahltag, den 17. Juni 1984, hinaus vermutlich bleiben.

Israel: Einfluß der orthodoxen Partei gestärkt

AP/DW. **Jerusalem/Bonn**

Der designierte Ministerpräsident Yitzak Shamir kann bei der Parlamentsabstimmung über die neue israelische Regierung in der kommenden Woche mit einem mehrheitsfähigen Mandat rechnen. Nach einer achtstündigen Sitzung der Koalitionsparteien in Jerusalem zeigte sich der stellvertretende Ministerpräsident David Levi von einer erfolgreichen Abstimmung für Shamir überzeugt.

Am Montag hatte die Ankündigung von sechs Abgeordneten der bisherigen Mitte-Rechts-Koalition, nicht für Shamir zu stimmen, die Regierungsbildung in Frage gestellt. Mit der bereits zuvor angedrohten Stimmenverweigerung von vier Abgeordneten der orthodox-religiösen Agudat-Israel-Partei hätte Shamir nur 58 von 120 Sitzen im Parlament auf sich vereinigen können.

Shamir hat sich nun die Zustimmung der vier Agudat-Abgeordneten mit der Zusicherung erkauft, im kommenden Winter Gesetze über religiöse Fragen im Parlament einzubringen. Umstrittenster Punkt bleibt aber weiterhin die von der Agudat geforderte Änderung des Staatsbürgergesetzes, wonach automatisch jeder Jude die israelische Staatsbürgerschaft erhält, wenn er nach Israel einwandert. Shamir versprach, eine Vorlage im Sinne der Partei in der Knesset einzubringen.

Marcos will noch härter durchgreifen

AFP, **Manila**

Nach der Absage des Manila-Besuchs von Präsident Reagan hat sich der philippinische Präsident Marcos offenbar zu einem scharfen Durchgreifen gegen die Opposition entschlossen. Die Behörden machten gestern der Öffentlichkeit zwei Präsidialverordnungen zugänglich, die praktisch jeden Protestakt gegen das Marcos-Regime als Kapitalverbrechen mit dem Tode oder lebenslanger Haft bedrohen. Die beiden Dekrete tragen das Datum des 16. Januar 1981, stammen also aus der Zeit vor der formellen Aufhebung des Kriegsrechts. Sie traten am 25. Juli 1983 durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft, wurden aber erst jetzt, nach der Absage des US-Präsidenten, in Umlauf gebracht.

Hussein hielt Druck der Syrer bisher stand

PETER M. RANKE, Beirut

König Hussein von Jordanien (47) ist der am längsten regierende Monarch in der arabischen Welt. Seit er als Achtzehnjähriger 1953 die Macht übernahm, hat er 14 Attentate überlebt, einen Krieg verloren und bei zahllosen Begegnungen mit arabischen Staatsmännern und Politikern der übrigen Welt die Problematik Jordaniens und der Nahost-Region ausgelotet und gemeistert.

Hussein, ein direkter Nachkomme des Propheten Mohammed und Herrscher über 2,4 Millionen Menschen, ist also ein „alter Fuchs". Er mußte sich schon der politischen Rabulistik eines ägyptischen Präsidenten Nasser oder des PLO-Chefs Arafat erwehren. Syrische Jäger wollten den Kampfpiloten Hussein abschießen, ein Koch versuchte ihn zu vergiften. Der König hat alle überlebt. Obwohl er heute die Tagesgeschäfte seinem Ministerpräsidenten Mudar Badran (49) und mehr und mehr auch seinem Bruder und Thronfolger Hassan (36) überläßt, sind politische Beobachter in Amman auf die Begegnung zwischen Hussein und dem „außenpolitischen Neuling" Helmut Kohl gespannt.

JORDANIEN

Es gibt keine aktuellen Probleme zwischen Jordanien und der Bundesrepublik Deutschland, doch fordern jordanische Politiker von den Deutschen und Europäern meist ein stärkeres proarabisches Engagement für einen Friedensschluß in Nahost. Trotz gegenteiliger amtlicher Bekundungen ist unverkennbar, daß König Hussein sich aber mit Israel arrangiert hat, auch wenn er mit der Siedlungspolitik in dem einst jordanischen Gebiet des Westjordanlandes (von 1949–1967) keineswegs einverstanden ist. Über die zwei offenen Jordan-Brücken läuft der Besucher- und Warenverkehr verhältnismäßig normal, und König Hussein hat bisher alle Versuche seiner Widersacher in der PLO vereitelt, das Jordan-Tal in ein Kampffeld gegen Israel zu verwandeln.

Auch gegen einen eigenen PLO-Staat zwischen Israel und Jordanien ist Hussein eingestellt. Daher erkennt ihn die PLO nicht als Verhandlungsführer für die Palästinenser an. *Die mit den USA und Israel* geplanten Verhandlungen scheiterten im April an der Unnachgiebigkeit der PLO und an dem Unwillen Husseins, sich an einem für Thron und Leben riskanten Friedensprozeß zu beteiligen. Der sozialistisch-militaristische Nachbarstaat Syrien hat ja gerade im Libanon demonstriert, wie Damaskus mit friedenswilligen arabischen Regierungen umzugehen beliebt.

Die Gegnerschaft Syriens, das den Jordaniern die Unterstützung der oppositionellen Moslembrüder vorwirft, und der nun schon drei Jahre dauernde Golfkrieg bereiten König Hussein wahrscheinlich größere Sorgen als das Schicksal der 1,2 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten, die mehrheitlich gegen die Monarchie eingestellt waren. Seit 16 Jahren hat Jordanien praktisch wenig unternommen, um die alten Hoheitsrechte auf dem Westufer zurückzugewinnen. 1974 wurde sogar die PLO als Sachwalter der Palästinenser in Amman anerkannt, so daß die auch von Bonn geforderte Selbstbestimmung der Palästinenser für Jordanien durchaus problematisch ist. Denn dort leben allein mehr als 1,4 Millionen Palästinenser, *die meisten jetzt allerdings* als jordanische Staatsbürger, die ihrem König durchaus loyal gegenüberstehen.

Mit der PLO steht der König seit dem „schwarzen September" von 1970 weiter auf Kriegsfuß. Damals wurde der illegale PLO-Staat innerhalb Jordaniens von der Armee blutig niedergeschlagen und Yassir Arafat floh in Frauenkleidern nach Syrien. Neue Verhandlungen, sind deshalb nicht ausgeschlossen, doch niemand in Amman kann heute sagen, wie sich die Herrschaft Syriens über die PLO und der Machtzerfall Arafats politisch auswirken werden. Der zunehmende Einfluß Syriens in Libanon, wo Damaskus sogar über eine UNO-Beobachtertruppe mitbestimmen kann und an einer nationalen Versöhnungskonferenz teilnehmen soll, sind für König Hussein keine erfreulichen Ausblicke.

Der starke Rückhalt Jordaniens in Saudi-Arabien, das finanziell beträchtliche Hilfe geleistet hat, bewahrt König Hussein zunächst vor dem syrischen Druck. Doch die indirekte Beteiligung Jordaniens am Golfkrieg auf Seiten Iraks ärgert die Syrer seit langem. Sie selbst stehen auf der Seite der Iraner und müssen zusehen, wie der lebenswichtige Nachschub für Irak fast vor ihrer Nase vom jordanischen Hafen Akaba nach Bagdad rollt. Die jordanische Regierung rechnet daher mit Umsturzversuchen oder mit dem Einsatz der pro-syrischen PLO gegen die Monarchie.

Daher bleibt es politisch wichtig, daß Jordanien keine wirtschaftlichen Rückschläge erleidet, nachdem die Devisenerlöse aus der Phosphat-Ausfuhr seit Beginn des Jahres um rund 30 Prozent zurückgegangen sind. Auch die Zahlungen der arabischen Ölstaaten und die Überweisungen der rund 300 000 jordanischen Gastarbeiter am Golf lassen zu wünschen übrig, so daß Jordanien in diesem Jahr rund 345 Millionen Dollar für Entwicklungsprojekte fehlen. Zum erstenmal mußte Amman daher eine Eurodollar-Anleihe über 200 Millionen aufnehmen, damit die begonnenen Vorhaben wie das große Kraftwerk in Akaba weitergeführt werden können. Doch eine stärkere deutsche Finanzhilfe wäre in Amman zweifellos willkommen. (SAD)

Athen verspricht Prüfung der Bonner Bedenken

E. ANTONAROS, Athen

Die Bundesregierung läßt nichts unversucht, um die Ratifizierung eines bisher nur paraphierten Rechtshilfe-Abkommens zwischen Griechenland und der „DDR" zu verhindern, das die Auslieferung von „DDR"-Flüchtlingen an Ost-Berlin ermöglichen könnte. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Claus-Dieter Spranger, hat in einem einstündigen Gespräch mit dem *Athener Innenminister Gennimatas* den Bonner Standpunkt und die entsprechende deutsche Rechtsauffassung dargelegt.

Gennimatas sicherte zu, daß Griechenland „unter keinen Umständen" die Auslieferung von politischen Flüchtlingen an die „DDR" erwägen werde. Es sei im übrigen Aufgabe unabhängiger Justizbehörden zu entscheiden, wer ein politischer Flüchtling sei. Aber von Bonner Seite werden gerade ungenaue Äußerungen als völlig unbefriedigend betrachtet, weil man davon ausgeht, daß die „DDR"-Behörden versuchen werden, jeden Flüchtling als Straftäter zu bezeichnen, um seine Auslieferung zu erreichen.

Nachdrücklich hat Spranger darauf hingewiesen, daß Artikel eins, Absatz zwei des bisher in vollem Wortlaut der Bonner Botschaft noch nicht zur Verfügung gestellten Abkommens „völlig unakzeptabel" sei. Da heißt es ausdrücklich, daß als „Staatsangehörige eines Vertragsstaates die Personen gelten, die die Staatsbürgerschaft dieses Vertragsstaates nach dessen Gesetzgebung besitzen". Diese Regelung verstößt „fundamental" – so Spranger zu Gennimatas – gegen das deutsche Grundgesetz, das nur eine einheitliche Staatsangehörigkeit *für alle Deutschen ausweist. Diese* Rechtsauffassung wird von allen westlichen Staaten geteilt.

Gennimatas versprach, daß er das Außenministerium umfassend und sofort über die deutschen Grundsatzbedenken unterrichten werde. Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite hatten den Eindruck, daß bis zum Zeitpunkt dieser in freundlicher Atmosphäre verlaufenen Unterredung die Griechen über die mit dem Abkommen verbundene Problematik der deutschen Staatsangehörigkeitsfrage nur unzureichend informiert waren.

Den „DDR"-Behörden geht es offenbar darum, den Fluchtmöglichkeiten über die griechisch-bulgarische Grenze ein Ende zu setzen. Pro Jahr flüchten 60 bis 80 „DDR"-Bürger, vor allem jüngerer Jahrgänge, nach Griechenland und reisen von dort aus mit einem Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland ausgestattet, weiter in die Bundesrepublik. Bisher haben die griechischen Behörden kein einziges Mal versucht, dies zu verhindern. Aber sollte das Abkommen ratifiziert werden, so befürchten die Bonner Behörden, würde dies einer Anerkennung einer „DDR"-Staatsangehörigkeit gleichkommen. Dadurch wären die „DDR"-Behörden berechtigt, *die Auslieferung der Flüchtigen zu* beantragen. (SAD)

Südkorea tritt auf die Weltbühne

Reisediplomatie sichert Rohstoffe und Märkte / Präsident Reagan kommt nach Seoul

MANFRED NEUBER, Seoul

Mit Staatsbesuchen in Südasien und im pazifischen Raum setzt Präsident Chun Doo Hwan die aktive Außenpolitik Südkoreas fort, die nach seinem Amtsantritt vor drei Jahren eingeschlagen wurde. Sie dient vorrangig dem Ziele, die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Erste Station auf der dreiwöchigen Reise ist Birma. Danach besucht Chun Indien und Sri Lanka. Anschließend wird er nach Australien und Neuseeland fliegen. Mit den asiatischen Ländern soll die „Süd-Süd-Kooperation" verstärkt werden; in den ozeanischen Staaten will Seoul sein *wirtschaftliches Engagement* erweitern.

Das Kernstück der südkoreanischen Außenpolitik bleiben die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Chun war *im Januar* 1982 *unter* den ersten Besuchern im Weißen Haus nach dem Einzug Ronald Reagans. Der amerikanische Präsident wird im November die Visite erwidern *und Südkorea international* weiter aufwerten.

Seoul kann sich im Glanze eines steigenden Prestiges sonnen: In diesen Tagen findet die Jahrestagung *der Interparlamentarischen Union in* Südkorea statt. Im Jahre 1985 tagen Weltbank und Internationaler Währungsfonds in Seoul, wo 1986 die Asiatischen Spiele und 1988 die *Olympischen Sommerspiele* stattfinden werden.

Der Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges durch die Sowjets hat Südkorea weltweit viele Sympathien eingetragen und zu einer Annäherung an Japan, die ehemalige Kolonialmacht, geführt. Ein Resultat daraus wird eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Japan, Südkorea und den Vereinigten Staaten sein.

Das Verhältnis zu Japan, das von alten Ressentiments in Korea belastet war, hat sich nach dem Regierungsantritt von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone entkrampft.

Eingeleitet wurde die aktive Außenpolitik Südkoreas *durch* die Rundreise Präsident Chuns im Sommer 1981 durch fünf Mitgliedsländer der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean.

Voraussichtlich im nächsten Frühjahr möchte der Präsident nach Westeuropa fliegen. Anlaß sollte sein, daß zwischen Korea und Deutschland sowie Großbritannien seit hundert Jahren diplomatische Beziehungen bestehen. Altbundespräsident Walter Scheel und der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, wollen im November in Seoul dieses Jubiläum feiern.

Bei den jetzt beginnenden Besuchen Chuns in Rangun, Neu-Delhi und Colombo kommt es darauf an, politisches Terrain gegenüber *dem* dort bisher stärker in Erscheinung getretenen Nordkorea gutzumachen. Die von Außenminister Lee Bum-suk als „Nordpolitik" bezeichneten Bemühungen um eine *Normalisierung* des Verhältnisses zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China sind durch den Flugzeug-Abschuß hinsichtlich Moskaus vorerst torpediert, *könnten jedoch hinsichtlich Pekings* nun um so leichter vorankommen. Seoul will an der „Politik der offenen Tür" gegenüber kommunistischen Regimes festhalten.

Außenminister Lee erklärte die Herstellung „freundschaftlicher Beziehungen" zu den beiden kommunistischen Großmächten, die am Korea-Krieg beteiligt waren und Mitglieder im Weltsicherheitsrat sind, unlängst zur „vordringlichsten Aufgabe" der Diplomatie Südkoreas in den achtziger Jahren.

Wenig optimistisch äußerte er sich über die Möglichkeit einer „kreuzweisen Anerkennung" der beiden Staaten Koreas durch jeweils die führenden Mächte des Ostens und des Westens, wie es Henry Kissinger 1975 zur Minderung der Spannungen in Korea und zur Anbahnung von Kontakten zwischen Nord- und Südkorea *vorgeschlagen hatte.*

Der Außenminister konstatierte „die offenkundige Tatsache, daß zwei Staaten auf der koreanischen Halbinsel bestehen" und zur internationalen *Gemeinschaft gehören. Ein Sprecher* seines Ministeriums ließ jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, daß „unter keinen Umständen" an eine Anerkennung Nordkoreas durch Seoul zu denken ist.

Südkorea ist es auch gelungen, zum Beispiel Frankreich von der diplomatischen Anerkennung Pjöngjangs abzuhalten. Das zahlt sich für *Paris mit Großaufträgen für die Lieferung* von Atomreaktoren und für die Modernisierung der Eisenbahn in Südkorea aus. Ein Staatsbesuch des Sozialisten François Mitterrand in *Seoul wird freilich vom Elysée in* Abrede gestellt.

Während die französische Regierung den Außenminister Südkoreas zu Gesprächen empfing und ein anderes Kabinettsmitglied aus Seoul in Schweden sogar vom König in Audienz empfangen wurde, hat sich nach der Wende in Bonn an der distanzierten Haltung der „Genscher-*Diplomatie*" zu Südkorea kaum etwas geändert. Das wird von deutschen Diplomaten und Repräsentanten deutscher Großunternehmen in Seoul bedauert.

Paris ebnet Tschad-Gegnern den Weg

Geduldige Diplomatie Mitterrands in Vittel / OAE mit Friedenskonferenz beauftragt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zwischen „Schlag ins Wasser" und „Durchbruch für Mitterrand" schwankten am Mittwoch in Paris die Bewertungen des Ergebnisses des zehnten französisch-afrikanischen Gipfels in Vittel (Vogesen), der sich *um eine Lösung des* Tschad-Konflikts bemüht hatte. Eine solche Lösung konnte in den insgesamt viertägigen intensiven Kontakten zwischen 39 afrikanischen Staatschefs in Paris und Vittel nicht erzielt werden. Dennoch ist es der geduldigen Diplomatie des französischen Staatspräsidenten gelungen, zumindest einen Rückfall in neue Kampfhandlungen unmöglich zu machen und Wege zu ebnen für eine Verständigung zwischen den beiden Gegnern Goukouni Weddei und Hissen Habré, dem Präsidenten Tschadds.

In einer am Rande der Konferenz zustande gekommenen, nicht von allen Teilnehmern unterzeichneten „Erklärung über den Tschad" heißt es, daß *die vorranigigen Ziele einer* Lösung des Konflikts „die Wiederherstellung des Friedens, der Souveränität und territorialen Integrität sowie nationalen Einheit des Tschad" seien. Ferner wird Frankreich Dank dafür ausgesprochen, daß es „zur Einstellung der Kämpfe in Tschad mit Truppen interveniert" und damit „jede Verwechslung zwischen französischen Truppen und denen eines anderen, als aggressiv zu bezeichnenden Intervenanten" ausgeschlossen habe. Mit letztem ist eindeutig der lybische Staatschef Mouammer Khadhafi gemeint, was auch der Grund für die Nichtunterzeichnung einiger als prolybisch geltender Afrikaner wie Sassou Nguesso von Kongo oder Thomas Sankara von Obervolta sein dürfte. Schließlich besteht die Erklärung auf ausdrücklichen Wunsch Mitterrands darauf, daß die „Organisation für die Einheit Afrikas" *(OAE) mit der Durchführung* einer Friedenskonferenz für Tschad beauftragt werden soll.

Pikant an der Erklärung ist, daß sie *auf Betreiben des Präsidenten von* Guinea, Sekou Toure, zustande kam. Sekou Toure, der sich 1958 bei der Umwandlung des französischen Kolonialreichs in eine französisch-afrikanische Staatengemeinschaft als einziger freiwillig ausgeschlossen hatte, nahm zum ersten Mal an einem französisch-afrikanischen Gipfel teil.

Das wichtigste am Ergebnis von Vittel aber ist, daß sich sowohl Tschad-Präsident Habré wie sein nicht anwesender Gegner Goukouni zu einem versöhnlichen Gespräch in der Hauptstadt N'Djamena bereitgefunden haben. Goukouni hatte dies auf Umwegen in Vittel wissen lassen. Er konnte es nicht ohne Einwilligung seines Protektors Khadhafi tun, der seinerseits seine Bereitschaft erklärt hat, eventuellen Verhandlungen zwischen Habré und Goukouni nichts in den Weg zu legen, vorausgesetzt, daß seine Truppen bis zum Abschluß solcher *Gespräche im Norden Tschads* stationiert bleiben. Präsident Mitterrand seinerseits hatte schon am 21. September vor der UNO in New York gesagt, daß er seine Truppen „in der *Stunde, die einer Einigung folgt*", aus Tschad zurückziehen werden.

Klerus: Morde in Libanon untersuchen

KNA, Beirut

Entsetzt über die Grausamkeit der gegenwärtigen „schwärzesten Epoche der Barbarei" in Libanon mit Massakern, Invasionen und Massendeportationen haben sich die maronitischen Bischöfe des Landes geäußert. In einem am Sitz ihres Patriarchen in Bkerke veröffentlichten Kommuniqué verurteilten die Oberhirten die Ermordung von Priestern, die Inbrandsetzung von Kirchen und *Klöstern und die Plünderungen in* Wohnungen. Sie setzten sich für eine internationale Überprüfung der „schweren und schändlichen Ereignisse" ein, zu denen es vor den Augen der multinationalen Friedenstruppe im Schuf-Gebirge und am Stadtrand von Beirut gekommen sei. Diese Untersuchung müsse auch klar die Schuld der israelischen und syrischen Streitkräfte herausstreichen, die für die Sicherheit dieser Region verantwortlich seien.

Im einzelnen fordern die Bischöfe, endlich die Leichen der ermordeten Opfer der *Auseinandersetzungen* von den Straßen zu schaffen und zu bestatten. Außerdem setzen sie sich für eine Beendigung der Blockade des christlichen Hauptortes im Drusengebiet *Deir-El-Qamar* ein.

„Christen sollen sich mit Juden versöhnen"

AP, Rom

Zur „Aussöhnung" mit den Juden hat der Erzbischof von Marseille, Kardinal Roger Etchegaray, die katholische Kirche aufgefordert. Vor den 200 Teilnehmern der Weltbischofssynode sagte der Kardinal gestern im Vatikan: „Wir müssen Buße tun für unsere säkulare Haltung gegenüber dem jüdischen Volk." Solange der Judaismus der katholischen Heilsgeschichte fremd bleibe, müsse weiterhin mit antisemitischen Verhaltensweisen gerechnet werden.

Die Turiner Zeitung „La Stampa" berichtete, die Rede des französischen Kardinals sei von Teilnehmern der Weltbischofssynode mit Überraschung aufgenommen worden. Zwar ist die katholische Kirche offiziell von ihrer Verurteilung der Juden als Christusmörder" abgerückt, doch war es das erste Mal, daß ein Prälat mit derartig scharfen Formulierungen vor der Bischofssynode ein Überdenken der historischen Vorurteile der Kirche über die Juden gefordert hat.

Europa-Wahl: Focke führt SPD-Liste an

KE, Bonn

Die SPD hat sich auf ihre Spitzenkandidaten für die Europa-Wahl am 17. Juni 1984 festgelegt. Auf Vorschlag des SPD-Parteirates, der in Bonn unter seinem Vorsitzenden Karl Liedtke tagte, wird Katharina Focke die Liste mit Platz 1 anführen. *Es folgen der frühere Frankfurter* Oberbürgermeister Rudi Arndt, der SPD-Europaabgeordnete Bruno Friedrich, der frühere DGB-Chef Heinz Oskar Vetter, Magdalene Hoft und Beate Weber, stellvertretende Parteiratsvorsitzende.

Der Bundespräsident vor dem amerikanischen Kongreß: Wir haben unsere Wahl getroffen

Aus der Rede Carstens' vor dem Kongreß

DW. Washington

In seiner Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses hat sich Bundespräsident Karl Carstens zu einem militärischen Gleichgewicht „auf einem möglichst niedrigen Niveau bekannt". Carstens sagte nach dem Text seines in Bonn vorab verteilten Redemanuskripts unter anderem:

„Mit den 13 Familien aus Krefeld, die am 6. Oktober 1683 in Philadelphia amerikanischen Boden betraten, begann die deutsche Einwanderung in ihr Land. Ihnen folgten im Laufe der vergangenen drei Jahrhunderte mehr als sieben Millionen Deutsche, die ihre Heimat verließen, um in der Neuen Welt Freiheit, Schutz vor Verfolgung und wirtschaftliches Fortkommen zu suchen ... Sie richteten sich nach den Worten von Carl Schurz, dem aus dem Rheinland stammenden amerikanischen Senator und Innenminister, daß sie ihrem ‚alten Vaterlande keine höhere Ehre erweisen (konnten), als dadurch, daß sie dem neuen Lande gewissenhafte und treuer Bürger wurden' ...

Wir wissen, daß Amerika uns Deutschen viel und zunehmend gegeben hat. Die Hilfssendungen nach den beiden Weltkriegen, der Marschallplan, die Luftbrücke, die Berlin rettete und der schützende Schild, den Amerika über unsere junge Demokratie gehalten hat, bleibt unvergessen.

Zweimal in diesem Jahrhundert waren die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern schweren Belastungen ausgesetzt. Aus ihrer Überwindung ist eine enge Freundschaft hervorgegangen. Sie liegt begründet in der Verwandtschaft unserer Völker: Sie beruht auf dem Bündnis, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in einer transatlantischen Partnerschaft; vor allem aber bezieht sie ihre Festigkeit aus übereinstimmenden Werten, auf denen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland wie in Amerika aufbaut: der Freiheit, dem Recht und der Demokratie. Für uns Deutsche kann es nur Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten im Bündnis der freien Nationen oder Abhängigkeit von der Sowjetunion geben. Wir haben unsere Wahl getroffen ...

Kraft ihres Selbstbestimmungsrechts und als Antwort auf äußere Bedrohung haben sich 14 europäische Nationen mit den USA und Kanada zum Atlantischen Bündnis zusammengeschlossen. Dieses Bündnis dient nur der Verteidigung, es kann keinen Angriffskrieg führen. Ihm verdankt diese Region jetzt mehr als 30 Jahre Frieden. Die atlantische Schicksalsgemeinschaft und die amerikanische Verpflichtung gegenüber Europa hat Präsident Reagan im vergangenen Jahr vor dem Deutschen Bundestag eindrucksvoll bestätigt, als er sagte: ‚Die Küsten Europas sind unsere Küsten, und die Grenzen Europas sind unsere Grenzen.'

Wir wissen, daß Amerika bei seinem Engagement in Europa zu Recht Partnerschaft und eine angemessene Verteilung der Lasten erwartet. Die Bundesrepublik Deutschland hat gezeigt, daß sie hierzu bereit ist. Sie wird auch weiterhin ihren fairen Anteil zur gemeinsamen Verteidigung leisten. Wir haben 500 000 Soldaten unter Waffen, die – gut ausgerüstet und gut ausgebildet – bereit sind, falls nötig, unser Land zusammen mit unseren Verbündeten zu verteidigen ...

Heute ist die Sicherung des Friedens wichtiger als je zuvor. Dieses Ziel kann nur durch ein Gleichgewicht der Kräfte erreicht werden. Wir wünschen ein Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigem Niveau.

Diese Politik wird in unseren Ländern zunehmend kritisiert. Angesichts der schrecklichen Wirkung von Nuklearwaffen verlangen manche unserer Bürger deren Abschaffung, einige sogar deren einseitige Abschaffung. Ich respektiere solche Ansichten, aber teile nicht die Schlußfolgerungen. Nach meiner Erfahrung reicht guter Wille allein nicht aus, den Frieden zu erhalten. Wir stehen einer hochgerüsteten Supermacht gegenüber, die große Anstrengungen unternimmt, ihren Einfluß in vielen Teilen der Welt zu verstärken. Das Schicksal Afghanistans zeigt uns, was ein Land erleiden kann, das sich nicht verteidigen kann. Deshalb: Dadurch, daß sich die Allianz um ein militärisches Gleichgewicht bemüht, sichert sie nicht nur die Freiheit, sondern auch den Frieden. Wir dürfen nicht müde werden, den Bürgern, die sich bei uns – manchmal sehr emotional – für eine einseitige Abrüstung einsetzen und deren Motive ich achte, immer wieder auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Ich bin überzeugt, daß das Bündnis Leben, Freiheit und Frieden schützen kann, wenn wir unsere Fähigkeit zur Verteidigung aufrechterhalten und, wo notwendig, wiederherstellen und gleichzeitig zu Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung auf möglichst niedrigem Niveau bereit sind ..."

Carstens pflanzte in Washington eine deutsche Eiche

Von BERNT CONRAD

Das Bild erinnerte an die Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, als der deutsche General von Steuben die Yankees drillte: Mit Dreispitz, roten Röcken und weißen Hosen defilierte ein historisches Musikkorps pfeifend und trommelnd an Ronald Reagan und Karl Carstens vorüber. Kerzengerade und nur verhalten schmunzelnd lauschten die beiden hochgewachsenen schlanken Präsidenten den fröhlichen Klängen des „Yankee Doodle". Die Paradegriffe der in breiter Front aufmarschierten Ehrenkompanien von Heer, Luftwaffe, Marine, Marineinfanterie und Küstenwache klappten mit der Präzision eines gut geölten Uhrwerks. Die hochsommerlich warme Oktobersonne, die das Weiße Haus und seinen üppigen noch kaum herbstlich gefärbten Park in ein strahlendes Licht tauchte, aber milderte den martialischen Charakter des Begrüßungszeremoniells.



Bei der Begrüßung von Bundespräsident Karl Carstens und seiner Frau Veronika im Weißen Haus betonte Präsident Reagan die Notwendigkeit der deutsch-amerikanischen Freundschaft für die Sicherheit und Freiheit beider Völker.

Blickte man auf die unbefangen agierenden Hauptpersonen – Nancy und Ronald Reagan waren Hand in Hand aus dem Weißen Haus spaziert, Veronica Carstens' turbanähnlicher hellblauer Hut löste den spontanen Ruf aus: „Wie die Queen!" –, so wirkte das Ganze eigentlich eher wie eine prächtig organisierte Familienfeier. Und genau das sollte dieser Staatsbesuch zur 300-Jahr-Feier der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika auch sein.

Mögen die hiesigen Medien nur spärlich über das Tricentennial berichten, und mag Professor Stephanie Wolf aus Germantown unter heftiger Opposition anderer Fachkollegen sagen, die ersten Einwanderer aus Krefeld seien gar keine Deutschen, sondern Holländer gewesen – heute bekennen sich 50 Millionen Amerikaner zu ihrer deutschen Abstammung. Das ist Grund genug, im Lichte der Vergangenheit die jetzige Freundschaft zu feiern und gemeinsam in die Zukunft zu schauen. So umrissen Reagan und Carstens schon in ihren Ansprachen am Begrüßungsmorgen den Sinn des Staatsbesuchs aus Bonn.

Sie variierten das am Dienstag und Mittwoch noch in vielfältiger Weise. Der Bundespräsident vor allem gestern in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses mit dem Hinweis, die deutschen Einwanderer hätten sich nach der Devise des aus dem Rheinland stammenden amerikanischen Innenministers Carl Schurz gerichtet, daß sie ihrem „alten Vaterlande keine höhere Ehre erweisen konnten als dadurch, daß sie in dem neuen Lande gewissenhafte und treue Bürger wurden". Die Abgeordneten applaudierten nachdrücklich. Außenminister George Shultz, dessen Sohn derzeit Familienspuren in Deutschland nachgeht, führte beim Mittagessen für Carstens zwei entscheidende amerikanische Charakterzüge auf deutsche Einwanderer zurück: Verläßlichkeit und Liebe zur Freiheit. Ein schöneres Kompliment läßt sich kaum denken.

wie Bundeskanzler Kohl zuvor bereits bei zwei Amerika-Besuchen – für die Hilfssendungen nach den beiden Kriegen, für den Marshallplan, die Berliner Luftbrücke und den „Schutzschild", mit dem die USA seit mehr als drei Jahrzehnten Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik bewahren. Dies muß vor allem den jungen Leuten, die von der Vergangenheit und der anderen Seite des Atlantiks wenig wissen, vor Augen geführt werden. Darin waren sich Reagan und Carstens einig. Und dem soll das Austauschprogramm dienen, das der US-Kongreß und der Deutsche Bundestag gemeinsamen ins Leben gerufen haben.

Unter Freunden braucht man keine Umschweife zu machen. Deshalb kam der amerikanische Präsident gleich in seiner Begrüßungsrede am Dienstagmorgen fast abrupt auf das „heiße Eisen" zu sprechen, das beide Länder gegenwärtig auf unterschiedliche Weise höchst intensiv beschäftigt: den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung. „1983 ist ein entscheidendes Jahr für die westliche Allianz", sagte der an diesem Vormittag sonst so lockere Kalifornier mit großem Ernst. „Wir bemühen uns um ein Abkommen mit den Sowjets über die Mittelstreckenraketen. Aber wenn Moskau kein Ergebnis will, werden wir mit der Nachrüstung beginnen."

Das war deutlich – und es wurde verstanden. Carstens, der als Staatsoberhaupt natürlich nicht für die Bundesregierung reden konnte, der aber exakt wußte, wovon er sprach, äußerte im Kabinettssaal des Weißen Hauses die Überzeugung, daß Bonn zu der Entscheidung von 1979 stehe und sie auch durchsetzen werde. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher konkretisierte das 24 Stunden später in einer Weise, die auch amerikanische Skeptiker zufriedenstellte.

Schon am Swimmingpool in San José (Costa Rica) hatte der FDP-Chef am Wochenende über seine Aussage nachgedacht. Gestern mittag nun bei der Eröffnung des neuen „Amerikanischen Instituts für zeitgenössische deutsche Studien" in der John-Hopkins-Universität" verkündete er klipp und klar: „Im Bewußtsein unserer Verantwortung stehen wir fest zu dem Doppelbeschluß der NATO in seinen beiden Teilen: Zum Verhandlungsteil in dem Bewußtsein, daß nichts unversucht bleiben darf, durch Verhandlungen zu wirklicher Abrüstung zu kommen; zum Stationierungsteil in dem Bewußtsein, daß es sich bei der Nachrüstung im Falle des Ausbleibens konkreter Verhandlungsergebnisse um mehr als die Durchführung einer waffentechnischen Entscheidung handelt."

„Es geht dabei" – und genau auf diese Darstellung kam es dem stets so wendigen, aber diesmal gar nicht taktisch denkenden Bundesaußenminister an –, „es geht dabei um die Fähigkeit des Westens, das zu tun, was es für die eigene Sicherheit als notwendig erkannt hat. Es geht dabei um die Bewährung des Selbstbehauptungswillens der westlichen Demokratien. Aus diesem Grunde und nicht, weil wir raketensüchtig sind, hat meine Regierung niemals Zweifel daran gelassen, daß ohne das Vorliegen eines konkreten Verhandlungsergebnisses zum vorgesehenen Zeitpunkt im vorgesehenen Umfang stationiert wird. Die Bundesrepublik Deutschland wird diese Prüfung bestehen, wie sie zuvor auch andere Prüfungen bestanden hat."

Genschers Zuhörer in dem „Metropolitanclub" spürten: Dies war ein zentraler Beitrag zum deutschen Staatsbesuch. Über das Thema brauchte nicht mehr diskutiert zu werden, zumal Reagan seinerseits im Gespräch mit Carstens keinen Zweifel an der flexiblen Verhandlungsführung der Amerikaner in Genf gelassen hatte.

Daß die US-Militärkapelle, die bei der Kranzniederlegung des Bundespräsidenten am Ehrenmal des unbekannten Soldaten in Arlington ausgerechnet den Namen „Pershing own" führte, brauchte in dieser Situation nur noch als Kuriosum am Rande notiert zu werden. Kurios war auch manches andere beim deutsch-amerikanischen Familienfest, zum Beispiel der ungewöhnliche Andrang deutscher Besucher, von denen sich einige gegenseitig fast auf die Füße traten, andere – wie der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß – jedoch nur als eine Art Geistererscheinung am Horizont Washingtons auftauchten und von kaum jemandem leibhaftig erblickt wurden.

Unübersehbar hingegen war der hoch aufgeschossene Staatsminister Philipp Jenninger mit seiner prominent besetzten deutschen 300-Jahr-Feier-Kommission. Ärger gab es unter der ebenfalls angereisten 30köpfigen Bundestagsdelegation, deren Chefin, die Parlamentsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), beim Begrüßungszeremoniell auf dem Rasen des Weißen Hauses in die zweite Reihe hinter – beamtete – Diplomaten verbannt worden war. Carstens, freundlich wie immer, machte das wenigstens teilweise wieder gut, indem er Frau Renger vor den Rundfunkmikrophonen und Fernsehkameras rühmend erwähnte.

Der Bundespräsident wirkte nicht nur in diesem Augenblick, sondern in jeder Phase der zwei Washingtoner Tage weltmännisch, gelassen, kontaktfreudig und professionell. Seit seinem einjährigen Studium in Yale spricht er ein vorzügliches Englisch. Darum konnte Chefdolmetscher Heinz Weber schweigend im Hintergrund sitzen, als Carstens mit Reagan in Englisch parlierte oder beim Anpflanzen einer Eiche im „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsgarten" zwischen dem Washington-Monument und dem Weißen Haus zur dort versammelten politischen Elite der Hauptstadt sprach. Zu Recht pries der einstige Staatssekretär im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt und im Bundesverteidigungsministerium den soeben eingeweihten Freundschaftsgarten als Symbol deutsch-amerikanischer Verbundenheit. Immerhin haben private Spender, darunter US-Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg, schon 300 000 Dollar dafür aufgebracht. Ob das grüne Areal allerdings, wie Carstens optimistisch ausrief, 300 Jahre blühen und gedeihen wird, bezweifeln ortsansässige Kenner. Vielleicht schafft das wenigstens die mit feierlichen Spatenstichen in die Erde gebrachte deutsche Eiche.

Einen Lufthansa-Flugschein nach Frankfurt überreichte der Bundespräsident beim Besuch der deutschen Industrieausstellung im Convention Center dem Gewinner eines Quiz, bei dem der Name Carl Schurz herauszufinden war („Ein Deutsch-Amerikaner, der Mitglied des US-Kabinetts war und viel für die deutsch-amerikanische Freundschaft getan hat"). Originellerweise gehörten zu den neben 26 000 richtigen Antworten eingegangenen falschen Namen auch diejenigen von Ronald Reagan, Vizepräsident George Bush und Außenminister George Shultz.

Zu welch heiterer Gastfreundschaft der aus dem nicht mehr Wilden Westen stammende amerikanische Präsident fähig ist, bewies er am Dienstagabend mit einem Festbankett für Karl und Veronica Carstens im State Diningroom des Weißen Hauses. Während das US-Marineorchester mit Bravour ungarische Tänze von Brahms spielte, ließ Reagan auf runden Tischen mit gelbem Damast zwischen roten Gerbera und Champagnerrosen Seezungenfilet in Aspik, Kalbsfilet mit wildem Reis und Walnüssen, belgischem Endivien- und Wasserkressesalat, französischen Käse und Haselnußeis servieren. Dazu exzellente kalifornische Rot- und Weißweine.

Der Gastgeber selbst leitete dann mit jenem rustikalen Charme, der auch widerspenstige Kongreßabgeordnete zu becircen pflegt, zum Unterhaltungsteil des Abends über. Sherrill Milnes, gefeierter Bariton der Metropolitan Opera, sang „Maria" aus Leonard Bernsteins „West Side Story", amerikanische Volkslieder und als besondere Geste gegenüber dem Ehrengast den „Abendstern" aus Richard Wagners „Tannhäuser" in deutscher Sprache. Der Beifall erreichte hohe Phonstärke.

Institut für Deutsche Studien in Baltimore

TH. KIELINGER, Washington

Während die amerikanische Tagespresse den Staatsbesuch von Bundespräsident Carstens und die begleitenden Feierlichkeiten zum Gedenken der deutschen Einwanderung in den USA weitgehend ignoriert, ist auf akademischem Sektor eine bedeutsame Neugründung zu verzeichnen, die das Studium und das Verständnis des modernen Deutschland in Amerika fördern soll. Die Johns Hopkins University in Baltimore gab gestern die Schaffung ihres „American Institute for Contemporary German Studies" bekannt.

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Vorsitzende des Gründergremiums, der frühere Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, unumwunden: „Es ist klar, daß eine bewußte, systematische Anstrengung vonnöten ist, um besseres Verständnis für deutsche Probleme zu wecken und eine neue Generation amerikanischer Deutschlandexperten zu schulen und auszubilden."

Die Gründung des Instituts ist vor allem der Energie und der Weitsicht des Präsidenten von Johns Hopkins, Stephen Muller, einen Nachfahren deutscher Einwanderer zu verdanken. Johns Hopkins, eine der führenden amerikanischen Universitäten, hat seit mehr als 100 Jahren besonders enge Beziehungen zum deutschen Bildungssystem und, in jüngerer Zeit, zum Studium der internationalen Beziehungen.

Es war an dieser Universität, wo im Jahre 1876 die erste amerikanische Graduate School gegründet wurde, unter ausdrücklicher Berufung auf das deutsche Universitätsmodell der Verbindung aus Forschung und Lehre.

In Washington soll auch das neugegründete „American Institute for Contemporary German Studies" angesiedelt sein. Als ersten amtierenden Direktor hat Stephen Muller einen hochqualifizierten Fachmann auf dem Gebiet der Deutschland-Forschung gewonnen, Robert Gerald Livingston, der auch in der Bundesrepublik Deutschland beträchtliches Ansehen genießt. Livingston betreute zuletzt das Programm der Deutsch-Studien an der Graduate School für Diplomatie der Georgetown University, Washington D. C. Davor war er Leiter des „German Marshal Fund".

Das Institut will sich vornehmlich auf die Zeit nach 1945 konzentrieren, mit Schwergewicht Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, aber unter Berücksichtigung der Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Gedacht ist an Forschungsaufenthalte ausgewählter Gelehrter am Institut selber, wo mit Hilfe einer noch aufzubauenden Spezialbibliothek und einer programmatischen Beigabe von Konferenzen, Vorlesungen etc. eines der ersten Zentren des Landes für das Studium des modernen Deutschland entstehen soll.

„Eine Anarchie wider alles rationale Denken"

DW. Bonn

Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis bemerkte gestern die „Frankfurter Allgemeine":

„Eine unserer famosen Rundfunkanstalten ließ vor kurzem das Lied singen: ‚Und wenn unsere Brüder kommen / mit Bomben und Gewehren / dann wollen wir sie umarmen / und uns nicht wehren.' Wer zu den kriegsmüden Obergefreiten gehörte, die am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den Gefangenenlagern nach Hause strebten, hätte trotz eher antimilitärischer Gesinnung auf derlei mit unflätigen Bemerkungen über den Hervorbringer solcher Reime reagiert ...

1945 waren wir, trotz frischer Erinnerung an Tiefflieger und Bombenteppiche, geneigt, die Ankunft der Amerikaner zu begrüßen. Wer in Deutschland sich noch bewegen konnte, rannte vor den Sowjets davon und den Amerikanern entgegen. Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, aus der Richtung, aus der „unsere Brüder" nun kommen sollten, irgend etwas Umarmenswertes zu erhoffen. Heute, bald vier Jahrzehnte danach, ist in manchen deutschen Gehirnen so etwas wie eine Perversion der Heilserwartungen zu bemerken. Die nationale Vernunft wird von einer Anarchie wider alles rationale Denken überfallen ...

In der Sowjetunion haben auf Kommando siebzig Millionen Menschen gegen die noch gar nicht anwesende Pershing 2 demonstriert. An der Seite dieser, von einem totalitären Regime in Blindheit gehaltenen Millionen, die von einem selbstgerechten Bewußtsein beseelt sind wie die Massen des Dritten Reiches, befinden sich alle diejenigen, die uns zwingen wollen, mühsam errichtete Verhandlungspositionen einseitig zu räumen. Die Amerikaner sind heute, nach mancherlei Konzessionen, die sie den Europäern zuliebe gemacht haben, nahe daran, mit den Sowjets die ohnehin fällige Regelung der eigentlichen Atomabrüstung schleunigst abzuschließen – ohne Rücksicht auf die Deutschen, die sich dann als politik- und verhandlungsunfähig erwiesen hätten."

Strauß mahnt Westen zu Festigkeit in Genf

TH. KIELINGER, Washington

Ein Programm hochkarätiger Gespräche hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß zu Beginn dieser Woche in Washington absolviert. Der Besuch in der amerikanischen Hauptstadt war plötzlich zustande gekommen, als der CSU-Vorsitzende sich entschloß, einer Einladung des konservativen Forschungszentrums „The Heritage Foundation" kurzfristig nachzukommen.

Die Heritage Foundation feierte mit einem Festbankett, an dem auch Präsident Reagan teilnahm, ihr zehnjähriges Bestehen. Sie gilt als Phänomen unter den in Washington operierenden „Think Tanks", weil sie sich binnen kurzer Zeit in eine Position größten politischen Einflusses vorgearbeitet hat.

Strauß verknüpfte mit seinem Auftritt bei der Heritage-Stiftung auch die Hoffnung, die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung in München mit neuen Initiativen ausstatten zu können. So soll in Kürze ein neues Büro der Hanns-Seidel-Stiftung in Washington aufgebaut und die politischen Kontakte der CSU in Washington allgemein aufgebessert werden.

Nach einer mehr zeremoniellen Begegnung mit Präsident Reagan am Rande der Heritage-Feier bekam Strauß mit Gesprächen bei Sicherheitsberater Clark und Vizepräsident Bush Gelegenheit, seine politischen Sorgen vorzutragen. Sie kreisen dem Vernehmen nach um die Fragen der Sicherheit und Abrüstung und die allgemeine westliche Standfestigkeit angesichts weiteren sowjetischen Hochrüstungsdrucks und westlicher Protestbewegungen gegen die Nuklearbewaffnung.

Strauß trug vor, daß der Westen in seinem Begehren, in Genf „flexibel" sein zu wollen, unverzichtbare Positionen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht preisgeben dürfe. Das erläuterte er auch in einem Interview mit der Tageszeitung „The Washington Times". Darin heißt es, Flugzeuge der amerikanischen „Forward Based Systems" gehörten nicht in das Kalkül der Mittelstreckenverhandlungen.

In demselben Interview meinte Strauß, daß „westliche Festigkeit in der Sache des Doppelbeschlusses im Augenblick das Entscheidendste sei, mag Flexibilität in den internationalen Beziehungen auch noch so viel für sich haben".

Das Gespräch mit Vizepräsident Bush kam noch am Dienstagnachmittag zustande, als Strauß eigentlich schon hatte abgereist sein wollen. Er verschob seinen Abflug und wählte statt dessen die Heimreise mit einer Bundeswehrmaschine am späten Abend.

Peinlich vermied es der CSU-Vorsitzende, irgendwie offiziell in Erscheinung zu treten und damit etwa das Protokoll um den Staatsbesuch von Bundespräsident Carstens zu durchkreuzen. Dafür wirkte sein politischer Auftritt um so pointierter, da gleichzeitig Bundesaußenminister Genscher in Washington Gespräche mit den Spitzen der US-Administration führte. Die Amerikaner bekamen also quasi eine doppelte Belichtung der deutschen Sicherheitspolitik zu sehen. Die Abweichungen zwischen Genscher und Strauß wirkten jedoch minimal, da auch der Bundesaußenminister am Mittwoch vor einem akademischen Gremium in einer Tischrede die Festigkeit und die Entschlossenheit des Westens zu stabiler Abschreckung als unverzichtbares Postulat hervorhob.

Strauß selber wurde ausgiebig nach den Hintergründen des Milliardenkredits an die „DDR" befragt. Doch geschah dies nicht polemisch: in Washington herrschte weitgehend Unkenntnis über einige der Fakten, die diesem Geschäft zugrunde lagen.

Frau Renger: Deutsche und Amerikaner verbindet mehr als die NATO

STEFAN HEYDECK, Washington

Zur symbolischen Eröffnung eines deutsch-amerikanischen Jugendaustauschprogramms hat Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill (Demokrat), und dem Senator Strom Thurmond (Republikaner) Urkunden überreicht. Auf das Programm, das mehr als tausend junge Amerikaner und Deutsche erfassen soll, haben sich der Bundestag und der Kongreß verständigt. Der Festakt war einer der Höhepunkte der Veranstaltungen zur Bekräftigung der deutsch-amerikanischen Freundschaft aus Anlaß des 300-Jahr-Jubiläums der deutschen Einwanderung.

Dabei erklärte Frau Renger, sie sei „tief bewegt" darüber, daß sich gut 60 Millionen Amerikaner ihrer deutschen Abstammung nun nicht mehr schämen müßten. Zugleich dankte sie den USA, die nach 1945 einen entscheidenden Anteil am demokratischen Neuanfang der Bundesrepublik und mit dem Marshall-Plan am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes gehabt hätten. Die Bundesrepublik Deutschland und die USA verbinde mehr als das atlantische Bündnis: Demokratie, Freiheit des einzelnen und der Nation sowie das gemeinsame kulturelle Erbe.

Bei einem Festbankett – zu den 140 Gästen gehörten auch die 29 Mitglieder einer Bundestagsdelegation – erklärte der Kongreßabgeordnete Lee Hamilton, die USA und die Bundesrepublik setzten sich als Freunde gemeinsam für die Entwicklung der Weltwirtschaft und für die Förderung der Demokratie ein. Trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten habe man in Stunden der Krise stets aufeinander zählen können. Jetzt müsse für die weitere Entwicklung der Beziehungen eine neue Grundlage geschaffen werden.

Das Jugendaustauschprogramm sieht vor, daß junge Leute kostenlos für jeweils ein Jahr im anderen Land Erfahrungen sammeln und ihre Ausbildung vervollständigen können. Der Bundestag hat für 520 junge Deutsche – pro Abgeordneten einen – die Patenschaft übernommen. Eine entsprechende Zahl junger Amerikaner will der US-Kongreß in die Bundesrepublik reisen lassen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat bereits in der vergangenen Woche über fünf Millionen Mark für den Austausch bewilligt.

Gegenüber der WELT erklärte der Vorsitzende der Bundestagskommission für den Jugendaustausch, Klaus Daweke, der Sinn dieses Austauschs bestehe auch darin, daß die jungen Deutschen nach ihrer Rückkehr als „eine Art zweite Welle der Völkerverständigung im eigenen Lande dienen" könnten. Ungeachtet dieses Austauschs auf parlamentarischer Ebene ermutigte er die vielen privaten Organisationen, auf diesem Feld weiterzuwirken: „Dieses ausgeprägte Engagement muß erhalten bleiben."

Unter den in die USA gereisten 29 Bundestagsabgeordneten macht sich indessen deutlich spür- und hörbar Unmut breit: In einer „interfraktionellen Koalition" beklagen sie sich über die Parteigrenzen hinweg über die von Peter Hermes geleitete deutsche Botschaft in Washington. Die Abgeordneten, die mit ihrer Reise im Namen ihrer Wähler ein Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft und zum westlichen Bündnis ablegen wollen, fühlen sich von den deutschen Diplomaten am Potomac zurückgesetzt und behindert. Delegationsleiterin Annemarie Renger sagte offen: „Das ist eine Mißachtung des Parlaments."

So hatte Botschafter Hermes bei der Ankunft der Delegation in Washington lediglich die Vizepräsidentin des Bundestages auf dem Flughafen kurz begrüßt. Zu einem Empfang und einer persönlichen Unterrichtung der Volksvertreter durch den Botschafter reichte an jenem Sonntag angeblich nicht die Zeit.

Noch größer wurde die Verärgerung bei der offiziellen Begrüßung des Bundespräsidenten durch US-Präsident Ronald Reagan vor dem Weißen Haus. Dort konnten die Abgeordneten erst nach Protesten durchsetzen, daß sie zumindest in dem mit Seilen abgesperrten Karree an der Zeremonie teilnehmen durften. Verbitterung löste es aus, daß in den drei Reihen davor der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und dem Staatsminister Philipp Jenninger Plätze in der zweiten Reihe zugewiesen wurden.

Immerhin ist Annemarie Renger während ihres USA-Aufenthalts nach Karl Carstens protokollarisch die zweithöchste Repräsentantin der Bundesrepublik. Jenninger leitet die deutsche Kommission für die 300-Jahr-Feier. Die ihnen zustehenden Plätze in der ersten Reihe waren deutschen Diplomaten und Bürokraten zugewiesen worden. Dies werde zu einem Nachspiel führen, kündigten Bundestagsabgeordnete an.

Sie betonten, es gehöre zu den wesentlichen Zielen ihres Besuchs, daß neben dem Bundespräsidenten und dem Bundesaußenminister als Vertreter der Bundesregierung gerade jetzt die Volksvertreter gegenüber den Amerikanern in möglichst großer Zahl das Eintreten für Freundschaft und Partnerschaft beider Länder dokumentieren. Zu der diskriminierenden Behandlung der Bundestagsdelegation durch die Botschaft der Bundesrepublik kam es vermutlich nicht zufällig. Die Botschaft hatte sich bereits vor Monaten mit der fernschriftlichen Empfehlung an das Auswärtige Amt gewandt, es möge „erwägen", auf eine Absage der Parlamentarier-Reise zu drängen, da die Washingtoner Botschaft überlastet sei.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hymne auf „Regierenden"

„[illegible]"; WELT vom 22. September

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

wir müssen uns daran gewöhnen, daß das Amt des Oberbürgermeisters dieser Stadt eine unserer herausragendsten politischen Positionen ist, ein Amt im Vorgriff auf ein wiedervereintes Deutschland – und zwar das einzige dieser Art und Bedeutung –, ein Amt, das nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland so gesehen wird.

Nicht nur der deutschen Hauptstadt und den Berlinern, die nicht ohne Grund in der Welt als Freiheitssymbol gelten, sondern auch dem Verfassungsauftrag auf Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts und auf Wiedervereinigung der Deutschen sind wir es schuldig, dieses Amt nur an Persönlichkeiten zu vergeben, die seinem hohen Anspruch gerecht werden. Dieses Amt darf keine flüchtige Durchgangsstation sein, kein Trittbrett für höhergestimmten Ehrgeiz. Seine Besetzung darf nicht das Ergebnis taktischer Erwägungen sein, hier sollte vielmehr eine langfristige politische Aufgabe vergeben werden. Und der Politiker, der sie übernimmt, sollte als Persönlichkeit eine Signalwirkung haben. An den Folgen der Mißachtung solcher Grundsätze hat Berlin nun lange genug gelitten.

Die CDU ist in der beneidenswerten Lage, daß z. Zt. alle diese Bedingungen auf das glücklichste erfüllt sind. Was jetzt und in absehbarer Zeit an anderen Lösungen denkbar wäre, wirkt dagegen als zweite Wahl und würde dem politischen Anspruch der CDU hinsichtlich ihrer Deutschland- und Berlin-Politik nicht genügen.

Wenn nun das Amt des Bundespräsidenten neu besetzt werden muß, und wenn deswegen der „Regierende" das Regieren aufgeben soll, dann erhebt sich doch die Frage, seit wann die CDU so arm an Persönlichkeiten ist, daß ausgerechnet in Berlin ein nicht zu verantwortendes Loch gerissen werden soll.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Frisch,
Warder

Preisgabe der Autorität

„Loccumer Gespräche mit Gewalt verhindert"; WELT vom 24. September

Sehr geehrte Herren,

dieser Vorfall ist aus mehreren Gründen aufschlußreich:

● Dem autonomen gewaltorientierten Teil des Friedensspektrums sind Gespräche zwischen den noch ansprechbaren Gruppen der Friedensbewegung, Politikern und Polizei äußerst verdächtig. Von einem dabei sich möglicherweise anbahnenden Ausgleich im Interesse der Landesverteidigung haben sie als Politkriminelle nichts zu erhoffen. Sie befürchten offensichtlich, daß eines Tages „das Meer" (Friedensbewegung), in dem sie jetzt als „Fische" schwimmen, sie auf den Strand wirft, d. h. sie isoliert.

● Für Aktionen, die ihnen wichtig erscheinen, ist es den militanten Extremisten jeweils möglich, genügend eigene Kräfte zu mobilisieren und zu konzentrieren, um sich durchzusetzen oder die betreffende Veranstaltung entscheidend zu beeinträchtigen. Diese vielfach bewiesene Tatsache sollte den zuständigen Politikern gerade in Anbetracht der NATO-feindlichen „Aktionswoche" im Oktober ganz besonders im Blickfeld bleiben.

● Die freiwillige Ohnmacht und Preisgabe jeglicher Autorität durch eine bedeutende Einrichtung der deutschen evangelischen Kirche ist ebenso bedauerlich wie kennzeichnend. In Loccum setzte die Leitung der evangelischen Akademie ihre Gäste, die sich zu einem Gespräch über den inneren Frieden versammelt hatten, bedenkenlos persönlicher Beleidigung und Mißhandlung durch extremistische Störenfriede aus. Ob der gewollte Verzicht auf polizeilichen Schutz der – besonders in Loccum – viel zitierten christlichen Nächstenliebe entspricht, erscheint zumindest *fraglich*. Lakonisches Resümee des Akademiedirektors: „Sie (die Gewalttäter) haben die Tagung verhindert, sie ist damit geschlossen." Amen!

Mit besten Empfehlungen
Reinhard von Plessen,
Bonn 1

Wort des Tages

❝ Wäre die Eigenliebe der Menschen auf die Hälfte herabgesetzt, die Liebe zu den Menschen auf das Doppelte erhöht, es würde dies eine so große Umwälzung aller menschlichen Dinge und dadurch auch des ganzen gesellschaftlichen Beieinanderlebens bedeuten, wie keine Revolution sie jemals erreicht hat oder erreichen wird. ❞

Giovanni Papini, ital. Autor (1881–1956)

Ladenschluß

„Leserbrief: Ladenschluß"; WELT vom 30. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

offensichtlich hat Herr W. Caspary aus Bad Dürkheim das Ladenschlußgesetz nicht gelesen. In diesem Gesetz ist überhaupt nicht geregelt, wann die Einzelhandelsgeschäfte geöffnet sein müssen. Das Gesetz bestimmt ausschließlich, zu welcher Zeit die Geschäfte geschlossen sein müssen.

Es bestimmt z. B., daß wochentags s p ä t e s t e n s um 18.30 Uhr Ladenschluß ist. Ob der Geschäftsinhaber sein Geschäft um 17 Uhr, um 18 Uhr oder um 18.30 Uhr schließt, ist ihm völlig selber überlassen.

Tatsache ist, daß viele Geschäfte in der Woche um 18 Uhr schließen und am Sonnabend um 12 Uhr. Dies scheint mir der beste Beweis zu sein, daß eine Verlängerung der Ladenöffnungszeit nicht erforderlich ist. Kein Geschäftsmann, der sein Geschäft bis 18.30 Uhr geöffnet haben darf, wird es bereits um 18 Uhr schließen, wenn der Laden noch voller Kunden stehen würde.

Verbraucherfeindlich wäre es, wenn die Geschäfte von 7 Uhr morgens bis 18.30 Uhr geöffnet sein würden. Die erheblichen Mehrkosten müßten sich in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen.

Mit freundlichen Grüßen
Hilde Thiessen,
Hamburg 76

Deutsche Schulnot

„Retten Sie bitte den Deutsch-Unterricht"; GEISTIGE WELT vom 17. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

den in Ihrer Zeitung abgedruckten offenen Brief des Deutschlehrers Hans-Jürgen Schmelzer an den Kultusminister Girgensohn unterstütze ich – selbst Vater von drei Kindern, von denen eins dem Gymnasium gerade entwachsen ist und die beiden anderen sich dort noch auf die Abschlußprüfung vorbereiten – vollen Umfangs. Möge der offene Brief das Interesse möglichst vieler Eltern schulpflichtiger Kinder wecken, möge er unseren Deutschlehrern und den Schülern Anreiz dazu geben, zu besseren Formen des Deutschunterrichts zurückzufinden, und möge er für alle an den Schalthebeln der Macht tätigen Ministerialen unserer diversen Kultusministerien Ansporn sein, die eigene Position erneut zu überprüfen und gemeinsam mit Schülern, Lehrern und Eltern den Deutschunterricht zu retten!

Hochachtungsvoll
Dr. Erik Undritz,
Seevetal 3

Alles Teufelskram?

„Den Bösen sind sie los, die Bösen sind geblieben"; GEISTIGE WELT vom 24. September

Sehr geehrte Herren,

man muß nicht „opportunistisch dem Zeitgeist" nachlaufen oder aufgeklärter „Rationalist" sein, um sich an den Kopf zu fassen, wenn die GEISTIGE WELT uns die „Wirklichkeit des Teufels" anbietet.

Wenn wir uns auf diese Ebene begeben und für alles pauschal als „Böses" Gestempelte (wer bestimmt übrigens, was das ist, was noch nicht, wer hat den Maßstab?) auf den Teufel berufen, wird jedes Fragen nach Schuld und Verantwortung sinnlos, jedes Streben nach eigenverantwortlichem Handeln ad absurdum geführt, jede Erziehung fragwürdig, jede Selbstbestimmung oder Haftung für sein Tun idiotisch, jede Erforschung der Ursachen von Fehlentwicklungen und ihre *Korrektur* blokkiert.

Mit Ihrer „Aktualisierung des Teufels" legen Sie jede sittliche Freiheit der Entscheidung an die Kette. In dieser Konsequenz kommen wir wieder zu Teufelsaustreibung und Hexenverbrennung, denn der Teufel in uns ist an allem schuld!

Mit bestem Gruß
Dr. Herbert Heer,
Bonn 1

Personalien

GEBURTSTAG

„Mein einziger Geburtstagswunsch sind Spenden für die Luftrettung", erklärte **Franz Stadler**, der Präsident des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs, ADAC, der am 8. Oktober 70 Jahre alt wird. Der Chef des größten europäischen Automobilclubs mit mehr als sieben Millionen Mitgliedern wurde im In- und Ausland durch den Aufbau des deutschen Rettungshubschrauber-Netzes bekannt. Der Rettungshubschrauber wurde sein Lebenswerk. Der Einsatz der Hubschrauber begann 1968 mit einer gecharterten Maschine. 1970 konnte man den ersten ständig eingesetzten ADAC-Rettungshubschrauber auf den Namen „Christoph I" taufen. Heute gibt es in der Bundesrepublik 24 Standorte für Rettungshubschrauber. Franz Stadler, auf Gut Untermassing bei Regensburg geboren, übt seine Tätigkeit für den ADAC ehrenamtlich aus. Der selbständige Versicherungskaufmann wirkte 1946 bei der Wiedergründung des ADAC Südbayern mit und gehört dem ADAC-Präsidium seit 1953 an. Seit 1972 ist er ADAC-Präsident.

EHRUNG

Professor Dr. **Erich Steingräber**, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, wurde von Bundespräsident Karl Carstens mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** überreichte die Auszeichnung. Der Ministerpräsident würdigte die erfolgreiche Arbeit von Professor Steingräber, der „den weltweiten Ruf der Staatsgemäldesammlungen belebt hat, und der durch seine wissenschaftliche Tätigkeit internationale Anerkennung erworben hat". Erich Steingräber, Sohn eines Staatsbeamten aus Danzig, war von 1954 bis 1962 Konservator, dann Oberkonservator am Bayerischen Nationalmuseum und übernahm anschließend als Generaldirektor das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg. 1969 holte ihn die Bayerische Staatsgemäldesammlung als Generaldirektor. Der Honorarprofessor an der Universität München legt sein Schwergewicht auf die europäische Kunst des Mittelalters und auf die Renaissance.

VERANSTALTUNG

Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus hat jetzt damit begonnen, das Briefwerk des ersten Bundeskanzlers der Öffentlichkeit zu übergeben. „Adenauer, Briefe 1945–1947" wurde in der Bonner Berlin-Vertretung vorgestellt. Bundeskanzler **Helmut Kohl** hat die „Rhöndorfer Ausgabe" der Briefe, die im Siedler Verlag erschienen ist, dem Leserpublikum übereignet. Das veröffentlichte Briefwerk Adenauers, das in weiteren Bänden fortgesetzt wird, kam mit Hilfe der Stiftung Volkswagenwerk zustande. Herausgeber sind die beiden Professoren **Rudolf Morsey** und **Hans-Peter Schwarz**, die sich als besondere Kenner der Adenauer-Ära bereits profilierten. Bearbeitet hat das Briefwerk der Historiker Dr. **Hans Peter Mensing**. Die am Rhöndorfer Wohnsitz Adenauers gesammelten Dokumente vermitteln einen bedeutenden Einblick in die unmittelbare Nachkriegsgeschichte, in die Entstehung der CDU und des Parteiensystems, kurzum in den Wiederaufbau der Republik. Den 572 Briefen folgt im Frühjahr 1984 ein nächster Band mit Briefen bis 1949.

Labour rückt von der einseitigen nuklearen Abrüstung nicht ab

Die Verteidigungspolitik löst auf dem Parteitag neuen Streit aus / Rückschlag für Kinnock

FRITZ WIRTH, Brighton

Der seit drei Tagen vom neuen britischen Labourchef Neil Kinnock beschworene Parteifrieden ist gestern auf dem Labour-Parteitag in Brighton plötzlich zusammengebrochen. Ursache des offenen Streits ist das gleiche Thema, das vor wenigen Monaten bereits bei der Unterhauswahl der Partei zum Verhängnis wurde: die Verteidigungspolitik.

Die Partei ist in dieser Frage so zerstritten wie zuvor, ihre Position in der nuklearen Abrüstungsfrage ist weiterhin verworren und zum Teil widersprüchlich. Klarheit herrscht nur in einem Punkte: Labour befürwortet mit überwältigender Mehrheit die unilaterale nukleare Abrüstung Großbritanniens. Über den zeitlichen Ablauf dieser Politik und über die Rolle der britischen Polarisflotte bei dieser Abrüstung herrscht jedoch tiefe Verwirrung.

Der Verzicht soll „bedingungslos" sein

So nahm der Parteitag zunächst einen Antrag an, der sich gegen die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper und Pershing-Raketen und gegen die Umrüstung der Polarisflotte auf das Tridentsystem aussprach, zugleich aber vorsah, daß die bestehende Polarisflotte in die gegenwärtigen nuklearen Abrüstungsgespräche als Verhandlungsobjekt eingereiht werden soll. Wenig später jedoch akzeptierte der Parteitag einen Antrag, der die bedingungslose Aufgabe aller britischen Raketenwaffen einschließlich der Polarisflotte vorsieht.

Die Verabschiedung dieses Antrags ist der erste schwere Rückschlag für Kinnock, der vergeblich versucht hatte, diesen Antrag abzublocken oder zumindest zu erreichen, daß die Vokabel „bedingungslos" aus seinem Text gestrichen wurde. Die Labour Party steht damit in ihrer Verteidigungspolitik wieder am gleichen Punkt wie vor vier Monaten in düstersten Wahlkrisenzeiten. Sie bietet sich dem Wähler als eine Partei der Widersprüche, der Inkonsequenz und der verschwommenen politischen Prioritäten dar.

Die Debatte artete in den Schlußminuten schließlich in offenen Streit aus, als ein Redner dem ehemaligen Labour-Premier James Callaghan vorwarf, bei der letzten Unterhauswahl die Politik seiner Partei sabotiert zu haben. Callaghan, der bisher auf diesem Parteitag nur die Rolle eines stillen Beobachters gespielt hatte und ursprünglich auch nicht die Absicht hatte, in diese Verteidigungsdebatte einzugreifen, sprang erregt von seinem Sitz hoch und stürmte ans Rednerpult.

Der ehemalige Premier, seit Jahren ein überzeugter Befürworter einer multilateralen Nuklearabrüstung, *enthüllte, daß er vor der Debatte* gebeten worden sei, nicht in die Debatte einzugreifen, um Kontroversen zu vermeiden. „Es gibt seit ein paar Tagen eine neue Parteiführung", sagte er, „und ich habe mich bereit erklärt, zu schweigen. Das jedoch ist nun nicht mehr möglich."

Callaghan warf der Parteilinken, die ihn mit „Buh-Rufen" empfing, vor: „Ihr habt mit eurer Politik die Verteidigungspolitik Labours der letzten elf Wahlen umgekehrt, ohne den Wählern klarzumachen, was das für Folgen hat. Das hat die Partei Millionen von Stimmen gekostet." Der Rest seiner Rede ging im Protestgeschrei unter.

Zu den Geschlagenen dieser Debatte gehören neben Callaghan auch der neue stellvertretende Parteichef Roy Hattersley und sein Vorgänger Denis Healey, über dessen Zukunft in der Partei nun erhebliche Zweifel bestehen. Es ist keineswegs mehr sicher, daß Healey, der in der Nuklearabrüstung eher Callaghan denn Kinnock nahesteht, noch bereit ist, ein Amt im Schattenkabinett Kinnocks zu übernehmen.

Warnung Healeys war vergeblich

Healey hatte die Debatte mit dem Appell eröffnet, den britischen Bürger mit der Annahme unterschiedlicher Anträge nicht in gleicher Weise zu verwirren wie während der Wahl. „Wir verloren in der Wahl Stimmen, weil unsere Verteidigungspolitik so interpretiert wurde, als seien wir gegen die NATO und nicht bereit, dieses Land ausreichend zu verteidigen." Seine Warnung blieb jedoch wirkungslos. Der Parteitag nahm schließlich mit überwältigender Mehrheit den Antrag der Transportarbeitergewerkschaft an, bedingungslos alle britischen Atomwaffen abzuschaffen und alle amerikanischen Nuklearbasen auf britischem Boden zu entfernen.

Healey, der in seiner Rede die britische Premierministerin Margaret Thatcher beschuldigt hatte, „mit einem Gewebe von Lügen die gegenwärtigen Genfer Abrüstungsverhandlungen torpediert zu haben", tröstete sich schließlich mit der Einsicht, daß die nächsten Wahlen noch fern sind und daß die in Brighton verabschiedeten Anträge in dieser Frage „noch nicht das letzte Wort der Partei sind".

Für Kinnock, der selbst seit 20 Jahren die einseitige Abrüstung predigt, stehen noch schwere Aufgaben bevor. Die Botschaft der Partei an ihn war jedenfalls klar: eine Revisionspolitik in Sachen Nuklear-Verteidigung findet vorerst nicht statt.

Weltsynode diskutiert über Beichte

Die positiven Aspekte dieser Institution sollen wieder im Vordergrund stehen

KLAUS RÜHLE/DW. Rom

Die Weltsynode der katholischen Kirche, die Ende September im Vatikan eröffnet worden war, diskutiert nun einen Monat lang „brennende Gegenwartsfragen". An ihr nehmen 209 Kardinäle und Bischöfe teil. Die vorausgegangene Synode von 1980 war dem Thema der Familie gewidmet. Die Kirchenfürsten räumen ein, daß die Situation auf dem Gebiet von Sitte und Moral sich in den vergangenen drei Jahren trotz aller Bemühungen verschlechtert hat. Umfragen haben zum Beispiel ergeben, daß Keuschheit vor der Ehe immer seltener geworden ist und daß immer weniger Paare sich kirchlich trauen lassen. Den Grund für diese Entwicklung sehen die katholischen Bischöfe nicht nur in der Abnahme der Gläubigenzahl und des Kirchenbesuchs, sondern vor allem auch darin, daß nicht wenige Katholiken die Befolgung der traditionellen Moralgesetze der Kirche nicht mehr für so wichtig halten.

Sicher kann für diesen Trend, für das Nachlassen des Glaubenseifers selbst in fast 100prozentig katholischen Ländern wie Italien nicht allein das soziale Milieu verantwortlich gemacht werden, über das Papst Johannes Paul II. in seiner Eröffnungsrede sprach. Wie der Mailänder Erzbischof Kardinal Carlo Maria Martini in seinem Referat ausführte, sind die von den Individuen begangenen Sünden immer zugleich auch ein sozialer Faktor. Umstritten bleibt dagegen die Frage, ob die sozialen Bedingungen unserer Zeit als verantwortliche Quelle der individuellen Sünden angesehen werden können. Manche Bischöfe der Dritten Welt, wie zum Beispiel der peruanische Kardinal Landazuri, bekämpfen die These von den sogenannten strukturellen Sünden zur Entlastung der Einzelverantwortung.

Im Rahmen des Problems, inwieweit eine ungerechte Gesellschaftsordnung den Menschen sündig werden läßt, steht auf der gegenwärtigen Synode auch die Beichte im Vordergrund. Im Verlauf der Jahrhunderte hat diese Institution manchen formalen Wandel erfahren. In ihrer heutigen Form geht sie im wesentlichen auf das Konzil von Trient (16. Jahrhundert) zurück. Als Folge des II. Vatikanischen Konzils sind einige Neuerungen eingeführt worden. Zum Beispiel kann in besonderen Notsituationen die kollektive Absolution erteilt werden, sofern die Einzelbeichte später nachgeholt wird.

Die Zahl der Beichtwilligen ist in den letzten Jahrzehnten erheblich zurückgegangen. In Italien verzichten 72 Prozent der Bevölkerung auf den Besuch des Beichtstuhls – meist, weil sie eine falsche Vorstellung von der Beichte haben. Deshalb ist die Synode besonders bemüht, die positiven Aspekte dieses Sakraments hervorzuheben. Während früher der Akzent oft auf dem Bekenntnis der eigenen Sünden lag, soll nunmehr die Vergebung und Bereinigung des persönlichen Verhältnisses zu Gott – aufgrund eines eigenen, freien Willensentschlusses – in den Vordergrund treten. Papst Paul II. legt offenbar sehr viel Wert auf dieses Thema. Es gehört auch in den Themenkreis des Heiligen Jahres, das der Erlösung des Menschen von der Sünde gewidmet ist.

Keineswegs Vereinsmeierei: Chorgesang heute

Spaß mit Entbehrungen

Da sage noch einer, dem cleveren Gotthilf Fischer mit seinem Mammut-Gesangverein sei wirklich etwas Neues eingefallen. Seit jeher wurde stimmgewaltige Chorkraft als Ausdrucksmittel der Massen bevorzugt eingesetzt. Und als Aufklärung und Romantik sich daranmachten, gesellschaftliches Zusammenleben neu zu definieren, beeinflußte dies natürlich auch die Stellung des Chorgesangs innerhalb der Gemeinschaft.

Der Chor als Sprachrohr für politische, religiöse oder soziale Anliegen, 1794 etwa, beim „Fest des höchsten Wesens" in Paris: Da sangen zweieinhalbtausend Menschen mit, die zu je fünfzig aus den 48 Bezirken des Landes ausgewählt waren. Und innerhalb dieser fünfzig Sänger hatte man abermals streng unterteilt: zehn alte und zehn junge Männer, zehn Mütter, zehn junge Mädchen und schließlich noch zehn Kinder...

Die Romantik führte zur Gründung zahlreicher Sängerbünde, die sich vor allem der Pflege des Volksliedes annahmen. Männergesangvereine, Liedertafeln und Liederkränze schossen wie Pilze aus dem Boden. Das erste deutsche Sängerfest, 1827 in Plochingen abgehalten, lockte bereits 200 Teilnehmer an. Der 1862 in Coburg gegründete Deutsche Sängerbund, der „die nationale Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme stärken" sollte, wurde zwar nach dem Zweiten Weltkrieg verboten, 1949 aber als eine Vereinigung von Männer-, Frauen-, gemischten und Jugendchören neu gegründet.

Sing mit uns – ZDF, 19.30 Uhr

Die klassischen Komponisten bemühten den Chor zumeist dann, wenn es galt, hymnischen Überschwang zu demonstrieren. Ob Händel, Beethoven, Mahler oder in der Oper Verdi, Weber oder Wagner: Stets ist die Funktion des Chores klar definiert. Mit ihm sollen Empfindung und Emotion jene Nachdrücklichkeit erhalten, aus deren Umklammerung sich die Zuhörer nicht mehr entziehen können.

Chorgesang in unseren Tagen bedeutet, wenn man ihn ernst nimmt, keineswegs Vereinsmeierei. Wer sich einem der zahlreichen Gesangvereine oder Kirchenchöre anschließt, hat oftmals neben dem Spaß am Singen nicht unbeträchtliche Entbehrungen auf sich zu nehmen. Vor allem dann, wenn das Können so weit geht, daß mehr oder weniger regelmäßig Konzerte gegeben werden.

Denn zumeist erhalten die Chormitglieder für ihre Auftritte nichts, weil die Einnahmen aus den Konzerten gerade ausreichen, das begleitende Orchester oder die extra engagierten Gesangssolisten zu bezahlen. Und wenn nicht die Spesen für ein Gastspiel in der benachbarten Stadt von einem wohlmeinenden Mäzen getragen werden, dann muß man eben zu Hause bleiben oder in die eigene Tasche greifen.

Erstaunlich genug, daß sich unter diesen Bedingungen dennoch immer wieder erstklassige Laienchöre entwickelt haben. Etwa der Münchner Bach-Chor. Wer dort singt, kann nur neidisch auf die Mitglieder des Münchner Rundfunkchores blicken, die feste Gehälter beziehen. Und trotzdem erlangte der Münchner Bach-Chor unter Karl Richter jenen Weltruhm, wovon so mancher mit Berufssängern ausgestattete Rundfunk- oder Opernchor nur zu träumen vermag.

Von streikenden Opernchören konnte man in der Vergangenheit lesen, von streikenden Laienchören dagegen nie. Das Gemeinschaftserlebnis zählt offenkundig mehr als finanzielle Interessen. Und auch um den Nachwuchs braucht man sich nicht zu sorgen. Allenfalls Tenöre sind dünn gesät, aber das waren sie eigentlich immer, ob im Gesangverein oder in Bayreuths hehren Hallen.

Probleme, ausreichend Sänger zu finden, haben auf breiter Basis derzeit allenfalls die Kinderchöre. Immer weniger Eltern scheinen bereit, ihre Kinder in den pädagogisch so wichtigen Jahren zwischen acht und 14 in die Obhut eines gestrengen Musikprofessors zu geben, der ihnen statt Fußball den Violinschlüssel nabezubringen sucht. Schließlich, der Verfasser spricht da aus eigener Erfahrung, ist kein Bub, mag er auch noch so musikalisch sein, in diesem Alter freiwillig bereit, für die Geheimnisse mehrstimmiger Melodie-Seligkeit den Spaß auf dem Spielplatz aufzugeben.

VOLKER BOSER

KRITIK

Mühsames Dirnenleben

Aus der langen Reihe der miteinander verwobenen naturalistischen Romane Emile Zolas erfreut sich „Nana" einer besonderen Beliebtheit, nicht nur als handliches Lösungswort bei Kreuzworträtseln, sondern auch des pikanten Inhalts wegen. Jahrzehntelang hat die Geschichte vom Glanz und Elend einer Pariser Kurtisane – ein oder zwei Menschenalter nach Balzac und seiner Esther – ihre meisten Leser unter denen gefunden, die eigentlich zu jung dafür waren und sie sich aus den hinteren Regalen des elterlichen Bücherschranks geholt hatten.

Das ZDF lieferte seine dreiteilige, insgesamt 265 Minuten lange Sendung darum wohl auch zu ziemlich später Stunde ab. Ob die Darstellung der heiteren und düsteren Seiten des Dirnenlebens auf französischem Boden durch den darauf, wie es scheint, spezialisierten Regisseur Maurice Cazeneuve eine bedenklich verführerische Wirkung auf etwa noch nicht zu Bett geschickte Halbwüchsige ausüben konnte, steht dahin.

Sehr viel mehr Bedenken ruft der Gedanke hervor, was aus der großen Tradition französischer Filmkunst geworden ist, die hier vor den Augen des Beschauers unter der Last des Second-Empire-Mobiliars zusammenzubrechen drohte. Zwischen den überreichlich ausgestreuten Versatzstücken stolperten die ebenso reichlich geschminkten und aufgeputzten Darsteller hilflos umher. Immer wirkte der Bildschirm überfüllt, einerlei ob die Dekoration nuttige Interieurs oder unaufgeräumte Theatergarderoben vortäuschen sollte, Armeleute-Quartiere oder Neureichen-Paläste. In der großen Schar von Nanas Verehrern und Gönnern konnte man sich auch nur mühsam an Hand der Barttracht zurechtfinden, wenn es sich nicht um eine so überdeutlich herausgearbeitete Karikatur wie den Vertreter des englischen Königshauses handelte.

Ein menschliches Gesicht unter so vielen Larven trug Guy Tréjan als Graf Muffat, man konnte an seiner tragischen Verheerung ehrlich mitleiden. Eine Nana-Darstellerin dagegen, die dies völlig glaubhaft machte, hat man an Veronique Genest noch nicht gefunden. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß die Rolle riesenhafte Anforderungen an körperliche Perfektion, Temperament und Wandlungsfähigkeit stellt.

Ist die Gestalt überhaupt überzeugend? Da der Betrachter nach dem so unvollkommen angerichteten kulinarischen, d. h. auf Äußerlichkeiten beruhenden Kunstwerk ohnehin unbefriedigt zurückbleibt, richten sich seine Gedanken auf Zolas Grundkonzeption, der man vorwerfen kann, daß sie in gewisser Hinsicht so pubertär ist wie die Schar seiner jugendlichen Leser. Er hielt sich für einen scharfsinnigen Soziologen von geradezu naturwissenschaftlicher Präzision und ist doch auf das Trugbild von der nymphomanischen Hure als der großen Zerstörerin hereingefallen.

HELLMUT JAESRICH

STUDIO

Trotz Vormittagsprogramms und quantitativ größeren Angebots: die Deutschen haben **1982 nicht mehr ferngesehen** als ein Jahr zuvor. Im Schnitt zwei Stunden verbringt der Durchschnittszuschauer (ab 14 Jahre) täglich vor dem Fernseher. Kinder zwischen 3 und 7 bringen es täglich auf eine dreiviertel Stunde, 8- bis 12jährige bereits auf 1½ Stunden. Leichte Veränderungen zeigen sich allerdings bei der Verteilung der Sehbeteiligung auf Wochentage und Uhrzeiten: der Fernsehkonsum an Werktagen ist leicht in die Höhe gegangen, während am Sonntag und am Samstag ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Und er hat sich mehr in die späten Abendstunden (nach 21 Uhr) verlagert.

*

Das ZDF plant für Anfang des kommenden Jahres den Programmschwerpunkt **„Total erfaßt – die transparente Gesellschaft"**. In neun Sendungen soll der Zuschauer auf Tendenzen und Veränderungen im Bereich der Sozialkontrolle aufmerksam gemacht werden. Die ersten Sendungen gehen dabei auf die technischen Voraussetzungen und die Infrastruktur der Informatisierung ein; in den anderen Folgen werden die sozialen und politischen Folgen und Trends dargestellt. agi

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
(Nur über HR, NDR, RB, SFB, WDR)
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Fußball-EM-Qualifikationsspiel: Deutschland – Österreich
12.00 Umschau
12.10 Mosaik statt Melting Pot
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Frauengeschichten
Karin Hempel-Soos
Spottdrossel aus Bonn
Film von Anna Dünnebier
17.00 Matt und Jenny
Abenteuer im Ahornland
14. Gauner gegen Gauner,
2. Runde von Martin Lager
17.25 Träume, die keine blieben
Nobelpreis für Medizin: Werner Forßmann
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Brennpunkt
Vor 300 Jahren begann mit der Niederlassung von 13 Mennoniten- und Quäker-Familien aus Krefeld in der Nähe des heutigen Philadelphia die Besiedlung Nordamerikas durch Deutsche. 1983 wurde deshalb von Präsident Reagan offiziell zum 300. Gedenkjahr der ersten deutschen Einwanderung proklamiert.
Theo M. Loch, Fritz Pleitgen, Cornelius Borman und Ulrich Wickert ziehen Bilanz
21.00 Das kleine Kino an der Ecke
Eine heitere und besinnliche Erinnerung an Filme der 50er Jahre
22.00 Musikladen
TV-Discotheque international mit Waylon Jennings, Eartha Kitt, Jennifer Rush, Agnetha Fältskog, Enzo u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Germerica
400 Jahre deutsches Know-how in Amerika
Film-Dokumentation von Anita Geigges
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
Spaß für Spaßvögel mit Bauchredner Fred Roby
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
Die belgische Nummer
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Das Mißverständnis
19.00 heute
19.30 Sing mit uns
Im August dieses Jahres zeichnete das ZDF im Rahmen einer großen Gala-Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle die Sendung „Sing mit uns – Das große Wunschkonzert der Chöre" auf. Zuvor stellten HÖR ZU, RTL und der Österreichische Rundfunk ihren Hörern 60 beliebte Chorlieder vor. Von den angebotenen Titeln hatten die Liebhaber der Chormusik Gelegenheit, ihre Favoriten zu wählen, die nun in der Sendung von Carolin Reiber präsentiert und von vielen bekannten Künstlern dargeboten werden.
21.00 heute-journal
21.20 ZDF Magazin
Themen: 1. „DDR"-Soldaten bewachen Ost-Arbeiter im Westen / Schulunterricht: *Deutschland – unbekanntes Land* / Herbstaktionen – Gefahr für inneren Frieden / Geh'n die deutschen Bäder baden?
Moderation: Fritz Schenk
22.05 5 nach 10
(K)ein Herz für Tiere? – Tierliebe auf dem Prüfstand – Tierversuche im Streitgespräch – Massentierhaltung in der Diskussion.
Anschl. heute



Werner Eichhorn, Hans Clarin und Dieter Krebs (v. l.) in einer Szene der Reihe „Der Paragraphenwirt" ZDF, 18.20 Uhr FOTO: KÖVESDI

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (Licht und Atom)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling, zum Diktat
US-Spielfilm (1942)
21.45 Saturn – eine Kometen-Karriere
22.15 Reise in die unbekannte Mitte
Literatur in den Niederlanden
23.40 Letzte Nachrichten

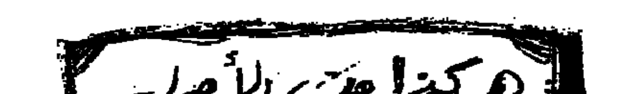
NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
Moderation: Dagmar Berghoff
18.45 Follow me (32/33)
19.00 Was tun?!
Casa Bolena – Ein internationales Frauenprojekt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 African Queen
US-Spielfilm (1951) mit Humphrey Bogart, Katharine Hepburn u. a.
21.55 Kultur aktuell
22.40 A Ball of Fire
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Für Kinder: Ummel aus dem Eis (3) – Das Abenteuer
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Schneewittchenfilm
19.15 Die ersten Menschen (3)
Der aufrechte Gang
20.00 Tagesschau
20.15 Liebe im Handumdrehen
(US-Spielfilm 1935)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Vertreibung des Geistes
1933–1983
23.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Lebenswandel
Buch und Regie: Helmut Meewes
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Kunst-Stück im Dritten
22.30 Zu Gast: Tausend kleine Schritte

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 681, 682, 683

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti!
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N. Oktobertag
19.05 Gesicht
20.45 Rundschau
21.00 Show-Bühne
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau



FUSSBALL

Herget – eine späte Entdeckung

DW. Osnabrück/Arnsberg

Berti Vogts, Trainer der deutschen Junioren-Nationalmannschaft, stellte sich vehement gegen alle Nörgler: „Wer vom Niedergang des deutschen Fußballs spricht, der irrt sich. Es gibt Talente genug. Man muß sie nur fördern und gezielt aufbauen."

Vogts leitete diese Erkenntnisse aus dem 2:1-Sieg seiner Mannschaft über Österreich ab. Er träumt jetzt – wenigstens für sein Team – von der Europameisterschaft. Kollege Erich Ribbeck ist mit seiner Olympiamannschaft ebenfalls ein kräftiges Stück auf dem Weg nach Los Angeles weitergekommen. In Osnabrück gelang ein 3:0-Sieg über Portugal.

Auffälligster Spieler in der Junioren-Mannschaft war ein eher spätes Talent, ein Spieler im gestandenen Alter von 27 Jahren: Mathias Herget, Libero und Kapitän des Bundesliga-Aufsteigers Bayer Uerdingen. Herget erzielte in seinem ersten Spiel für die Auswahl das 1:0 mit einem Elfmeter und bereitete das zweite Tor von Michael Rummenigge mustergültig vor. Er war der Ideenproduzent, Antreiber und Organisator des Spiels. Berti Vogts machte sich nach dem Spiel den Vorwurf, Herget nicht „schon früher entdeckt zu haben" und lobte ihn gleichzeitig für noch ganz andere Aufgaben hoch: „Ich werde Mathias Herget dem Bundestrainer empfehlen. Er kann eine Verstärkung für die A-Nationalmannschaft sein."

Herget, der sich auf Anhieb einen Stammplatz bei den Junioren erkämpft haben dürfte, bleibt bei so viel Lob bescheiden: „Die Nationalmannschaft ist nach wie vor ein Traum für mich, denn auf der Position des Liberos gibt es bessere Spieler als mich." Sprach's und trug den *Mannschaftskoffer zum Bus.*

Jimmy Hartwig vom Hamburger SV feierte seinen 29. Geburtstag in Osnabrück schon mit olympischer Freude: „Diesmal hat endlich die ganze Mannschaft gezeigt, daß sie auch wirklich nach Los Angeles will." Die Voraussetzung für den Vorstoß an die Tabellenspitze der Europa-Gruppe D schuf Hartwigs Vereinskollege Dieter Schatzschneider. Er erzielte zwei Treffer (Bommer den dritten). Damit geht die Hälfte aller bisherigen Tore der Olympiamannschaft auf das Konto des neuen Hamburger Mittelstürmers. Dennoch ist es mit seiner olympischen Lust nicht *allzu weit her. Er sagt: „Ob ich letzt*lich 1984 dabei bin, ist eine andere Sache. Denn mein Traumziel bleibt die A-Nationalmannschaft und die Teilnahme an der Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich." Die Tatsache, daß er dennoch mit voller Kraft für das Olympiateam kämpfte, überspielte Dieter Schatzschneider mit einem seiner üblichen lockeren Sprüche: „Wir müssen doch erfolgreich sein, damit Erich Ribbeck nicht arbeitslos wird."

Die Blicke des Trainers sind nun ganz nach Israel gerichtet, wo die Vorentscheidung über den Gruppensieg fallen dürfte. Ribbeck: „Am 30. Oktober nach dem Gastspiel der Portugiesen in Israel wissen wir mehr." Nach diesem Spiel wird zumindest klar sein, wie viele Tore die deutsche Olympia-Auswahl drei Wochen später an gleicher Stelle erzielen muß, um ein beruhigendes Torepolster vor dem Rückspiel Portugal – Israel am 11. Januar in Lissabon zu haben.

Olympia-Qualifikation

1. Deutschland	3	2	0	1	6:3	4:2
2. Portugal	2	1	0	1	3:4	2:2
3. Israel	1	0	0	1	0:2	0:2

Die weiteren Spiele: 30. Oktober: Israel – Portugal, 20. November: Israel – Deutschland, 11. Januar 1984: Portugal – Israel.

Junioren-EM

1. Albanien	5	4	1	0	8:2	9:1
2. Deutschland	4	2	2	0	5:3	6:2
3. Österreich	4	0	2	2	4:6	2:6
4. Türkei	5	0	1	4	1:7	1:9

Die weiteren Spiele: 25. Oktober: Deutschland – Türkei in Berlin, 15. November: Türkei – Österreich, 19. November: Deutschland – Albanien in Trier.

SPRINGREITEN / Die Wandlung des Olympia-Feindes Paul Schockemöhle – Sein Pferd Deister wird nur in wenigen Hallen-Turnieren starten

„Ich konzentriere mich auf's Wesentliche, auf Los Angeles

KARL MORGENSTERN, Mühlen

Die „grüne Saison" ist vorüber. Die Springreiter zieht's wieder in die Hallen, der Weltcup-Zirkus lockt aufs neue mit gutem Geld für gute Leistungen. Europas Springreiter Nummer eins aber engagiert sich nicht: Europameister Paul Schockemöhle ist diesmal – ausnahmsweise – nicht vom Ehrgeiz besessen. Der 38 Jahre alte Unternehmer gibt freimütig zu: „Ich habe in diesem Winter keine allzu großen Ambitionen. Ich habe nur ein Ausnahmepferd, Deister, und das ist nun mal kein Hallen-Pferd. Der Krach in den meisten engen Hallen macht Deister unruhig; selbst in Top-Form reicht es für mich in der Halle selten zum Sieg."

Trotzdem wird der niedersächsische Millionär Deister in einigen Hallen an den Start bringen: „Ich kann das Pferd doch nicht bis zum nächsten Frühjahr wegstellen. Deister muß bewegt werden, muß in Form gehalten werden." Priorität aber hat für Paul Schockemöhle ohnehin Olympia 1984 – trotz seiner bekannten Aversionen gegenüber Olympischen Spielen: „Ich habe gar nicht die Zeit, um auf allen Hochzeiten zu tanzen. Deswegen konzentriere ich mich auf das Wesentliche und auf die wichtigsten Prüfungen. Und deshalb haben die Olympischen Spiele in Los Angeles absolut Vorrang vor allem anderen."

Das sagt derselbe Reiter, der das olympische Einzelspringen ein „Glücksspiel" nennt, den Austragungsmodus für eine „Katastrophe" hält und mit Engagement für Änderungen plädiert: „Eine Weltmeisterschaft ist in unserem Sport viel wertvoller als ein Olympiasieg. Bei Weltmeisterschaften geht's viel ehrlicher und sportlicher zu; da gewinnt auch wirklich der Beste. Außerdem ist die Konkurrenz viel stärker, weil auch alle Profis am Start sind." Deshalb setzt Paul Schockemöhle seine Europameisterschafts-Siege von München (1981) und von Hickstead in diesem Jahr auch „mindestens auf eine Stufe mit dem Olympiasieg des Italieners Graziano Mancinelli 1972 in München".

Von Montreal will er nicht reden. Dort wurde Bruder Alwin 1976 Olympiasieger – die „feindlichen Brüder" haben seit über zwei Jahren kein Wort mehr miteinander gesprochen. Und über die Gewinner von Moskau 1980 lächelt der erfolgreichste Springreiter der Welt der letzten vier Jahre nur mitleidig. Damals fehlten wegen des Boykotts die besten der Welt, ein Pole gewann.

Daß der größte private Pferdezüchter Deutschlands, der darüber hinaus auch als Immobilien-Kaufmann, Spediteur und Farmer in Amerika erfolgreich ist – der jährliche Umsatz seiner Firmen wird auf rund 25 Millionen Mark geschätzt –, trotzdem olympische Ambitionen hat, ist selbst angesichts Paul Schockemöhles Schmäh über Olympia kein Widerspruch. Der Mann, der in so vielen Sätteln erfolgreich ist, weiß um das große öffentliche Renommee eines Olympiasiegers, auch wenn in Los Angeles die „ehrlichen Profis" fehlen.

Und dann gibt es da natürlich noch ein psychologisches Problem, auch wenn Paul Schockemöhle mit Nachdruck behauptet, das sei für ihn nicht mehr relevant: Bruder Alwin war schließlich schon mal Olympiasieger – Paul war's noch nicht. Um diesen einen Triumph ist Alwin Schockemöhle noch im familiären Plus; nach deutschen Meister-Titeln hat Paul schon aufgeschlossen. Da steht es 4:4 – mehr hat sowieso kein deutscher Springreiter gewonnen. Und Europameister war Paul Schockemöhle schon zweimal; Alwin war's nur einmal (1975), und das auch noch gegen allerschwächste internationale Konkurrenz; seinerzeit durften die Profis nicht mitreiten.

Insofern ist Paul Schockemöhle längst aus dem einst übermächtigen Schatten seines acht Jahre älteren Bruders herausgetreten.

„Natürlich möchte ich 1984 in Los Angeles gewinnen. Würde ich etwas anderes sagen, wäre es nicht wahr", stellt der zweimalige Europameister sachlich fest. „Aber wenn es nicht klappt, dann geht die Welt auch nicht unter. Schön wäre es trotzdem." Es könnte krönender Höhepunkt und Ausklang zugleich der beispiellosen Laufbahn des heute 12jährigen Hannoveraner-Wallachs Deister sein. Doch selbst in diesem Punkt läßt sich Paul Schockemöhle nicht mehr festlegen, hat sich seine Meinung gewandelt: „Deister ist 1984 erst 13 Jahre alt, nicht zu alt für große Prüfungen. Zwei Jahre länger kann der Wallach vielleicht noch gut gehen. Deister ist nun einmal ein Ausnahmepferd, das nicht mehr zu bezahlen ist und für das herkömmliche Maßstäbe nicht gelten." 1986 aber finden die nächsten Weltmeisterschaften statt. Für Paul Schockemöhle sind Weltmeisterschaften, oft genug hat er es erklärt, viel wichtiger und wertvoller als Olympia. Und Paul Schockemöhle hat nicht vergessen, daß er seit 1981 mit Deister nur ein einziges Mal nicht sein mögliches Leistungsmaximum erreicht hat, 1982 bei der Weltmeisterschaft in Dublin: „Damals waren Norbert Koof und Fire in der Form ihres Lebens, topfit im richtigen Augenblick. Sie waren in Dublin wirklich die Besten." Der aufrichtige sportliche Respekt schließt noch heute das tiefe Bedauern ein, ausgerechnet in Dublin nicht wie gewohnt triumphiert zu haben. Die Niederlage schmerzt noch heute. Und ist Ansporn genug für die nächsten Jahre.

Paul Schockemöhles Wandlung, die Olympischen Spiele im nächsten Jahr „als das Wesentliche" zu betrachten, ist also weniger eine Angelegenheit seiner Überzeugung. Beim Turnier von Los Angeles kann er kein Geld verdienen, aber ein Sieg wäre eine sehr gute Basis, auf der sich neue Geschäfte entwickeln können. Diese Denkweise ist typisch für Schockemöhle, es ist seine erfolgreiche Mischung aus Sport und Geschäft.

MOTORSPORT

Röhrl schon auf Platz 3

dpa, Pisa

Die Stimmung im Audi-Werksteam war alles andere als zuversichtlich. „Ich war mir sicher, aus den Schotterprüfungen in Führung gehen zu können", sagte Stig Blomqvist im Ziel der 3. Etappe der Rallye San Remo in Pisa, nachdem er zuvor mit seinem Audi Quattro von der Strecke abgekommen war und wertvolle Zeit verloren hatte. „Jetzt können wir zwar weiter mit vollem Risiko angreifen, aber ich glaube nicht, daß wir auf Asphalt gegen die Lancias eine Chance haben."

Nach 43 von 58 Sonderprüfungen dieses neunten Laufs zur Rallye-Markenweltmeisterschaft, der am Freitag in San Remo zu Ende geht, sieht es ganz danach aus, als könne sich Lancia mit einem Sieg auch den WM-Titel sichern. In Führung liegt nach wie vor der Finne Markku Alen auf dem Lancia Rally mit 1:42 Minuten Vorsprung vor Audi-Werkspilot Stig Blomqvist und Weltmeister Walter Röhrl auf Lancia Rally. Alen hatte die Führung bereits in der 12. Sonderprüfung von Röhrl übernommen, als dieser durch zwei technische Defekte weit zurückgeworfen wurde, und sie überraschend auch auf den zwei langen Schotterstrecken-Etappen gegen die attackierenden Audi Quattros mit ihrem Vierradantrieb verteidigte.

Die beiden letzten Etappen der Rallye San Remo führen jetzt fast nur noch über Asphalt, und da sollten die Lancia Rallys eigentlich nicht zu schlagen sein. Stig Blomqvist hatte auf den Schotterprüfungen der letzten Tage zwar eine tolle Aufholjagd inszeniert und dabei nicht weniger als 19 Bestzeiten erzielt, seinen Sieg vom Vorjahr wird er jedoch kaum wiederholen können. Von den 97 gestarteten Teams erreichten noch 40 das Ziel der dritten Etappe.

WERBUNG

„Schutz für die Athleten"

sid, Frankfurt

Die Werbung am Mann bleibt vorerst für die deutschen Fußball- und Eishockeyspieler erlaubt. „Wir sehen keine Notwendigkeit, die Werbeträger zu exekutieren", erklärte die für die olympische Zulassung zuständige Dreierkommission des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland. Die betreffenden Verbände und Vereine hatten sich bereits über das seit dem 1. Oktober gültige Verbot der Trikotwerbung hinweggesetzt.

Der Deutsche Fußball-Bund und der Deutsche Eishockey-Bund, die sich um diese NOK-Regelung nicht kümmerten, beriefen sich auf gesonderte Vereinbarungen ihrer Weltorganisationen mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), das auf dem Olympischen Kongreß in Baden-Baden die Regel 26 (Olympische Zulassung) großzügig ausgelegt hat.

Über die weitere Verfahrensweise in den Fällen Eishockey und Fußball – und nur um diese beiden geht es – sollen sich die Präsidien des NOK am 19. Oktober und des Deutschen Sportbundes am 21./22. Oktober in Frankfurt beraten. Die anschließenden Mitgliederversammlungen (NOK am 5. November, DSB-Hauptausschuß am 3. Dezember in Frankfurt) können dann im Hinblick auf Sarajewo und Los Angeles endgültige Beschlüsse herbeiführen, wenn diese nicht durch die übergeordneten Welt-Fachverbände (im Einverständnis *mit dem IOC) gegenstandslos gewor*den sind.

Mit anderen Worten: Die Trikot-Werbung und ihr Verbot im Bereich des NOK für Deutschland bleiben weiter in der Diskussion. So ist denn auch die Erklärung der Dreierkommission (Claus Hess, Heinz Fallak und Walther Tröger) zu verstehen, die in Frankfurt festlegte: „Wir sind für einen Vertrauensschutz für die Athleten."

STANDPUNKT / *Russian's Cup*

Das muß ja einen echten Russen wurmen: Australien als See- und Segelmacht. Beim seligen Admiral Kutusow, da sei Peter der Große vor. Der America's Cup, die wichtigste Trophäe der Hochseesegelei, in australischer Hand – das muß sich ändern. So beschlossen es die sowjetischen Seglerfunktionäre. Und sie beschlossen folgerichtig, fürderhin den Millionärs-Cup mit Hilfe einer volkseigenen Yacht ins Arbeiter- und Bauernparadies zu holen.

Das ist keine Wodka-Idee, das ist Beschlußsache. Entworfen wird die Yacht in Leningrad, gebaut werden soll sie in Sewastopol und Odessa. *Auf dem Schwarzen Meer wird dann* trainiert.

Was sich bisher nur Millionäre wie Englands Teekönig Sir Thomas Lipton leisten konnten, wollen sich auch sowjetische Funktionäre erlauben: Das Unternehmen America's Cup, bei dem pro Einsatz zwischen 12 und 20 Millionen Mark auf dem Spiel stehen.

Warum das alles? Wohl doch, um dem Klassenfeind zu beweisen, daß Proletarier und Sozialisten letztlich bessere Segler sind. Wenn das nicht ausreicht, ist zusätzlich die russische See-Tradition gefragt – von Zar Peter bis zum Panzerkreuzer Potemkin. Wenn das immer noch keine schlüssigen Argumente für die sowjetische *Teilnahme am America's Cup sind,* was denn?

K. Bl.

TISCHTENNIS / Die Eskapaden des ungarischen Starspielers Tibor Klampar

Neun Monate lang war der *ungarische* Ex-Weltmeister Tibor Klampar aus disziplinarischen Gründen gesperrt – am Wochenende belegte er beim Deutschland-Grand-Prix in Berlin hinter dem englischen Tischtennisspieler Desmond Douglas den zweiten Platz. Klampar, den sogar die Chinesen fürchten, entgingen in diesen neun Monaten nach eigener Aussage rund 30 000 Mark an Start- und Preisgeldern. Sperren gab es bisher für Klampar mehr als internationale Titel.

Panzer stehlen für den Vorgarten . . .

KLAUS BLUME, Bonn

Schließlich wolle er den Panzer ja nicht behalten. Und wenn wirklich *mal Krieg sei, würde er ihn ganz* schnell und unaufgefordert wieder vorbeibringen. Auch sehe er nicht ein, daß er das militärische Gleichgewicht stören würde. Schließlich sei Frieden und da sei es völlig gleichgültig, wo man einen Panzer stationiere: auf dem Kasernenhof oder daheim im Vorgarten. Mit solchen Argumenten verteidigte der ungarische Weltklasse-Tischtennisspieler Tibor Klampar (30) den versuchten und mißglückten Diebstahl eines Panzers der ungarischen Armee. War das nun schlitzohrige Eulenspiegelei oder die naive Handlungsweise eines Mannes, dem man nachsagt, er reagiere mitunter wie ein zehnjähriges Kind?

Klampar, der frühere Welt- und Europameister, Klampar, der ehemalige europäische Ranglistenerste, hat mit seinem Panzer-Delikt jedenfalls seine internationale Sperre von 18 auf 9 Monate abgekürzt. Die ungarischen Behörden, der ständigen Übergriffe Klampars ohnehin längst überdrüssig, legten ihm nahe, lieber im Ausland auf Turnieren zu spielen als daheim Panzer zu stehlen.

Tibor Klampar hat in den letzten 16 Jahren dem ungarischen Tischtennis-Verband mehr Sorgen bereitet als die gesamte Nationalmannschaft. Seine letzte Sperre, im vorigen Jahr ausgesprochen, kam so zustande: Klampars Klub, Spartacus Budapest, war zu einem Turnier in Trier gereist – per Eisenbahn. Klampar weigerte sich, ebenfalls den Zug zu benutzen. Er zog es vor, gemeinsam mit seiner Frau im Opel Kadett anzureisen. Doch in Trier wartete die Mannschaft vergeblich auf den Europameisterschaftsdritten des vergangenen Jahres. Klampar traf erst eineinhalb Wochen später wieder wohlbehalten in Budapest ein. Auf der Fahrt durch Österreich sei ihm in den Sinn gekommen, doch nicht nach Trier zum Tischtennisspielen zu reisen, sagte er. An den Mitbringseln ließ sich unschwer erkennen, wo die Klampars gewesen waren: zum Einkaufen in Italien. Solcherart Reisen in den Westen kann und konnte sich Tibor Klampar – ausgestattet mit einem Sonderpaß – jederzeit leisten.

Klampar, der es nicht bis zum Volksschulabschluß, dafür aber mit 14 Jahren bereits zur Schüler-Europameisterschaft brachte, wurde zum ersten Mal 1972 für die Europameisterschaften in Rotterdam gesperrt. Der Grund: Klampar hatte die Teilnahme an einem großen internationalen Turnier platzen lassen, weil er kurz zuvor in Windeseile vier Pfund Bananen in sich hineingestopft hatte. Nicht etwa, weil er in Budapest keine Bananen bekäme, sondern nach eigener Aussage deshalb, „weil ich Bananen so sehr mag". Die Folgen: Der Hallenarzt mußte Klampar ins Krankenhaus bringen, damit ihm dort der Magen ausgepumpt werden konnte.

1974 wurde Klampar Mannschafts-Europameister, doch schon ein Jahr später, bei den Weltmeisterschaften in Kalkutta, war er wieder gesperrt. Diesmal hatte Klampar auf verschiedenen Turnieren seine damalige *Mixed-Partnerin Gabriella Szabo* derart grob beschimpft, daß diese sich bis heute weigert, Klampar auch nur zu grüßen. Ein Ohrenzeuge zur WELT: „Klampar gebrauchte Schimpfworte, die man auch im modernen Ungarn einer Frau oder einem Mädchen nie und nimmer sagen darf."

Im Frühjahr dieses Jahres drohte ihm eine erneute Sperre, weil er bei den ungarischen Meisterschaften einen Journalisten verprügeln wollte. Doch der Verband stellte ihn trotzdem für die Europameisterschaften 1982 in Budapest auf. Dort kam es prompt zum Eklat. Vor Zeugen schrie Klampar Verbandstrainer Zoltan Berczik, einen früheren Weltmeister, an: „Du bist ein Analphabet und kein Trainer. Du bist das größte Arschloch, das über Budapests Straßen läuft." Berczik fühlte sich persönlich angegriffen und beleidigt. Ein Verfahren in dieser Angelegenheit läuft noch.

Tibor Klampar, der auf eigenen Wunsch eine liebevoll restaurierte Altbau-Wohnung in der Budapester Innenstadt bewohnt, der jederzeit nach Westeuropa reisen darf, der ein schnelles Motorrad und ein deutsches Auto fährt, verärgerte Verbandsleitung und Staatsanwälte bisher auch mit anderen Delikten: Geschwindigkeitsüberschreitungen, Zollvergehen und Belästigung von Funktionärsgattinnen. In Frankreich stürmte er einmal die Spielwarenabteilung eines Kaufhauses, um dort das Schaumodell einer elektrischen Eisenbahn zu demontieren. Anschließend versuchte er es auf dem Fußboden – umringt von Schaulustigen – wieder zu installieren, um damit zu spielen.

Sein älterer Bruder Josef, einst ein mittelmäßiger Tischtennisspieler, wird von Tibor Klampar als einzige Autorität anerkannt. Der sagt ihm nämlich ständig: „Tibor, du bist der beste Sportler der Welt, du darfst dir all diese Dinge erlauben." Im Verband sieht man das anders. Wenn er sich bis 1985 nichts zuschulden kommen lasse, so der Präsident des Verbandes, dürfe er im Westen als Profi spielen. Damit die ungarischen Panzer bleiben, wo sie sind?

NACHRICHTEN

Schwerstes Los für Gummersbach

Basel (sid) – Meister VfL Gummersbach erhielt bei der Auslosung der Achtelfinal-Spiele in den Handball-Europacup-Wettbewerben mit Atletico Madrid den stärksten Gegner aller Klubs aus der Bundesrepublik. *Kiel* spielt im Cup der Meister gegen BK Karis (Finnland). Die weiteren Spiele, Pokalsieger: Dimitrov Sofia – TuSEM Essen, IHF-Pokal: Großwallstadt – Itue Istanbul. Frauen, Meister: Helsingör – Bayer Leverkusen, Pokalsieger: Sindelfingen – Nörlem Lemvig (Dänemark), IHF-Pokal: Oldenburg – Le Fraternelle Esch (Luxemburg).

Traben: Weltrekord

Düsseldorf (sid) – Heinz Wewering (33) aus Recklinghausen stellte einen Weltrekord auf. Auf der Trabrennbahn in Mönchengladbach gewann er mit Steiner sein 532. Rennen in der laufenden Saison. Wewering hielt auch die alte Bestmarke mit 531 Saisonsiegen (1982).

Hanika in der 2. Runde

Detroit (sid) – Sylvia Hanika erreichte beim Tennis-Turnier in Detroit die zweite Runde. Sie besiegte die Amerikanerin Kathrin Keil mit 6:1, 6:7, 6:2.

Deutsches Duell

Llandrindod Wells (sid) – Der Kampf um die Silbervase bei der Internationalen Sechstagefahrt für Motorräder in Wales wird zu einem deutsch-deutschen Duell. Nach dem zweiten Tag liegt die B-Nationalmannschaft aus der Bundesrepublik (953,02 Punkte) knapp vor der „DDR" (1188,85). In der Trophy-Wertung für die A-Mannschaften, der offiziellen Weltmeisterschaft, führt Schweden überlegen vor der Bundesrepublik.

Schlechte Plätze

Hannover (dpa) – In den Europa-Ranglisten der Amateurboxer sind Athleten aus der Bundesrepublik lediglich auf den Plätzen sechs bis acht eingestuft worden. Leichtgewichtler Reiner Gies ist Sechster, jeweils auf Platz sieben stehen Stefan Gertel (Bantam), Kurt Seiler (Halbschwer) und Ralf Rocchigiani (Schwer). Achte wurden Alexander Künzler (Halbwelter), Andreas Bauer (Mittel) und Peter Hussing (Superschwer).

Verkaufsobjekt HSV

Hamburg (sid) – Zu einem Pauschalpreis von 20 000 Mark plus Mehrwertsteuer bietet der Europapokalgewinner und deutsche Fußballmeister HSV seine Bundesliga-Heimspiele interessierten Unternehmen für Werbezwecke an. Der HSV stellt dabei nicht nur die Zeit vor Spielbeginn und in der Pause für Werbeaktionen zur Verfügung, sondern bietet dazu ein Konzept an, das sowohl die Beratung beim Rahmenprogramm als auch regionale PR-Maßnahmen einschließt.

Seoul: Sechs Millionen Jugendliche trainieren schon für Olympia 1988

MANFRED NEUBER, Seoul

Südkorea, Ausrichter der Olympischen Sommerspiele 1988, bekennt sich zur Universalität der Spiele. „Im Geiste der olympischen Bewegung" sollen in Seoul auch die Sportler aus China, Nordkorea und der Sowjetunion willkommen geheißen werden, zu deren kommunistischen Regierungen keine diplomatischen Beziehungen bestehen.

Cho Sang-ho, Generalsekretär des Organisationskomitees in Seoul, setzt darauf, daß die Zeit Wunden heilt. Der Sportfunktionär trauert um zwei Mitarbeiter, die beim Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges durch die Sowjets am 1. September ums Leben kamen. Sie befanden sich auf dem Heimflug von Los Angeles.

Seoul bereitet schon fünf Jahre vor dem Entzünden der olympischen Flamme im Fernen Osten „seine" Spiele mit großer Akribie vor. Dabei will man sich die Erfahrungen von Montreal, München und Los Angeles zunutze machen. Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, weilt in diesen Tagen in der Hauptstadt Südkoreas. Im Auftrag des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und seines Präsidenten Antonio Samaranch berät er die Organisatoren in *Seoul bei der Erstellung eines Gene*ralplans für die Sommerspiele.

Für die Spiele in Seoul gibt es noch keinen speziellen Slogan und noch kein besonderes Aushängeschild. Was 1988 von früheren Spielen unterscheiden wird, das sind die neuen olympischen Wettkämpfe im Tennis und Tischtennis. Insgesamt 23 Sportarten stehen in Korea auf dem Programm; dazu sind Schaukämpfe in zwei weiteren Disziplinen vorgesehen.

Als Generalprobe für die Olympischen Sommerspiele 1988 werden die zwei Jahre vorher in Seoul stattfindenden Asien-Spiele angesehen. Bis *1986 sollen sämtliche Sportstätten* fertiggestellt und die Infrastruktur so ausgebaut werden, daß sie den olmypischen Erfordernissen entsprechen. In Südkorea wird es keine Finanz- und Terminprobleme geben.

Südlich des Han-Flusses stehen auf dem Sportkomplex Chamsil bereits seit Jahren moderne Sportarenen: das Hallenschwimmbad und die Handball- und Volleyball-Halle. Das 1982 vollendete Baseball-Stadion soll als Trainingsstätte genutzt werden. Am Olympia-Stadion (100 000 Sitzplätze) wird mit Hochdruck gearbeitet. Es soll bis Juni 1984 vollendet werden.

Mit dem Bau des olympischen Dorfes, das knapp 4000 Apartments für Sportler, Funktionäre, und Journalisten bieten wird, ist in diesem Jahr begonnen worden. Nebenan werden die Radrennbahn sowie verschiedene Hallen für Fechten, Turnen und Tischtennis errichtet. Um ein weiteres *Hallenbad herum gliedert sich der* Gebäudekomplex einer neuen Sporthochschule.

Außerhalb von Seoul werden zwei große Anlagen entstehen: Die Hafenstadt Inchon an der Westküste nahe der Hauptstadt richtet die Ruderregatten aus, die Hafenstadt Pusan an der Südküste organisiert die Segelwettbewerbe. So wie das olympische Dorf nach den Spielen vermietet wird, ist auch an eine kommerzielle Nutzung der Sportanlagen gedacht. Die Bauträger bauen dafür jetzt kostenlos.

Mit kaum unterdrückter Häme erinnert man in Seoul an den Olympia-Sieg eines Nordkoreaners 1972 in München und an sein „Erfolgsrezept", das IOC-Mitglieder betroffen stimmte. Denn der Kleinkaliber-Schütze Kim Ho Jun erklärte sein damaliges Rekordergebnis so: „Ich befolgte die Lehre des großen geliebten Führers Kim Il Sung, stets in die *Mitte des Herzens der Feinde zu zie*len."

Ob das kommunistische Nordkorea seine Sportler in den Süden der geteilten und in feindseliger Konfrontation lebenden Nation fahren läßt, dürfte vom Abschneiden der Nordkoreaner in Los Angeles 1984 und ihren Aussichten abhängen, mehr Medaillen als Südkorea zu erringen.

Unter der Führung eines neuen Sportministeriums hat in Südkorea die Talentsuche und -förderung im Hinblick auf 1988 begonnen. An dem Ausleseprozeß sind rund sechs Millionen Jugendliche im Alter von zehn bis 19 Jahren beteiligt.

Armee und Polizei haben eigene Trainingsprogramme zum höheren sportlichen Ruhm der Nation gestartet. Hierbei sollen vor allem Boxer, Leichtathleten und Radfahrer entdeckt und gedrillt werden. Sobald sie die Grundausbildung absolviert haben, werden die potentiellen Olympioniken der bewaffneten Verbände in Sportkadern zusammengefaßt und auf ihre Aufgabe für 1988 vorbereitet werden.

Die Fachverbände des koreanischen Sports haben vor, in den verbleibenden fünf Jahren ausländische Trainer nach Südkorea einzuladen und mehr internationale Wettkämpfe als sonst üblich zu veranstalten, um aus den Erfahrungen zu lernen. An der finanziellen Unterstützung des Staates und der Industrie wird es nicht fehlen; denn 27 der 33 Verbände leiten Männer, die eine führende Stellung in der Wirtschaft des Landes haben.

Das starke Engagement der koreanischen Industrie-Bosse bei der Bewerbung von Seoul war schon dafür mitentscheidend, daß die Hauptstadt Südkoreas gegenüber der japanischen Stadt Nagoya den Vorzug erhielt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Jahn Regensburg – 1. FC Nürnberg 1:3, Düren 99 – Bayer Leverkusen 1:3.

RINGEN

Bundesliga, Nachholkampf: Urloffen – Reilingen 14:22.

HANDBALL

Bundesliga, Nachholspiel: Großwallstadt – Kiel 18:16.

TENNIS

Turnier in Barcelona, Herreneinzel, 1. Runde: Keretic (Deutschland) – Garcia (Spanien) 5:7, 6:3, 6:3, Schwaier (Deutschland) – Schaper (Niederlande) 6:0, 6:4, Gehring (Deutschland) – Günthardt (Schweiz) 6:2, 4:6, 8:6, Wilander (Schweden) – Fargas (Spanien) 7:6, 7:5, Smid (CSSR) – Venter (Südafrika) 6:2, 6:1, Vilas (Argentinien) – Soler (Spanien) 6:2, 6:4, Jarryd (Schweden) – Maurer (Deutschland) 7:6, 6:2.

Vogel lehnt Tabus für eine Koalition ab

DW. Bonn

Erstmals sei die Chance einer von den beiden großen Parteien gemeinsam getragenen Deutschlandpolitik vorhanden, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am Dienstagabend in der Fernsehsendung „Die Bonner Runde". Vogel sagte, die Unionsparteien seien „zum Teil mit atemberaubender Geschwindigkeit" auf die Linie der früheren Koalition eingeschwenkt. Wörtlich: „Ich kann Herrn Kohl nur auffordern, die Chance einer gemeinsam getragenen Deutschlandpolitik zu nutzen." Über die einzelnen Schritte werde man sich eine Meinung bilden.

Vogel erwähnte „konkrete Vorschläge" wie zum Beispiel bei der Lösung der Elbe-Grenzziehung und auf dem Gebiet einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der „DDR". Dies könne jedoch nicht auf offenem Markt ausgehandelt werden.

Auf die „Gemeinsamkeit" kam Vogel auch in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur zu sprechen. Es sei zu begrüßen, sagte der Oppositionsführer, daß die Union und in besonders auffälliger Weise der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß auf die Linie der sozialdemokratisch geführten Regierung eingeschwenkt sei. Die Union tue jetzt „genau das, was man 13 Jahre lang in mitunter giftiger und erbitterter Weise bekämpft hat".

Auf die Regierungsbildung in Hessen angesprochen, sagte Vogel, hinsichtlich einer Koalition dürfe es „keine Tabus geben". Für ihn sei auch die große Koalition nur eine Sache der Zweckmäßigkeit und Glaubwürdigkeit.

Skeptische Distanz wahrte Vogel zu den Grünen. Über sie könne man sich erst äußern, wenn der Prozeß der Parlamentisierung so weit fortgeschritten sei, daß man sie als politik-, abrede- und kompromißfähig einschätzen könne. Dies sei gegenwärtig aber nicht der Fall. Die FDP bezeichnete Vogel als einen Wechselrahmen, „in den jeweils andere ein Bild hineinhängen und dann ihre Ansprüche geltend machen". Für alle Zeiten könne man jedoch auch bei der FDP keine Entwicklung ausschließen.

Vor UNO sagt Moskau „njet" zu Reagan-Vorschlag

Aggressive Rede des sowjetischen Delegierten Trojanowski

GITTA BAUER, New York

Der sowjetische Beitrag zur Generaldebatte der 38. UNO-Vollversammlung erwies sich als einer der schärfsten Angriffe auf die Vereinigten Staaten, wobei Moskau zugleich um die Bündnispartner der USA, besonders die in Westeuropa, warb. Der UN-Chefdelegierte der UdSSR, Oleg Trojanowski, der anstelle von Außenminister Gromyko die Rede vortrug, ging nicht auf den moderaten Ton der Ansprache Präsident Reagans zu Beginn der Generaldebatte ein. Gromyko war der Vollversammlung zum ersten Mal in seiner 26jährigen Amtszeit ferngeblieben, da ihm wegen des Abschusses des koreanischen Jets von den USA empfohlen worden war, keine Aeroflot-Maschine, sondern ein Militärflugzeug zu benutzen und auf einem US-Militärflughafen zu landen.

Die in Moskau geschriebene Rede Trojanowskis war aggressiv und enthielt die schon wiederholt vorgebrachte Drohung, daß der Beginn der Nachrüstung in Westeuropa die Sowjetunion zu „Gegenmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts sowohl in Europa wie global" zwingen werde. Trojanowski beschied ganz im Sinne der Erklärung von Staats- und Parteichef Andropow die Vorschläge Reagans zur globalen Reduzierung der Mittelstreckenraketen mit einem eindeutigen „Njet". Er wiederholte die sowjetische Forderung, die Zahl der französischen und britischen Nuklearwaffen gegen die sowjetischen SS 20 aufzurechnen.

Während der Abschuß des koreanischen Jumbos Reagan nicht an Konzessionen in der Abrüstungsdebatte hinderte, erklärte Trojanowski, die Schuld an der Tragödie liege „bei den Initiatoren dieser Provokation. Wer immer versucht, unsere Grenzen zu verletzen, muß wissen, daß er voll verantwortlich dafür ist". Die Sowjetunion habe in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta gehandelt. Trojanowski ging auf die von US-Politikern an der UNO geäußerte Kritik ein und wiederholte Andropows Frage, ob die Völkerorganisation, die Frieden und Sicherheit bewahren solle, ihren Sitz in einem Land haben könne, „wo sich eine zügellose militaristische Psychose breitmacht und der gute Name der Organisation beleidigt wird".

Die sowjetische Rede, in der die führenden Politiker der Vereinigten Staaten zu wahnsinnigen Abenteurern gestempelt werden, zählte einen ganzen Katalog von Krisenherden in der Welt auf, die von den USA geschürt würden: so Libanon, das zu einem erniedrigenden Kapitulationsfrieden gezwungen worden sei, so Libyen, das zum Ziel militärischer Muskelprotzerei im Mittelmeer auserkoren worden sei, und schließlich die US-Manöver vor den Küsten von Zentralamerika.

Hingegen baue in Afghanistan das Volk eine demokratische Gesellschaft auf und befreie sich aus mittelalterlicher Finsternis, hieß es in der Rede. „Militärische Einfälle in Afghanistan wie jede Einmischung von außen sollten gestoppt werden", sagte Trojanowski. Doch von den 100 000 sowjetischen Soldaten in Afghanistan war nicht die Rede. Auch stehe die Sowjetunion „auf der Seite des Volkes" in Kambodscha. Dabei verschwieg er, daß ebenfalls rund 100 000 Soldaten, dort vietnamesische, das Land okkupieren. Mit Japan, „dem Partner der NATO im Fernen Osten", ging der Sowjetrusse hart ins Gericht. Die Politik „beschleunigter Militarisierung" liege nicht in Japans Interesse.

Mit ihrer Entspannungspolitik strecke die Sowjetunion nach Westeuropa die Hand aus, auch nach China, mit dem ein politischer Dialog im Gange sei, betonte der Redner. Versöhnlicher wurde der sowjetische Botschafter erst gegen Ende der Rede: „Die Sowjetunion und die Warschauer-Pakt-Staaten suchen keine militärische Überlegenheit, aber sie werden niemandem erlauben, militärische Überlegenheit über sie zu erlangen." Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene sei ihr Ziel.

Trojanowski erinnerte daran, daß im November der 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA bevorsteht: „Die gesamte Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zeigt überzeugend, daß – wann immer die beiden Staaten dem Weg gegenseitiger Verständigung und der Zusammenarbeit folgten – sowohl ihre Völker als auch universeller Frieden und Sicherheit davon profitierten." Die Sowjetunion setze sich für eine generelle Verbesserung der Beziehungen mit den USA und für friedliche Zusammenarbeit ein. (SAD)

Reagans Angebot: Raketen-Abbau

Modernisierung des Arsenals soll zur Verminderung der Atomsprengköpfe führen

TH. KIELINGER, Washington

Die neuen amerikanischen Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen über die Abrüstung strategischer Atomwaffen (START) entspringen in erster Linie nicht den Weisungen, wie sie das Weiße Haus seinem Chefunterhändler, Edward Rowny, gegeben hätte. Vielmehr handelt es sich um Positionen, die von außerhalb der Administration, vom Kongreß und aus Kreisen der beratenden Scowcroft-Kommission, der Regierung quasi aufgezwungen wurden.

Rowny und der Chef der Abrüstungsbehörde, Kenneth Adelman, haben sich diesen Positionen am heftigsten widersetzt. Ihrer Meinung nach hat sich die amerikanische Position schon häufig genug im Laufe der letzten Monate geändert, so daß bei einem neuen Wechsel die Gefahr bestünde, daß die Sowjets wieder nicht ernsthaft auf diese Vorschläge eingehen. Doch hat Präsident Reagan die neue US-Position abgesegnet.

Im Zentrum dieser Verhandlungsposition steht die Idee des graduellen Abbaus von Atomwaffen (build-down), wie er parallel zur Modernisierung der beiderseitigen Arsenale einsetzen solle. Demnach haben sich die Amerikaner für variable Quoten dieses Abbaus entschieden. Der Mechanismus sieht folgendermaßen aus:

1. Für jeden neu eingeführten Sprengkopf auf landgestützten Mehrfachsprengkopf-Systemen müssen beide Seiten zwei Sprengköpfe aus ihrem vorhandenen Arsenal ausscheiden. Diese Quote von 1:2 soll den schnellsten Abbau garantieren.

2. Bei seegestützten Systemen, die als weniger destabilisierend gelten, ist an eine Abbau-Quote von 2:3 gedacht: Für je zwei neu eingeführte Sprengköpfe sollen drei vorhandene stillgelegt werden.

3. Am günstigsten sieht die Quote für Ein-Sprengkopf-Raketen aus, also für die Träger, auf die die Amerikaner in Zukunft abzielen, weil von ihnen die geringste beiderseitige Bedrohung ausgeht: Für jeden neuen Sprengkopf, was identisch wäre mit einer neuen Rakete, soll nur die gleiche Zahl, also ebenfalls ein System, aus dem vorhandenen Arsenal abgezogen werden. Fazit: Beide Supermächte sollen bei den gefährlichen Mehrfach-Sprengkopfträgern „am härtesten" mit Abbau-Auflagen bestraft werden.

4. Außer diesen Meßnormen ist auch an eine Reduktion der Arsenale um jährlich etwa fünf Prozent gedacht und das über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren. Die Fünf-Prozent-Klausel ist deshalb wichtig, weil die Sowjets bereits einen Großteil ihrer Modernisierung hinter sich haben und daher vom Abbau unberührt bleiben könnten, während die USA, die erst jetzt ihre strategische Abschreckung umfassend modernisieren, unter den neuen Abbau-Quoten einer rapiden Verringerung ihrer Stärke entgegengingen.

Entgegenkommen will das Weiße Haus den Sowjets auch in anderer Hinsicht: Die Zahl der strategischen US-Bomber soll unter 400 festgesetzt werden, die der mitgeführten Cruise Missiles von 8000 auf 3500 sinken. Im Gegenzug erhofft sich Washington eine A-priori-Begrenzung des sowjetischen landgestützten Arsenals, das über 70 Prozent der gesamten strategischen Kapazität Moskaus ausmacht.

Noch 50 000 ohne Lehrstelle

Zwischenbilanz des Ausbildungsmarkts / Mehr als 19 000 angebotene Plätze unbesetzt

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat gestern ihre erste aussagefähige Zwischenbilanz für den Ausbildungsmarkt in diesem Jahr vorgelegt. Danach haben immer noch 50 022 Jugendliche keine Lehrstelle (Stichtag: 30. September), obwohl noch nie so viele Ausbildungsplätze angeboten wurden wie in diesem Jahr. Und noch 19 662 angebotene Lehrstellen sind unbesetzt.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms wies gestern in einer ersten Stellungnahme darauf hin, daß sich in diesem Jahr insgesamt 714 000 junge Menschen um einen Ausbildungsplatz im dualen System bemüht hätten, 60 000 mehr, als man selbst in vorsichtigen Schätzungen zu Beginn des Jahres prognostiziert habe. Im Ergebnis seien dann 78 000 Bewerber mehr als 1982 vermittelt worden, was man als „große Leistung" bewerten müsse. Aber genauso deutlich sei geworden, daß die schlimme Lage am gesamten Arbeitsmarkt „voll durchgeschlagen" sei auf den Ausbildungsbereich. Denn viele, die mit einer schulischen Qualifikation (z. B. Handelsschule) früher direkt in den Beruf gegangen seien, müßten sich jetzt um eine Lehrstelle bemühen, weil sie keinen Arbeitsplatz gefunden hätten. Hinzu gekommen seien auch viele weibliche Jugendliche, die eigentlich Lehrerinnen werden wollten und jetzt umgeschaltet hätten.

Überhaupt seien vor allem Mädchen unter den noch nicht vermittelten Lehrstellenbewerbern. Außerdem seien schwerpunktmäßig Jugendliche in strukturschwachen Gebieten betroffen. Auch wenn man selbst in wirtschaftlich guten Jahren immer etwa 20 000 nicht vermittelte Bewerber gehabt habe, gebe es noch vielfältige Anstrengungen, zumindest allen noch nicht Untergebrachten einen Platz anzubieten. Neben dem am Dienstag verabschiedeten Sonderprogramm der Bundesregierung (7000 bis 8000 Plätze) erwartet mach auch von der Bereitschaft der Wirtschaft, bis zum Jahresende weiter einzustellen, noch einmal 10 000 bis 15 000 Ausbildungsplätze. Hinzu kommen zusätzlich Bildungsgänge, die von der Bundesanstalt für Arbeit eingerichtet werden, mit deren Hilfe bundesweit noch weitere 5000 Jugendliche versorgt werden. Nach groben Schätzungen sind in zusätzlich eingerichteten schulischen Ausbildungsplätzen in den Ländern auch noch etwa 10 000 Plätze frei.

Rei. Bonn

„Der Lehrling ist der teuerste Mann im Betrieb", meinte der Hauptgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrats, Rüdiger von Voss, gestern in Bonn. Eine Umfrage des Wirtschaftsrats unter rund 1200 seiner Mitglieder hatte ergeben, daß ein Auszubildender den Arbeitgeber pro Stunde 23,70 Mark kostet. Die Arbeitskosten pro Stunde lagen in der verarbeitenden Industrie 1980 bei 23,40 Mark. Zwar hätten die Ausbildungsvergütungen nur einen Anteil von 35 Prozent daran, aber Ausbilder- und Ausbildungsplatzkosten trieben den Wert in die Höhe.

Warschau attackiert Marienkult

AFP, Warschau

Mit einem scharfen Angriff gegen den Marienkult haben die polnischen Behörden ihre neue Offensive gegen den Einfluß der katholischen Kirche im Land verstärkt. Unter dem Titel „Die politische Madonna" warf das kulturelle Wochenmagazin „Argumenty" der Kirche in ihrer jüngsten Ausgabe vor, aus der in Polen traditionell sehr gepflegten Verehrung der Muttergottes ein „Mittel zur versuchten Beherrschung des Staates" gemacht zu haben.

Mit der immer größeren Verbreitung des Marienkultes verfolge die Kirche „totalitäre Ziele", hieß es in dem Artikel. Sie wolle „die christliche und katholische Doktrin auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens ausdehnen". Sie spreche „gegen den Kollektivismus und folglich gegen die sozialistische Weltanschauung". Der „politische Mißbrauch", der mit der Marienverehrung betrieben werde, sei zur Zeit von „Solidarität" besonders deutlich geworden. Die frühere Gewerkschaft habe „sich mit der Zustimmung, zumindest aber nicht gegen den Willen der Kirche die Symbole der Jungfrau angeeignet und diese selbstverständlich mit den polnischen Nationalfarben sowie mit dem Antikommunismus vermengt".

Peking fordert Abbau von SS 20

dpa/AFP, Peking

Die Volksrepublik China hat einen Tag vor dem Beginn der dritten Runde der chinesisch-sowjetischen Gespräche in Peking bekräftigt, daß sie den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Asien als eine Voraussetzung für bessere Beziehungen mit Moskau ansieht. Wie der Leiter der Presseabteilung im chinesischen Außenministerium, Qi Huaiyuan, gestern in Peking erklärte, gehöre die Stationierung dieser Raketen zu den drei Hindernissen für eine Normalisierung der Beziehungen.

Die Verhandlungen zwischen Washington und Moskau über eine Rüstungsbegrenzung dürften nicht die Sicherheit anderer Staaten beeinträchtigen oder zu einer Vermehrung von amerikanischen oder sowjetischen Atomwaffen in Asien führen.



Index-Kosmetik

J. Sch. (Paris) – Der offizielle Preisstopp ist tot – es lebe der durch die Hintertür. Auf diese Formel läßt sich die derzeitige französische Preispolitik bringen. So versicherte Wirtschaftsminister Delors, daß eine generelle Blockierung der Preise, wie sie letztes Jahr vier Monate lang durchgeführt wurde, nicht mehr beabsichtigt sei. Gleichzeitig aber ließ er einzelne Wirtschaftszweige „taxieren".

Darunter versteht man in Frankreich die zwangsweise Herabsetzung von übermäßig gestiegenen Preisen und Handelsspannen. Als „übermäßig" gelten insbesondere Preiserhöhungen, welche die Limite der zwischen den Wirtschaftsverbänden und dem Wirtschaftsministerium vereinbarten „Regularisierungsverträge" übertreffen.

Die für das Dienstleistungsgewerbe festgesetzte Jahresnorm von sieben Prozent hatten aber schon bis Ende August die Restaurants, die Hotels und die Bistros sowie Klempner und ähnliche Handwerksbetriebe mehr oder weniger stark überschritten. Sie alle sind jetzt von den Preisbehörden auf sieben Prozent zurückgepfiffen worden. Wer diese Reglementierung nicht beachtet, riskiert Geldstrafen bis zu 200 000 Franc und bis zu zwei Jahren Gefängnis. Da die jetzt taxierten Preise zu etwa zehn Prozent den amtlichen Lebenshaltungskostenindex bestimmen, hofft Delors bis zum Jahresende, die Inflationsrate von zuletzt 9,7 Prozent (Jahresvergleich August) auf unter neun Prozent zu drücken. Sein ursprüngliches Stabilisierungsziel von acht Prozent kann er aber selbst mit dieser Index-Politik nicht mehr erreichen.

Bankenängste

cd. – Die Banken sind die von der internationalen Schuldenkrise unmittelbar Betroffenen. Sie haben schon genug Kredite an faule Schuldner in Lateinamerika und anderswo in der Welt in ihren Büchern. Und die nehmen im Zuge von Umschuldungen und Sanierungshilfen in Zusammenarbeit mit dem IWF ganz automatisch zu. Bei derart wachsenden Risiken, auf welche die Bankiers selbst nicht müde werden hinzuweisen, ist es kein Wunder, daß die deutschen Bankaktien während der letzten Tage spürbar unter Druck geraten sind. Teilweise wurden ganz wilde Gerüchte kolportiert. Deutsche Banken hätten, so hieß es, ebenso wie amerikanische mehr als ihr Eigenkapital an Problemländer ausgeliehen. Das ist allerdings, soweit es sich feststellen läßt, kompletter Unsinn. Tatsache ist freilich, daß auf viele Banken erhebliche Wertberichtigungen auf eingefrorene Kredite zukommen. Doch zum Glück verdienen die meisten so gut, daß sie dies verkraften können, wenngleich zu Lasten des Dividendenspielraums. Wäre die Schuldenkrise schon drei Jahre früher ausgebrochen, hätte es allerdings tatsächlich kritisch werden können.

CHINA-HANDEL / Wirtschaft hofft auf neue Aufträge im Anlagenbereich

Peking hat die Verhandlungen mit deutschen Unternehmen intensiviert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Peking

Die Chancen für neue, auch größere Anlagegeschäfte mit China haben sich verbessert. Dieser Eindruck hat sich am Rande der dritten Tagung des deutsch-chinesischen gemischten Ausschusses in Peking verstärkt. Mit dem Abschluß neuer Verträge wird bereits in nächster Zeit gerechnet. Der deutsche Export nach China stieg zwar in den ersten sieben Monaten um mehr als 40 Prozent. Probleme gibt es jedoch, wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bei der Eröffnung der Sitzung betonte, beim Technologie-Export, den China zum Nulltarif erhalten möchte.

In letzter Zeit hat Peking die Verhandlungen mit deutschen Firmen intensiviert, nachdem vor zwei Jahren die Realisierung einiger Vorhaben zeitlich hinausgeschoben worden war. Die chinesische Wirtschaft konnte die nach 1976 im Ausland georderten Anlagen nicht integrieren. Daher wurde 1979 das Ruder herumgeworfen, und zwar weg von der Schwerindustrie. Vorrang hatten die Landwirtschaft und die Leichtindustrie, vor allem jedoch sollen Engpässe in der Energieversorgung und im Verkehrswesen beseitigt werden.

Hinzu kam als jüngste Phase die Modernisierung bestehender Betriebe. Durch einfache organisatorische Verbesserungen, durch Anwendung neuer Technologien, aber auch durch neue Maschinen und Teilanlagen soll die Produktion gesteigert werden. Dabei soll der Devisenaufwand möglichst gering gehalten werden. Nach dem laufenden Fünfjahresplan für *die Jahre 1981 bis 1985 sollen 130* Milliarden Yuan (mehr als 160 Milliarden Mark) in die Modernisierung gesteckt werden.

Die Erfolge dieser Politik können sich sehen lassen. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung ist 1982 um rund neun Prozent gestiegen. Eine Rate, die auch im ersten Halbjahr 1983 gehalten werden konnte. Überdies hat China Devisenreserven von rund zwölf Milliarden Dollar angesammelt, was unter den Entwicklungsländern einmalig ist. Die Chinesen können also kaufen. Der Abschluß von Verträgen wird zum Teil noch in diesem Jahr erwartet. Noch stärker wird auf 1984 und 1985 gesetzt, weil dann auch mehr Klarheit über den Ablauf des Fünfjahresplans besteht.

Heinrich Weiss, Vorsitzender des China-Kreises im Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft und Vorstandsvorsitzender der Schloemann-Siemag AG, wies darauf hin, daß der Bau eines Kaltwalzwerkes in Baoshan durchgezogen wird. Hier werden der deutschen Firma gute Chancen für die Errichtung einer Warmbandstraße, die ursprünglich von den *Japanern gebaut werden sollte, und* für eine Stranggußanlage eingeräumt.

Für das Hüttenwerk Ma Anshan hat diese Firma und Korff Angebote für eine Drahtstraße abgegeben, auch noch für eine weitere in einer anderen Stadt. Diese soll demnächst für eine Stranggußanlage bei Shanghai ebenfalls entstehen. Gesprochen wird über die Modernisierung des Bergbaus und über Verkehrsprojekte, meist geht es hier um Projekte mittlerer Größenordnung.

Trotz des harten Wettbewerbs, der durch staatliche verbilligte Kredite anderer Länder noch verzerrt ist, lehnte in der gestrigen Eröffnungssitzung auch der Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Otto Wolff von Amerongen, Zinssubventionen für Exportkredite ab.

Anders sehe es jedoch im Schiffbau aus. Ohne den Einsatz von Entwicklungshilfegeldern nach dem VIII. Werfthilfeprogramm wären deutsche Betriebe Anfang September an dem Bau von neun Containerschiffen – je drei bei der HDW in Kiel, bei der Flensburger Schiffbaugesellschaft und der AG „Weser" Seebeckwerft in Bremerhaven – mit einem Volumen von 486 Millionen Mark nicht herangekommen. Das Subventions-Element der Kredite beläuft sich auf 25,35 Prozent.

Lambsdorff betonte die Bereitschaft und den Willen der deutschen Seite zum Technologietransfer. Aber die chinesischen Vorstellungen über eine kostenlose Überlassung seien *ebenso wenig akzeptabel wie das* Verlangen, umfangreiche Dokumentationen über die Geschichte eines Produktes und seiner Konkurrenzerzeugnisse, über Verfahrensweisen und ähnliches mehr vorzulegen.

ENERGIE-AGENTUR

Mineralöl-Verbrauch der OECD-Länder nimmt zu

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die nachgebende Tendenz des Weltölverbrauchs läuft aus. Bereits gegen Ende dieses Jahres dürfte der Verbrauch der westlichen Industriestaaten (OECD) an Mineralöl zum erstenmal seit dem zweiten Ölpreisschock von 1979 wieder ansteigen, schätzt die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris. Für das nächste Jahr erwartet sie einen Verbrauchszuwachs von zwei Prozent.

Nach Rückgängen von 5,4 Prozent 1980, 4,3 Prozent 1981 und 4,5 Prozent 1982 war der Ölverbrauch der OECD-Zone im Jahresvergleich des ersten Quartals 1983 noch um 7,4 Prozent geschrumpft. Diesen starken Einbruch hatte die IEA vor zwei Monaten mit dem relativ milden Winter, dem schwachen Wirtschaftswachstum und der größer gewordenen Energieeffizienz sowie der zunehmenden Verwendung anderer Energieträger erklärt.

Seitdem flachte sich aber dieser Trend erheblich ab. Für das dritte Quartal erwartet die IEA auf Grund neuester Erhebungen nur noch minus 1,5 Prozent im Jahresvergleich und für das Gesamtjahr 1983 minus 2,2 Prozent.

In den verschiedenen OECD-Staaten verläuft die Entwicklung allerdings noch sehr unterschiedlich. So *dürfte der westeuropäische Ölver*brauch im dritten Quartal immer noch um 3,6 Prozent und der japanische um 5,3 Prozent zurückgehen, während Nordamerika auf Grund seines starken Konjunkturaufschwungs 3,6 Prozent mehr Öl verbrauchen werde, meint die IEA.

Ihre Prognose für 1984 beruht auf der Annahme, daß es in den meisten OECD-Staaten zur Wiederholung des Wirtschaftswachstums kommt. Dabei wird für Westeuropa eine Expansionsrate von 1,5 Prozent (gegenüber 0,5 Prozent 1983) erwartet, für Japan von 3,5 (3,25) Prozent und für die USA von 4,5 (3) Prozent. Die Bundesrepublik dürfte mit einem Wachstum *von 1,75 (0,5) Prozent unter dem* OECD-Durchschnitt von 3,25 (2) Prozent liegen und demzufolge auch einen unterdurchschnittlichen Ölverbrauchszuwachs aufweisen.

Außerdem befürchtet die IEA, daß in den OECD-Staaten das Energiesparen und die Ölsubstitution kleiner geschrieben werden, falls die Ölpreise stabil bleiben oder infolge eines rückläufigen Dollarkurses nachgeben sollten. Die Opec-Staaten würden zunächst noch nicht von der Verbrauchsbelebung profitieren, da die Industriestaaten zunächst auf ihre Vorräte zurückgreifen und ihre Eigenförderung steigern.

Der Opec-Anteil am Weltölmarkt ist von 56,2 Prozent 1980 auf 41,8 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres geschrumpft. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit schrumpfte die Ölproduktion der Opec von 18,5 auf 16,7 Millionen Barrel täglich, womit der im letzten Frühjahr auf der Londoner Opcec-Konferenz vereinbarte Förderplafond von 17,5 Millionen Barrel erstmals deutlich unterschritten wurde.

Abschied von der Gießkanne

Von DOMINIK SCHMIDT

Strukturpolitik, wenn sie erfolgreich sein soll, bedarf eines langen Atems. *Die bitteren Erfahrungen, die* in weiten Teilen der Bundesrepublik gerade jetzt – nach einigen wachstumsschwachen Jahren – gesammelt werden, machen ein Umdenken erforderlich. In Frage zu stellen ist nicht nur das Instrumentarium, mit dem bislang Strukturpolitik, zumal solche regionaler Art, betrieben wurde; wichtiger noch ist die Neueinschätzung der Zielkorridore.

In Niedersachsen, dem Bundesland, das trotz erheblicher Anstrengungen, gemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik unverändert hinterherhinkt, haben die weitgehend erfolglos gebliebenen Bemühungen um eine Verbesserung jetzt zu neuen Denkanstößen geführt. Die im Wirtschaftsministerium erarbeiteten Vorschläge der künftigen Strukturpolitik, die in den letzten Tagen bereits im Kabinett diskutiert wurden, bedeuten eine Abkehr von der flächendeckenden Förderung. Das „Gießkannen-Prinzip", nach dem gleichmäßig über das gesamte Land hinweg öffentliche Mittel verteilt werden, soll ein Ende haben. Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel weist darauf hin, daß die meisten der vorhandenen Förderinstrumente vor allem der gewerblichen Wirtschaft zugute kommen. Folgerichtig beschränkte sich die bisherige Strukturpolitik auf die Bereiche Verkehr und Energie, während die als zukunftsträchtig geltenden Gebiete Forschung, Entwicklung und Wissenschaft nahezu unberücksichtigt blieben.

Ohne Zweifel hat die Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung zu einem gegenüber anderen Bundesländern gewaltigen Defizit in diesem Bereich geführt. Sicher ist zugleich, daß die Nivellierung dieses Defizits für das Land die einzige Chance ist, Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt zu gewinnen.

Wesentliche Bestandteile der neu formulierten Strukturpolitik in Niedersachsen – die einzelnen Programme werden derzeit in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen „festgemacht" – sind die stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, die Einrichtung sogenannter Technologieparks, die Nutzung schnellerer Verkehrssysteme und eine bessere überregionale Verkehrsanbindung. Zumindest im Wirtschaftsministerium ist man sich darüber im klaren, daß die Abkehr von der konservativen Strukturpolitik nicht in jedem Fall populär sein wird. Denn zusätzliche Mittel stehen nicht zur Verfügung. Frau Breuel will vielmehr vorhandene Förderprogramme anders einsetzen, innerhalb der Etats also umschichten.

Bei ihren Überlegungen spielten Grundsatzfragen eine bedeutende Rolle, vor allem der rasch fortschreitende technologische Wandel, der ohne die Einbindung der Wissenschaft in die Wirtschaft nicht nachzuvollziehen ist. Die Entwicklung der Bundesrepublik hin zu einer nachindustriellen Gesellschaft erfordert Vorarbeiten, um nachfolgenden Generationen lebenswerte Zustände zu bewahren.

Weit fortgeschritten sind die Technologiepark-Projekte, in denen neue Unternehmen angesiedelt werden sollen, die innovative Ideen in die Praxis umsetzen. Neben der Überlegung, daß eine Vielzahl von Innovationen ungenutzt in den Schubladen liegen, weil die Kooperation zwischen Wissenschaft und Unternehmen Lücken aufweist, sollen neue Unternehmen von bürokratischen Auflagen entlastet werden. Mit Hilfe öffentlicher Mittel soll ein „Service-Überbau" geschaffen werden, der den jungen Betrieben den Einstieg in das Wirtschaftsleben erleichtert.

Konkrete Vorstellungen existieren im Zusammenhang mit der überregionalen Verkehrsanbindung. Vorrang hat zunächst die Untertunnelung von Elbe und Weser. Weil dieses Projekt aus dem öffentlichen Haushalt nicht zu finanzieren ist, verhandelt das Land derzeit mit privaten Gruppen. Denkmodelle sehen vor, daß für den Bau privates Kapital herangezogen werden soll; die Kosten sollen dann durch Mautgebühren der Benutzer wieder eingespielt werden.

Verstärkte Bemühungen gelten der Inanspruchnahme von Bundesmitteln für den Bereich Forschung und Entwicklung. Bislang hat die Förderungspolitik des Bundes die regionale Entwicklung konterkariert: Die Länder, die bereits über starke Aktivitäten im F+E-Bereich verfügten, erhielten die meisten Mittel.

AUF EIN WORT

„Viele innen- und außenpolitische Probleme unseres Landes sind darauf zurückzuführen, daß die Produkte, die in Deutschland hergestellt werden, inzwischen in Fertigung und Vertrieb teurer sind als ihr Marktwert."

Hans-Joachim Karrich, Sprecher des Vorstandes der Königsbacher Brauerei AG, Koblenz FOTO: DIE WELT

EG: Aufschwung hält an

dpa/VWD, Brüssel

Die Verbesserung der Konjunktur in der Europäischen Gemeinschaft hält weiter an. Nach der am Mittwoch von der EG-Kommission in Brüssel veröffentlichten Statistik ist auf Jahresbasis mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent zu rechnen. Auch andere Indikatoren seien günstig: Im Juni ergab sich eine leichte Erhöhung der Produktion um 0,8 Prozent, und die Arbeitslosenrate ging im Juli gegenüber dem Vormonat von 10,7 auf 10,6 Prozent zurück.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten beschleunigte sich allerdings etwas. Nach der Statistik lag die Inflationsrate in der EG im August bei 8,4 Prozent. Sie war damit etwas höher als im Juli, als sie mit 8,2 Prozent den tiefsten Stand seit fünf Jahren erreicht hatte.

GEMEINDEFINANZEN

Spitzenverbände fordern eigene Steuerversorgung

GISELA REINERS, Bonn

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat gestern in Bonn ein „Bekenntnis zum Sparkurs der Regierung" abgelegt. Sie gibt jedoch zu bedenken, daß der Sparwille der Gemeinden erheblich gebremst werde, zum Beispiel durch gesetzliche Auflagen, durch die Verlagerung von Lasten der Sozialversicherung auf die Kommunen und andere Vorgaben, auf die sie keinen Einfluß haben. Der Präsident der Vereinigung, Landrat Buhse aus Heide in Holstein, wies Entlastungs-Rechnungen des Bundes zurück. Die Verschiebung der Besoldungsanpassung im öffentlichen Dienst entlaste die Kommunen nicht um gut drei Milliarden in zwei Jahren, sondern höchstens um 500 Millionen.

Buhse forderte eine Reform der Gemeindefinanzen. Er wiederholte den Vorschlag für ein sachverständiges Gremium mit fest umrissenem Auftrag zur zügigen Vorbereitung einer raschen Neuordnung. Er verwies darauf, daß die Gemeinden „nicht mehr, sondern besseres Geld" brauchten, wie eine Verbesserung der eigenen, kommunalen Steuerversorgung mit Hebesatzrecht. Dem Bund gab er zu bedenken, daß Kommunen Endverbraucher seien und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ihren Nachfragespielraum einschränke.

Besonders beklagte Buhse die Belastung der Gemeinden durch Arbeitslose, deren Arbeitslosenhilfe nicht mehr ohne Sozialhilfezuschuß zum Leben reiche. Er forderte auch eine Versicherung für das Pflegefallrisiko, dessen Abdeckung nicht allein bei den Kommunen bleiben könne. Ein Ausbau ambulanter Dienste und andere flankierende Maßnahmen könnten helfen, die Pflegekosten zu begrenzen.

KOMMUNALE UNTERNEHMEN

Rommel: Umweltschutz durch mehr Kernenergie

PETER SCHMALZ, München

Der zügige Ausbau der Kernenergie ist nach Ansicht des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU) beim Kampf gegen Luftverschmutzung und damit gegen das Waldsterben wirksamer als eine weitere Verschärfung der Emissionswerte bei Großfeuerungsanlagen. Die von einigen Politikern geforderte nochmalige Senkung der Grenzwerte würde die umweltfreundliche Fernwärme erheblich verteuern und ihre Attraktivität einschneidend senken, erklärte Rommel als Präsident des „Verbands kommunaler Unternehmen" gestern in München vor Beginn einer zweitägigen Verbandstagung.

Den Schlüssel zur umfassenden Luftverbesserung sieht Rommel allerdings bei der Kernenergie, wie er am Beispiel Stuttgart erläuterte: Als 1976 das Kernkraftwerk Neckarwestheim I zugeschaltet wurde, sank der bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme anfallende Anteil an SO_2-Emission auf 58 Prozent, 1985 soll er 45 Prozent betragen. Die nun geforderte Entschwefelung von Kohlekraftwerken senkt den Anteil bis 1987 auf 30 Prozent, der auf zehn Prozent schrumpft, wenn ein weiterer Kernkraftblock in Betrieb ist.

Die Entschwefelungsanlagen werden aber den Fernwärmepreis um 25 Prozent steigern. Rommel: „Damit ist sie nicht mehr wettbewerbsfähig." Die Folge wäre, daß der einst hochgepriesene Ausbau der Fernwärme ins Stocken gerate und damit auch eine nachhaltige Immissionsentlastung in den Ballungsräumen. Ein gut ausgebautes Fernwärmenetz sei aber dringend notwendig, um künftig die Abwärme aus Kernkraftwerken umweltschonend nutzen zu können.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Metall: Geschäftsklima hat sich verbessert

Köln (dpa/VWD) – Obwohl sich Geschäftsklima und Produktion der deutschen Metallindustrie seit Jahresfrist „erkennbar verbessert" haben, ist die wirtschaftliche Lage in den meisten Bereichen „noch völlig unbefriedigend". Dieses Fazit zog der Arbeitgeberverband Gesamtmetall in seinem am Mittwoch in Köln vorgelegten jüngsten Konjunkturbericht. Die Produktion stieg im ersten Halbjahr 1983 zwar um 2,5 Prozent, die Kapazitätsauslastung in dem größten Industriezweig der Bundesrepublik lag jedoch noch um zehn Prozent unter dem, was die Industrie als Normalauslastung ansieht. Der insgesamt geringere Kostenanstieg führte zu einer stabileren Preisentwicklung. Positive Signale gab es nach den Angaben auch von der Beschäftigungsseite.

Defizit der Leistungsbilanz

Frankfurt (dpa/VWD) – Die deutsche Zahlungsbilanz schloß im August mit einem Fehlbetrag von knapp 3,2 Milliarden Mark, nach einem Plus von fast 0,4 Milliarden Mark im Vormonat. Dies errechnet sich aus den Zahlen der Deutschen Bundesbank. Die Leistungsbilanz schloß im August mit einem Defizit von 3,4 Milliarden Mark, verglichen mit Fehlbeträgen von 3,2 Milliarden im Juli 1983 und 2,9 Milliarden Mark vor Jahresfrist. Die Handelsbilanz brachte dagegen einen Überschuß von 2,5 Milliarden Mark, verglichen mit 2,2 Milliarden im Vormonat und 2,7 Milliarden Mark im August 1982. Im langfristigen Kapitalverkehr flossen im August 1983 – erstmals seit einem Jahr – per Saldo wieder Gelder in die Bundesrepublik (1,4 Milliarden Mark), nachdem im Juli noch eine Milliarde Mark abgeflossen waren.

Hypotheken verbilligt

Frankfurt (rtr) – Die Deutsche Pfandbriefanstalt hat in Anpassung an die Zinssenkungen am Kapitalmarkt ihre Konditionen für Hypothekendarlehen geändert. Wie das Kreditinstitut mitteilte, verbilligen sich Hypotheken bei 100prozentiger Auszahlung und vierjähriger Zinsfestschreibung auf 8,9 (vorher 9,2) Prozent. Bei fünfjähriger Zinsbindung beträgt der Satz jetzt 8,9 (vorher 9,25) Prozent und bei zehnjähriger Bindung 9,1 (vorher 9,125) Prozent.

Banken drängen Caracas

Caracas (rtr) – Venezuelas Gläubigerbanken haben die Regierung des Landes erneut dazu aufgefordert, das vom Internationalen Währungsfonds (IWF) als Teil eines Umschuldungsplanes entworfene Anpassungsprogramm anzunehmen. Wie aus Bankenkreisen weiter verlautete, ist diese Aufforderung in einem Telex des Banken-Beratungsgremiums des Landes an die 440 Gläubigerbanken enthalten. In der vergangenen Woche hatte der Ausschuß einem 30tägigen Moratorium für Tilgungsverpflichtungen Venzuelas zugestimmt.

Kompromiß abgelehnt

Luxemburg (AP) – Die für Fischerei zuständigen Minister der Bundesrepublik, Dänemarks, Großbritanniens und Hollands haben auf einer Sitzung in Luxemburg einen Kompromißvorschlag der Europäischen Kommission bei den Heringsfangquoten abgelehnt. Der Kompromiß hätte Dänemark im Falle eines Gesamtheringsfangs unter 250 000 Tonnen in den Nordseegewässern der Gemeinschaft künftig ein Fünftel des Fangs zugestanden – für den Fall eines Gesamt*fangs von mehr als 250 000 Tonnen* sogar ein Drittel. Diese Regelung war für die vier Nordseeanlieger nicht akzeptabel. Dänemark blockiert noch immer eine Einigung über Heringsfangquoten für das laufende Jahr.

Gläubiger tagen

New York (rtr) – Vertreter der wichtigsten Gläubigerbanken Brasiliens werden nach Angaben aus Bankenkreisen heute in Washington das während der gemeinsamen Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Grundsatz vereinbarte Wirtschafts- und Finanzpaket für das Land im Volumen von elf Milliarden Dollar erörtern. Wie es hieß, werden an den Treffen unter Leitung des IWF Vertreter der rund 60 Koordinations-Banken teilnehmen. Es sei davon auszugehen, daß die Institute nähere Einzelheiten des Programms und die brasilianische Regierung einen Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Lage des Landes vorlegen werden.

WOHNUNGSEIGENTUM

Vom Bonner Ministerium eine „Baukosten-Sparfibel"

GISELA REINERS, Bonn

Wenn die Eigentumsbildung im Wohnungsbau verbessert werden soll, so müssen nach Angaben von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) zwei Bedingungen erfüllt sein: ausreichende öffentliche Förderung und verstärktes Bemühen um kostensparende Bauweisen. Um letzteres zu fördern, *hat das Ministerium* eine „Baukosten-Sparfibel" zusammengestellt, die Hinweise für Bauherren, Architekten und Bauwirtschaft zum flächen- und kostensparenden Bauen enthält.

Die Fibel hat eine Auflage von 10 000 Stück; Kosten: 24 000 Mark. Bausparkassen erhalten die Möglichkeit zu kostenlosem Nachdruck. Die Fibel kann beim Informationsreferat des Bauministeriums in Bonn für zwei Mark angefordert werden.

Schneider betonte, daß es nicht darum gehe, „niedrige Kosten mit Qualitätseinbußen beim Wohnwert" zu erkaufen. Niemand wolle Schlicht- oder phantasielose Zweckbauten, sondern gute Qualität zu günstigen Preisen. Nach wie vor komme das Eigenheim die Deutschen, verglichen mit Nachbarländern, teuer zu stehen.

Während in den USA drei, in Frankreich und Dänemark fünf Jahresverdienste für ein Eigenheim benötigt würden, seien es in der Bundesrepublik neun. Schneider versprach, die baurechtlichen Vorschriften zu durchforsten und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Dadurch könnten bis zu 20 Prozent der Baukosten gespart werden.

Bei einem Pilotprojekt mit Reihenhäusern in Essen sei es gelungen, die Kosten (ohne Grundstück) von üb*licherweise 350 000 auf 210 000 Mark* zu senken. 44 Prozent der Erwerber seien Arbeiter. Die Einsparmöglichkeiten seien beachtlich.

WIRTSCHAFTS-INFORMATIONEN / Handbuch der Großunternehmen als Datenbank

Computer braucht intelligente Frager

JOACHIM WEBER, Darmstadt

Ganz plötzlich fand sich der „Oldtimer" in modernstem Gewand: Aus dem „Handbuch der Großunternehmen", Jahr für Jahr und inzwischen in der 30. Auflage im Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt, erschienen, wurde zur Jahresmitte eine Datenbank. Das heißt: Sämtliche Angaben des voluminösen Zweibänders über rund 20 000 deutsche Unternehmen mit mehr als 5 Millionen Mark Umsatz oder mehr als 150 Mitarbeitern wurden in einem Großcomputer abgespeichert und können dort jederzeit abgerufen werden.

Was zunächst wie eine einigermaßen gigantische Spielerei aussieht, macht beim zweiten Hinsehen durchaus Sinn. Denn Zweck des elektronischen Nachschlagewerkes ist es keineswegs nur, das Blättern in den zwei Riesenschinken zu ersetzen, dafür wäre es auch zu kostspielig. Die Organisation einer Datenbank erlaubt *es vielmehr, auch Suchaufgaben in* Sekundenschnelle zu „lösen", die im „Handbetrieb" unter Umständen Monate dauern würden.

„Wieviele Maschinenbauunternehmen mit mehr als 70 Millionen Mark Umsatz gibt es, bei denen Prof. XY im Aufsichtsrat sitzt?" oder „An welchen Brauereien, die Kunden der BCD-Bank sind, ist der Z-Konzern mit mehr als 50 Prozent beteiligt?" sind Beispiele für Fragestellungen, bei denen mehrere Suchkriterien miteinander verknüpft sind. Wird er auf intelligente Weise befragt, antwortet der Rechner im Nu.

Da liegt dann auch schon der Stolperstein für den, der den neuen Hoppenstedt-Dienst (per Terminal) nutzen will: Um sich mit der Datenbank sinnvoll „unterhalten" zu können – und „sinnvoll" heißt auch möglichst kostengünstig –, muß er zunächst einmal eine spezielle Abfrage-Sprache erlernen, aber auch gewisse Grundvorstellungen aus der Mengenlehre mitbringen. Denn je nachdem, wie eine Fragestellung in ihrer Abfolge strukturiert wird, kann die Antwort Sekunden oder eine mittlere Ewigkeit dauern.

Zumindest die Ewigkeit wird teuer: Durchschnittlich 200 Mark in der Stunde kostet das Suchspiel auf dem Computer namens „Data-Star", der im schweizerischen Bern beim Datenbank-Spezialisten Radio Schweiz AG steht. Auf Data-Star laufen auch etliche andere (naturwissenschaftliche, betriebswirtschaftliche, marketingorientierte) Datenbanken, die dem Benutzer von „HOPE" (Codewort für den Hoppenstedt-Bestand) gleichfalls zur Verfügung stehen.

Die Kooperation erscheint den Darmstädtern sinnvoll, weil der Datenbankbetrieb eine entsprechend große Rechenanlage und enormen Software-Aufwand erfordert. Beides stand in Bern bereits zur Verfügung.

GROSSBRITANNIEN / Wirtschaft ist erleichtert

Streik bei Vauxhall beendet

WILHELM FURLER, London

Nach nur vier Tagen ist der Streik beim britischen Automobilunternehmen Vauxhall zusammengebrochen. Die rund 14 500 Mitarbeiter der General-Motor-Tochter und Schwesterfirma von Opel sind inzwischen an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Allerdings haben sich zuvor tumultartige Szenen zwischen arbeitswilligen Vauxhall-Arbeitern und für eine Fortführung des Streiks plädierenden Mitarbeitern nach einer Abstimmung der 7000 Beschäftigten im größten Vauxhall-Werk in Luton abgespielt. Das Abstimmungsergebnis für eine Wiederaufnahme der Arbeit fiel so knapp aus, daß eine zweite

Abstimmung abgehalten werden mußte, deren Ausgang von Streik-Fürsprechern erneut angezweifelt wurde.

Zuvor hatten die 1000 Mitglieder der Transportarbeiter-Gewerkschaft im Werk Dunstahle das am Wochenende von der Arbeitgeberseite leicht verbesserte Lohnangebot angenommen. Es beinhaltet jetzt eine Anhebung der Bezüge um 7,75 Prozent für einen Zeitraum von zwölf Monaten anstelle von zuvor 14 Monaten. Die Gewerkschaften hatten unter Hinweis auf die jüngsten Rekordverkäufe von Vauxhall sowie einen erwarteten guten Jahresabschluß eine Lohnerhöhung um 20 Prozent gefordert.

Mit der Beendigung des Streiks wurde auch die Einfuhr-Blockade gegen Opel-Modelle vom europäischen Kontinent aufgegeben. Rund die Hälfte aller Personenwagen-Verkäufe von Vauxhall in Großbritannien entfallen auf Opel. Gewerkschaftsführer erklärten, sie seien über die Abstimmungsergebnisse sehr enttäuscht; aber immerhin hätten ihre Leute die Courage gehabt, für einen angemessenen Lohn aufzustehen.

Erleichtert über das rasche Streikende ist nicht nur die Geschäftsführung von Vauxhall, sondern auch der größte Teil der britischen Wirtschaft. Da die vorgeschlagene Lohnerhöhung bei Vauxhall eine der besten der Arbeitgeber in Großbritannien darstellt, befürchteten andere Arbeitgeber, daß ein lange dauernder Streik bei Vauxhall die Lohnerwartungen in ihrem Bereich übermäßig nach oben getrieben hätte. Als letzte haben am gestrigen Mittwoch die 3800 Mitarbeiter im Vauxhall-Werk Ellemere Port für ein Streikende gestimmt.

AKP-STAATEN / Heute beginnen Verhandlungen zu neuem Lomé-Abkommen

Kaum Hoffnung auf höhere Leistungen

WILHELM HADLER, Brüssel

Euphorische Stimmung wird kaum aufkommen, wenn die EG und die mit ihr verbundenen 63 Entwicklungsländer aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP-Staaten) heute den Startschuß für die Verhandlungen über eine Erneuerung des Abkommens von Lomé geben. Die Erfahrung mit der bisherigen Zusammenarbeit hat viele Länder enttäuscht. Großangelegte Zukunftsvisionen stoßen deshalb auf Skepsis.

Die Mammut-Konferenz in Luxemburg leitet eine Serie schwieriger Verhandlungen ein, die nach dem gegenwärtigen Zeitplan im Sommer kommenden Jahres abgeschlossen werden sollen. Sowohl die Gemeinschaft wie die AKP-Staaten haben ihre Verhandlungspositionen noch nicht endgültig festgelegt. Sicher ist jedoch, daß die EG ihre bisherige Finanzhilfe nicht wesentlich aufstokken wird.

Über die künftige Dotierung des Europäischen Entwicklungsfonds (1981–1985 rund zwölf Milliarden Mark) will die EG überhaupt erst am Ende der Verhandlungen mit sich reden lassen. Die Empfängerländer halten dagegen Gespräche über die geplanten neuen Akzente der Entwicklungs-Zusammenarbeit nur dann für sinnvoll, wenn wenigstens in großen Zügen frühzeitig Klarheit über die bereitstehenden Finanzmittel herrscht.

Die EG will den Schwerpunkt künftig auf Hilfemaßnahmen legen, die darauf abzielen, „die Eigenleistungen der AKP-Staaten im Hinblick auf eine autonome und eigenständige Entwicklung zu unterstützen". Daher sollen vor allem Projekte zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert werden. Geplant ist ein „politischer Dialog" mit jedem Empfängerland, um die EG-Hilfe künftig besser in einen Gesamtplan für die wirtschaftliche Entwicklung einfügen zu können.

Offensichtlich besteht bei den AKP-Ländern wenig Neigung zu einer derartigen Abstimmung mit der EG. Sie wehren sich ebenso gegen die Einführung einer Klausel in die neue Konvention, die eine Verbindung zwischen der Finanzhilfe der EG und dem Respekt der Menschenrechte in den AKP-Staaten herstellen soll. Im Handelsbereich beklagen sich die Länder der Dritten Welt nach wie vor über die bestehenden Importrestriktionen der Gemeinschaft. Zwar genießen mehr als 99 Prozent der AKP-Erzeugnisse zollfreien Zugang, Schwierigkeiten gibt es aber bei einer Reihe von Agrarerzeugnissen, die Marktordnungen unterliegen. Außerdem beschweren sich die Lomé-Partner regelmäßig über die Anwendung der Schutzklausel und die in der EG geltenden Ursprungsregeln.

Trotz des nahezu vollständigen Freihandelsregimes hat sich jedenfalls die Handelsbilanz der AKP-Staaten mit der Gemeinschaft stetig verschlechtert. Aus einem Überschuß von 600 Millionen Ecu (1 Ecu = 2,30 Mark) im Jahre 1976 ist 1980 ein Defizit von rund 1,7 Milliarden Ecu geworden. Der Anteil der AKP-Exporte an den Gesamtimporten der EG ist von 6,7 Prozent 1975 auf 5,5 Prozent 1981 gesunken. Trotz der beiden bisherigen Lomé-Abkommen hat sich auch die Struktur der AKP-Ausfuhren nicht wesentlich verändert. Nur vier bis sechs Prozent der Exporte entfallen nach wie vor auf Verarbeitungserzeugnisse. Die AKP-Staaten werden Mühe haben, die neue Konvention nach ihren Wünschen zu gestalten. Dies gilt vor allem für die künftige Finanzhilfe. So hat der Europäische Rechnungshof zahlreiche Fälle kritisiert, in denen das Geld der europäischen Steuerzahler nicht gerade optimal verwendet wurde.

ARGENTINIEN / Unruhe bei Gläubigern

Präsident sichert Zahlung zu

AP, Buenos Aires

Nach der Verhaftung des Zentralbankchefs und dem Stopp neuer Auslandskredite schien es gestern weiterhin fraglich, ob das hochverschuldete Argentinien die Zahlungsunfähigkeit vermeiden kann. Präsident General Reynaldo Bignone versicherte allerdings am Dienstag in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, daß Argentinien all seine internationalen finanziellen Verpflichtungen erfüllen werde. Dafür übernehme er die Verantwortung.

Zentralbankpräsident Julio Gonzalejz dej Solar, der am Montag bei der Rückkehr von der Washingtoner Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhaftet worden war, verbrachte die Nacht zum Mittwoch in einem Polizeirevier in Rio Gallegos, 3000 Kilometer südlich der Hauptstadt in Patagonien. Die amtliche Nachrichtenagentur Telam berichtete, Bundesrichter Federico Pinot Cramer werde Anklage erheben.

Der Richter hatte Gonzalez dey Solars Verhaftung und die Aussetzung weiterer Umschuldungsverhandlungen angeordnet, weil er an einer Klausel eines vom Zentralbankchef ausgehandelten Abkommens Anstoß nahm, das die Rückzahlungen der Staatsfluglinie in Höhe von 220 Millionen Dollar an ein Bankenkonsortium unter Führung der Citibank regelt. Die Klausel erkennt dabei New York als Gerichtsstand an.

Die Regierung hat die Verfügung angefochten, doch bis zur Klärung halten ausländische Banken und der IWF 830 Millionon Dollar bereits zugesagter neuer Kredite zurück. Argentinien muß ausländischen Banken am 17. Oktober 300 Millionen Dollar aus früheren Krediten zurückzahlen. Aus Kreisen des Wirtschaftsministeriums verlautete, in der Staatskasse seien nur etwa 250 Millionen Dollar sofort verfügbarer Reserven. Damit müßte sich Argentinien, wenn keine neuen Gelder fließen, in zwei Wochen für zahlungsunfähig erklären.

KAFFEE / Neues Abkommen in Kraft

Exportquote wurde erhöht

IRENE ZÜCKER, Genf

Für das Kaffeejahr 1984 wurde vom Rat der internationalen Kaffeeorganisation eine Gesamtexportquote von 56,2 Millionen Sack vereinbart. Hingegen bleibt das Interventionspreisband unverändert, entgegen den Vorstellungen wichtiger Ausfuhrstaaten, die eine Erhöhung um 5 Cent auf 125 bis 145 Cent gewünscht hatten. Zudem sind die Mitgliedstaaten bereit, bei zusätzlichen Kontrollen von Lieferungen über Drittländer, zusammenzuarbeiten.

Weiter ist dem am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen internationalen Kaffeeabkommen Äquatorialguinea neu beigetreten. Die Mitgliedschaft von Österreich und Australien steht bevor. Bei der Schlußverhandlung hatten die Verbraucherländer zuerst eine Erhöhung von 55,2 auf 57 Millionen Sack angestrebt, während die Exportländer für die bestehende Gesamtquote plädierten. Der nun vereinbarte Kompromiß von 56,2 Millionen Sack schließt die 500 000 Sack nicht ein, die von Mitgliedstaaten aus Nichtmitgliedländern eingeführt werden dürfen.

Mittelfristig rechnet man mit einem Druck auf die Preise, da der Verbrauch langsamer zunimmt als die Produktion. Der Vorratsüberhang könnte folglich per Ende 1984 auf 50 Millionen Sack ansteigen, was beinahe einem Jahresverbrauch entspricht.

In diesem Zusammenhang ist die Einhaltung der im neuen Abkommen vereinbarten Preise fraglich, denn die Exportländer versuchen, die teure Lagerhaltung zu verringern durch Lieferungen mit Preisnachlaß von jährlich rund zehn Millionen Sack an Staaten, die dem Abkommen nicht angeschlossen sind (Ostblock, Hongkong, Israel). Ein Teil dieser Lieferungen nimmt seinen Weg in Verbraucherländer, die Mitglieder des Abkommens sind.

Dazu kommt die wachsende Bedeutung von Barter-Vereinbarungen (Tausch Ware gegen Ware). Vor allem der Ostblock und lateinamerikanische Produzentenländer haben dabei oft gleiche Interessen. Aber auch Barter-Abteilungen westlicher Industrieunternehmen bieten billig am Weltmarkt an. Es handelt sich dabei um Firmen, die ihre Lieferungen mit Kaffee bezahlt erhalten.

PHILIPPINEN / Harte Verhandlungen mit dem IWF

Peso-Wechselkurs freigegeben

rtr, Manila

Die Zentralbank der Philippinen hat am Mittwoch den Kurs des Peso freigegeben. Nach Angaben aus Bankenkreisen ist die Währung daraufhin am Devisenmarkt von 11,002 Phlippinischen Pesos für einen US-Dollar auf 14 Pesos zurückgegangen. Die Freigabe des Kurses entspreche einer „de-Facto-Abwertung" um 21,41 Prozent. Demgegenüber erklärte das Mitglied des Zentralbank-Direktoriums, Gabriel Singson, von einer Abwertung könne keine Rede sein, weil diese einen festen Wechselkurs voraussetzen würde.

Die Notenbank habe lediglich für den Handel am Mittwoch das 4,5-Prozent-Band aufgehoben, in dessen Rahmen Schwankungen des Peso bislang zugelassen waren. Damit könnten die Marktkräfte den Pesokurs frei bestimmen. Er lehnte es allerdings ab zu sagen, ob das 4,5-Prozent-Limit am Donnerstag wieder in Kraft treten wird.

Der Kursrückgang errechnet sich den Bankenkreisen zufolge nach der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) angewandten Methode. Am Vortag hatte die Regierung der Philippinen erklärt, sie befinde sich in schwierigen Verhandlungen mit dem Fonds über zusätzliche Stand-by-Kredite zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits. In einer Mitteilung des Präsidialamtes hatte es am Dienstag geheißen, die Verhandlungen mit dem IWF könnten die Einführung eines harten Sparprogramms nach sich ziehen. Bereits im Juni hatte die Zentralbank den Peso nach Konsultation des Fonds um 7,25 Prozent abgewertet.

Die Zahlungsbilanz der Philippinen hatte Ende Juni mit einem Fehlbetrag von 562 Millionen Dollar geschlossen.

Polen: Gespräche über Schulden

dpa, VWD, Warschau

Polens Wirtschaftsplaner blicken mit leichtem Optimismus ins kommende Jahr. Der Wirtschaftsplan für 1984 sieht gegenüber 1983 ein Wachstum des Bruttosozialprodukts um 3,5 Prozent und der Industrieproduktion um 4,5 bis 5,5 Prozent vor. Die Warenversorgung soll dem Plan zufolge um sieben Prozent besser werden. Die Handelsbilanz mit den westlichen Industrieländern soll sich verbessern, der Minussaldo mit den sozialistischen Staaten soll verringert werden.

Mit Skepsis, aber auch Hoffnung blickt man in Polen auf die gerade in Warschau begonnenen Sondierungsgespräche mit Vertretern des sogenannten Pariser Clubs. Bei den Gesprächen dürfte es vor allem um Polens Auslandsschulden gehen. Polen, das im Westen mit rund 24 Milliarden Dollar verschuldet ist, hat bereits eine Umschuldungsvereinbarung mit den privaten Gläubigerbanken erreicht.

EG / Besorgnis über Japan-Ausfuhren

Protestschreiben von Thorn

dpa/VWD, Tokio

Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, hat in einem Brief an Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone von Japan rasche und weitreichende Beschlüsse zur Steigerung seiner Importe aus der Europäischen Gemeinschaft gefordert.

Der Leiter der ständigen EG-Vertretung in Tokio, Jan Brinkhorst, der das Schreiben am Mittwoch dem japanischen Außenminister Shintaro Abe übergab, erklärte vor der Presse, daß Brüssel mit „großer Sorge" den erneuten Zuwachs bei den japanischen Ausfuhren in die EG in diesem Jahr verfolge. Nach EG-Schätzungen dürfte das Defizit im Japan-Handel für 1983 insgesamt auf rund zwölf Milliarden Dollar (etwa 31 Milliarden Mark) nach 9,5 Milliarden Dollar 1982 steigen.

Die EG-Außenminister wollen sich nach seinen Angaben bei der nächsten Ratssitzung am 17. Oktober eingehend mit der Entwicklung in den Handelsbeziehungen mit Japan befassen.

Laut Brinkhorst hat Thorn in dem Brief die Enttäuschung der EG darüber geäußert, daß Tokio die bereits für September angekündigte Verabschiedung neuer Maßnahmen zur Importsteigerung und Belebung der Binnennachfrage offenbar aus innenpolitischen Gründen auf Ende Oktober verschoben habe. Nach seinen Worten sei gegenwärtig außerdem nicht erkennbar, daß die japanische Regierung mit einem „dramatischen Schritt" an die Reduzierung der Handelsüberschüsse mit der EG herangehen wolle.

Bereits am Montag hatte Brinkhorst ein ähnliches Schreiben von EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp an Handels- und Industrieminister Sosuke Uno überbracht.

USA / Genehmigung der Stahlfusion wahrscheinlich

Günstigere Absatzprognosen

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit der geplanten Fusion zwischen der LTV Corp. und der Republic Steel Corp. wird sich die Stahlszene in den USA erheblich verändern. Es beschleunigt sich der unvermeidliche Schrumpfungsprozeß, der 1978 begann, als sich LTV mit der Lykes Corp., der Muttergesellschaft der Youngstown Sheet an Tube Company, zusammenschloß. Viele Werke sind seitdem stillgelegt worden.

In der amerikanischen Hauptstadt gilt es als sicher, daß weder das Bundesjustizministerium noch die Federal Trade Commission (FTC) als oberste Wettbewerbswächter Einspruch gegen die Fusion erheben werden. Ausschlaggebend scheint das Argument zu sein, daß es heutzutage keine nationalen, sondern nur noch internationale Stahlmärkte gibt, die Konzerne also an den kostengünstigsten Konkurrenten, den Japanern, gemessen werden müssen.

Damit ist der Weg frei für die Bildung des zweitgrößten amerikanischen Stahlkonzern – nach der U. S. Steel Corp., die seit 82 Jahren den US-Stahlmarkt dominiert. LTV als Muttergesellschaft der Jones & Laughlin Steel Corp. rangiert auf dem dritten, Republic auf dem vierten Rang. Im vergangenen Jahr, als in Amerika 61,6 Millionen Net Tons Stahl produziert wurden, entfielen auf beide 8,6 und 7,3 Prozent, während U. S. Steel und Bethlehem Steel mit 17,2 und 13,8 Prozent vorn lagen. Die Finanztransaktion ist, wie bereits kurz berichtet, im Vergleich zu anderen Zusammenschlüssen bescheiden: Zustande kommt die Fusion durch einen Aktientausch im Wert von rund 770 Millionen Dollar.

Dafür, daß Washington den Stahlplänen zustimmt, spricht auch die desolate Lage praktisch aller US-Hersteller: Im letzten Jahr erwirtschafteten die 15 größten amerikanischen integrierten Stahlunternehmen einen zusammengefaßten Verlust in Höhe von 3,2 Milliarden Dollar, freigesetzt wurden 40 Prozent der Beschäftigten. Seit Anfang der 70er Jahre ist für sie zudem der US-Stahlmarkt um ein Fünftel geschrumpft, 1982 eroberten ausländische Lieferanten einen Anteil von 21,8 Prozent.

Von den beiden Fusionspartnern ist Republic der schwächere. Bei einem Umsatz von 2,7 (1981: 4,4) Milliarden Dollar verlor das Unternehmen mit Sitz in Cleveland (Ohio) im vergangenen Jahr 239 (plus 190) Millionen Dollar. Ende Dezember schlugen die Aktiva mit 3033, das Umlaufvermögen mit 834, die Verbindlichkeiten mit 521 und die langfristigen Schulden mit 853 Millionen Dollar zu Buch. Republic zählt 35 000 Beschäftigte.

Die Rezession traf die LTV Corp., Dallas (Texas), nicht ganz so hart. Bei einem Umsatz von 4,8 (7,5) Milliarden Dollar ereichte der Verlust 155 (plus 386) Millionen Dollar. In der Bilanz 1982 machten die Aktiva 4023, das Umlaufvermögen 1796, die Verbindlichkeiten 976 und die langfristigen Schulden 1612 Millionen Dollar aus. Auf der Lohnliste von Jones & Laughlin stehen 30 000 Arbeiter. Während Republic nur Stahl erzeugt, hat sich LTV auch in der Luftfahrt und im Energiebereich engagiert.

Übernehmen wird der texanische Konzernteil in der Hauptsache die Produktion von Blechen und Röhren für die Ölindustrie sowie von Edelstahl, wo der LTV-Anteil am US-Markt schon 40 Prozent beträgt. Nach der Fusion wird das Hauptquartier in Cleveland aufgeschlagen. Dort ist auch Jones & Laughlin vertreten.

Nach den neuesten Absatzprognosen erfaßt der Konjunkturaufschwung in den USA nun auch die Stahlindustrie. Bei einer Kapazitätsauslastung von nur 55 Prozent im ersten Halbjahr 1983 soll die Produktion bis Ende Dezember etwa 70 Millionen Tonnen Fertigstahl erreichen.

EDEKA / Das verlorengegangene Terrain soll zurückgewonnen werden

Aggressiver gegenüber Discountern

DANKWARD SEITZ, München

Im Wettbewerb um den Verbraucher will die Edeka-Gruppe gegenüber den mit schmalem Sortiment operierenden Discountern mit einem aggressiveren Preisverhalten wenigstens einen Teil des in den letzten Jahren verlorengegangenen Terrains zurückgewinnen, ohne aber von ihrem grundsätzlichen Nein zur „weißen Ware" abzurücken. Im nationalen Programm wird die Edeka Zentrale AG, Hamburg, wie ihr Vorstandssprecher Hans-Jürgen Klußmann vor dem Münchner Club Wirtschaftspresse mitteilte, ab sofort über die Edeka-Großhandlungen den rund 20 000 Einzelhändlern unter dem Begriff „Die Alternativen" ein Sortiment aus 60 preisgünstigen Artikeln präsentieren.

Dieses Programm, das sich aus Eigenmarken, Zweitmarken und auch Markenartikeln zusammensetzt, soll neben den bisherigen Markenartikeln im jeweiligen Regal plaziert werden, ohne sich aber durch eine einheitliche Farbe oder Verpackung hervorzuheben. 40 Prozent dieser Produkte werden dem Käufer zu Discounter-Preisen und der Rest nur wenig darüber angeboten, so daß sie als „echte Alternative zu den No Names" verstanden werden.

Diesen Entschluß, der eine Gratwanderung zwischen Image und Preis darstelle, bezeichnete Klußmann angesichts der Erfolge der „weißen Ware" als unumgänglich. Trumpf im Spiel von Angebot und Nachfrage sei in den letzten Jahren nur die „Preis-Karte" gewesen. Der Verbraucher hätte sich inzwischen so an das Sparen gewöhnt, daß selbst viele finanziell unverändert gut ausgestattete Käufer auch künftig nicht zu hochpreisigen Waren greifen werden.

Enttäuscht zeigte sich Klußmann von der Markenartikelindustrie, die im Kampf gegen die „Weißen" und Discounter nur halbherzige Schritte unternommen habe. Sie habe noch nicht die Absatzrelevanz der „No Names" akzeptiert und nicht erkannt, daß sich der Verbraucher heute nur noch dann für einen Markenartikel entscheide, wenn dessen Preisabstand nicht größer sei als der Mehrwert oder der Zusatznutzen. Die Aufnahme von „weißer Ware" in das Edeka-Sortiment bezeichnete Klußmann als nicht machbar, da Edeka „keine Kette oder Filial-Unternehmen ist, das auf Knopfdruck Befehle erteilen kann".

Eine weitere Reaktion auf die Discounter wird nach Darstellung von Klußmann eine Sortimentsstraffung und der Verzicht auf „Langsamdreher" sein. So sollen etwa 20 Prozent der Artikel – derzeit werden über die Großhandlungen etwa 6000 bis 10 000 angeboten – gestrichen werden, da sie nur etwa 1,5 Prozent des Umsatzes erbringen. Voll konzentrieren will man sich auf ein Kernsortiment von rund 2000 Artikeln, die jeder Einzelhändler dann nach eigenem Bedarf ergänzen kann.

Ob der Lebensmittelhandel die lange Schlechtwetterperiode hinter sich gelassen hat, wagte Klußmann nicht zu sagen. Dazu sei der Silberstreif am Konjunkturhorizont „noch viel zu matt". Mehr als vorsichtiger Optimismus erscheine nicht angebracht. Er sei zufrieden, wenn die Edeka-Zentrale 1983 mit einem Umsatzplus von 3,5 Prozent, der Großhandel mit plus 1 bis 2 Prozent und der Einzelhandel mit plus/minus null abschließen werde.

KRANKENKASSEN / Weniger Bagatellarzneien

Warnung vor Kostenlawine

HARALD POSNY, Essen

Die mühsam erreichte Ausgabenberuhigung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steht nach Ansicht des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BdB) auf dem Spiel, wenn auf dem Gesetzesweg erneut Mehrbelastungen in Milliardenhöhe auf die rund 4,2 Mill. Mitglieder zurollen. BdB-Geschäftsführer Kurt Friede bezeichnete es als sozialpolitisch bedenklich, daß den Krankenkassen immer stärker Belastungen zugewiesen werden, die an anderer Stelle entstanden und dort auch zu verantworten sind.

Friede hat dabei u. a. folgende Bonner Vorhaben im Visier:

- die im Haushaltsbegleitgesetz 1984 vorgesehene stärkere Einbeziehung von einmalig gezahlten Arbeitsentgelten (z. B. Weihnachtsgeld) in die Beitragspflicht zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung als Mittelbeschaffung für die Rentenversicherung;
- die projektierte Einbindung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner in den Belastungsausgleich der übrigen GKV;
- die Sonderregelung, nach der Rentenversicherungsträger bei Tbc-Erkrankungen keine Rehabilitationsmaßnahmen mehr zur Verfügung stellen, schließlich
- die jüngsten Bundesratsbeschlüsse, die Krankenkassen noch stärker als bisher für Zahlungen im Rahmen der Krankenhausfinanzierung heranzuziehen.

Bei den 787 Betriebskrankenkassen hielten sich im 1. Halbjahr 1983 Beitragsplus und Leistungsplus (1,3 nach Vorjahr 6,7 bzw. 2,7 Prozent) die Waage. Je Mitglied wurden knapp 1370 DM aufgewendet, während 1345 DM in die Kassen flossen. Damit schnitten die Betriebskassen noch besser ab als die gesamte GKV mit einem Leistungsplus von 1,7 (1,9) Prozent auf 1318 DM je Mitglied.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen – und in etwa auch bundeseinheitlich –, hat sich der Rückgang der Verschreibung von sog. Bagatellarzneimitteln (Schnupfen- und Abführmittel, Mundwässer) kostensenkend ausgewirkt. Hier ist der Umsatzanteil dieser Mittel von 8,6 Prozent im 1. auf 2,6 Prozent im 2. Quartal 1983 zurückgegangen, bei einem Monatsumsatz von 50 Mill. DM war dies eine Ersparnis von 3 Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Eltefa 83 in Stuttgart

Stuttgart (nl) – Als Schaufenster und Drehscheibe der Elektroindustrie, durch die sich vornehmlich die Betriebe und Mitarbeiter des elektrotechnischen Handwerks im Südwesten angesprochen sehen, stellt sich die vom 6. bis 8. Oktober auf dem Stuttgarter Killesberg stattfindende „Eltefa 83" Fachausstellung für Elektrotechnik und Elektronik dar. Über 600 Direktaussteller zeigen ihr Programm.

Klöckner baut in Bremen ab

Bremen (dpa/VWD) – Die zur Klöckner-Werke AG (Duisburg) gehörende Bremer Klöckner-Hütte will bis zum Frühjahr 1985 von den derzeit 6377 Arbeitsplätzen 1100 abbauen. Wie ein Sprecher der Bremer Hütte gestern sagte, ist ein entsprechender Sozialplan vereinbart worden. Klöckner scheint sich offensichtlich nun zu einem Alleingang entschlossen zu haben, nachdem Kooperations- bzw. Fusionspläne nicht zuletzt wegen der Bremer Hütte bisher mit Hoesch und Salzgitter scheiterten.

Magirus konzentriert weiter

Stuttgart (nl) – Die Iveco Magirus AG, Ulm, wird ihre wehrtechnischen Aktivitäten vom Standort Mainz, wo das Unternehmen bereits seine Omnibusfertigung stillgelegt hat, nach Ulm verlagern. Den in Mainz betroffenen 150 Mitarbeitern sollen Arbeitsplätze in Ulm angeboten werden.

Leasing mit neuem Namen

Hamburg (K. S.) – Die Interleasing Dello, Hamburg, schert zum 1. Januar 1984 aus der Dachgesellschaft Interleasing Europa aus und firmiert künftig als Auto Leasing D. Das Stammkapital der GmbH wird in gleichem Zuge von zur Zeit 17 Mill. auf 30 Mill. DM aufgestockt. Die Anteile werden sich wie folgt aufteilen: 30 Prozent die Gefa-Leasing GmbH, Wuppertal, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, 55 Prozent der Hauptgesellschafter der Interleasing, Hans Ravenborg, und 15 Prozent die verbleibenden 23 Gesellschafter. Das Unternehmen deckt künftig das gesamte Bundesgebiet ab.

Mehr Strom verbraucht

Stuttgart (nl) – Die Stromabgabe der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, an Kunden ist in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahrs 1983 um 1,8 Prozent auf 3,7 Milliarden kWh angestiegen. Für das Gesamtjahr rechnet die Verwaltung mit einer Zunahme um knapp 3 Prozent.

Wettbewerb für KKK wird schärfer

adh, Frankfurt

Von einem „erbitterten Kampf um die kleine Zahl von Aufträgen" für Dampfturbinen berichtet die AG Kühnle, Kopp & Kausch (KKK), Frankenthal. Auch im Ventilatoren- und Verdichterbau habe sich der Wettbewerb weiter verschärft. Gut blieb dagegen, wie es im Aktionärsbrief heißt, das Turboladergeschäft, das dafür sorgte, daß der KKK-Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) um zehn Prozent auf 201 Mill. DM stieg; der Auftragseingang erreichte 202 Mill. DM (plus 3,5 Prozent).

Damit blieb der Auftragsbestand am Ende des Geschäftsjahres mit rund 133 Mill. DM unverändert. Vor diesem Hintergrund kündigt der KKK-Vorstand wieder eine „angemessene" Dividende an. Für das Vorjahr waren 8 DM je 50-DM-Stamm- und 8,50 DM je Vorzugsaktie ausgeschüttet worden.

Regierung erhöht Airbus-Finanzierung

rtr, Bonn

Die Bundesregierung stockt ihre Finanzhilfen für die Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge vom Typ „Airbus" beträchtlich auf. Nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch wird allein das Produktionsfinanzierungsprogramm der Regierung zugunsten der Typen A 300 und A 310 um 400 Mill. DM auf 4,5 Mrd. DM erhöht. Hier seien ferner bedingt rückzahlungspflichtige Entwicklungskosten-Zuschüsse von zusätzlich 238 Mill. DM vorgesehen. Die Regierung sei auch bereit, bedingt rückzahlbare Produktionskostenzuschüsse für den Typ A 320 zu gewähren, wenn die Absatzchancen dafür geklärt sind.

Mit dem deutsch-britisch-französischen Airbus-Programm sind allein bei der deutschen Industrie 10 000 Arbeitnehmer beschäftigt, vor allem im Hamburger und Bremer Raum.

NAMEN

Wolfgang Reuter, seit Gründung der Union Investment GmbH an deren Spitze, wird 1984 aus gesundheitlichen Gründen aus der Geschäftsführung ausscheiden, ihr aber durch einen Beratungsvertrag verbunden bleiben. Sein Nachfolger als Sprecher wird **Wolfgang Demel**, bisher Heimstatt Bauspar AG, München, der am 1. Oktober 1983 in die Geschäftsleitung eingetreten ist. Weiterer Geschäftsführer ist seit dem 15. Juni 1983 **Richard Korb**. Der bisherige Geschäftsführer Dr. **Arnold Weismann** trat am 30. September 1983 in den Ruhestand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: Nachl. d. Franz Hans Netter, Höbe; **Biedenkopf:** Burk & Thome GmbH & Co. KG, Dautphetal-Dautphe; Ludwig Reuter GmbH, Dautphetal-Dautphe; **Darmstadt:** Institut f. Wirtschaftsförderung e. V.; **Düren:** Mozaffar Jahanpanah, Eschweiler; **Duisburg:** Nachl. d. Günter Willi Hank, Mülheim (Ruhr); **Hameln:** Alfred Joseph Nagel, Aerzen 1; **Köln:** Figelstein Schallplattenvertrieb GmbH; **Krefeld:** Nachl. d. Anna Planker geb. Enger; **Ludwigsburg:** Auto Eisele GmbH, Asperg; **Mannheim:** MGL Mineralölhandels-Gesellschaft-Ladenburg GmbH, Ladenburg; **Saarbrücken:** Peter Lieser u. Söhne oHG.

Vergleich beantragt: Beckum: Holzwarenfabrik Renfert GmbH; **Hagen:** a) Gießerei Vorhalle Gebr. Becker GmbH & Co. KG b) Heinz-Walter u. Hermann Becker Verwaltungsges. mbH; **Hildesheim:** Dental-Labor Leßner GmbH, Sarstedt; **Köln:** Hegels GmbH & Co. KG (HECO).

WALBUSCH / Spezialversand für Herrenkleidung

Wachstum mit Zielgruppen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit Investitionen von 7 Mill. DM in neue Verwaltungs- und Versandgebäude zeigte die Walbusch Walter Busch GmbH & Co., Solingen, mitten in der Flaute Mut zu einem Engagement, das ohnedies als gefährlich gilt: im Handel mit Herrenbekleidung. Freilich: Das 1934 gegründete Unternehmen ist zum einen eines der mittelgroßen Spezialversandhäuser, zum anderen ausgerichtet auf den gehobenen Bedarf individuellen Zuschnitts mit einem breiten Spezialitätenprogramm für „Randzielgruppen", die für ein lokal begrenztes Angebot zu gering, für einen überregional tätigen Anbieter aber interessant sein können.

Thomas Busch, geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens, führt den Erfolg des Hauses, das mit 130 Mitarbeitern in den letzten vier Jahren seinen Umsatz auf 50 Mill. DM (1983) verdoppelt hat, auf konsequentes Zielgruppen-Marketing zurück: „Wir jagen nicht der heißen Mode nach, unsere Kunden, zu 85 Prozent Männer der gehobenen und höheren Einkommensschichten, wollen bei uns elegante Bequemlichkeit – auch in großen Weiten – kaufen."

Dabei ist es für Busch kein Widerspruch, daß seine rund 250 000 Kunden für Herrenhemden und -konfektion (auch nach Maß), Wäsche, Strickwaren, Strümpfe sowie Schuhe und Leder-Accessoires ausschließlich über Prospekt-Direktwerbung per Post gewonnen werden. Dreiviertel des Walbusch-Einkaufsvolumens stammten aus der Bundesrepublik. Die wichtigsten Importländer sind Großbritannien und die Schweiz.

Das neue computergesteuerte Lager, in dem 70 000 Hemden, 80 000 Konfektionsteile und 30 000 Strickartikel ständig vorhanden sind, verlassen pro Tag etwa 1200, in Spitzenzeiten 2500 Pakete und Päckchen.

CONDEA / Neue Anlage zur Herstellung von Tonerden für Katalysatoren

Anteil der Petrochemie verringert

KAREN SÖHLER, Hamburg

Mit kleinen Schritten verringert die Condea Chemie GmbH, Brunsbüttel, eine gemeinsame Tochter der Conoco Inc. und der Deutschen Texaco AG, die Abhängigkeit von der Petrochemie. Anfangs konzentrierte sich das Mitte der sechziger Jahre gegründete Unternehmen auf die Herstellung von Fettalkoholen auf der Basis petrochemischer Rohstoffe. Diese Vorprodukte werden vor allem in der Waschmittel- und Körperpflegemittelindustrie, aber auch in der Kunststoff- und Schmierölproduktion eingesetzt.

Im Mai 1980 erweiterte die Condea ihre Kapazitäten durch eine weitere Produktionsanlage, die aber nicht mit petrochemischen Rohstoffen beschickt wird, sondern mit „natürlichen" wie Koks- und Palmkernöl. Die Mütter des bedeutenden Fettalkohol-Herstellers hatten sich der Logik der sich stark öffnenden Rohstoff-Preisschere nicht verschließen können.

Den Willen zur größeren Unabhängigkeit von der Petrochemie dokumentierte in diesem Sommer die in Betrieb genommene Anlage zur Produktion von Tonerdehydraten. Bisher fielen die „hochreinen" Tonerden, verwandt für Katalysatoren, nur bei dem synthetischen Herstellungsprozeß der Fettalkohole an. Durch die Koppelproduktion war die Flexibilität in der Produktverfügbarkeit erheblich eingeschränkt. Die neue Anlage gewährleiste die Anpassung an die Anforderungen des Marktes und eine Verdoppelung der Kapazitäten auf 20 000 Tonnen pro Jahr, erklärte Condea-Chef Dietrich H. Rüss.

Die Gesellschaft, auf diesem Sektor weltweit nur mit Conoco und einem anderen amerikanischen Unternehmen konkurrierend, rechnet für die kommenden Jahre mit einem steigenden Bedarf an Katalysatoren – auch im Hinblick auf das bleifreie Benzin. Und je mehr Katalysatoren eingesetzt werden, desto stärker steigt der Verbrauch an hochreinen Tonerden.

In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung dieses anorganischen Zwischenproduktes innerhalb der Gesamtproduktion des Unternehmens erheblich an Bedeutung gewonnen. Nahmen die Tonerden zwischen 1974 und 1978 im Durchschnitt erst 6,5 Prozent des durchschnittlichen Gesamtumsatzes von 146,6 Mill. DM ein, so schätzt Rüss für dieses Jahr einen Anteil von 16,6 Prozent an einem voraussichtlichen Gesamtumsatz von 268,7 Mill. DM.

Wenn sich der anorganische Bereich weiterhin so positiv entwickelt, geht die Geschäftsführung davon aus, Ende der achtziger Jahre eine zweite Anlage zur unabhängigen Herstellung von Tonerden in Betrieb nehmen zu können. Daraus ergäbe sich erneut eine Investition von etwa 23 Mill. DM. Seit Bestehen hat das Unternehmen schon knapp 200 Mill. DM investiert, für die kommenden vier Jahre ist eine Summe von rund 54 Mill. DM veranschlagt.

Ein Blick auf betriebswirtschaftliche Daten der mit 60 Prozent Exportanteil – bei Tonerden mehr – und 372 Mitarbeitern arbeitenden Condea belegt den Erfolg. Eigenkapital etwa 50 Mill. DM, davon 40 Mill. DM Stammkapital, Eigenkapitalquote für 1983 geschätzt 35,5 Prozent, sowie ein Verkaufserlös pro Mitarbeiter, der in diesem Jahr voraussichtlich 715 000 DM erreicht.

Aktien kamen wieder in Fahrt

Sinkende Zinsen und schwächerer Dollar sorgten für Stimmung

DW. – Die in einigen europäischen Ländern sinkenden Zinsen und der weiter nachgebende Dollarkurs haben am Aktienmarkt zu einer merklichen Verstärkung der Anlagekäufe geführt. Die Börsenstimmung wurde gestützt durch die sich verdichtenden positiven Konjunkturprognosen. Zum erstenmal seit Tagen traten auch wieder größere Kaufaufträge aus dem Ausland ein. Da der Markt durch die vorangegangenen Verkäufe der Kulisse weitgehend geleert worden war, kam es in einigen Standardwerten zu kräftigen Kursanhebungen. Ausgenommen von der besseren Tendenz blieben erneut Bankaktien, die weiterhin unter der ungeklärten internationalen Schuldensituation leiden.

Das Geschäft hat sich inzwischen so verbreitert, daß von eigentlichen Anlageschwerpunkten kaum noch die Rede sein konnte. Größere Umsätze ergaben sich wieder in den Titeln der Großchemie, von denen sich Hoechst um 3 DM verbesserten. Überrascht hat das spekulative Interesse für Stahlaktien, wo Thyssen (plus 4,50 DM) und Hoesch (plus 2,80 DM) im Vordergrund standen. Versorgungswerte profitierten von den sinkenden Zinsen. RWE-Stämme wurden um 5 DM angehoben. Reger Handel in VW-Aktien, die sich um 3 DM verbesserten. Den Vogel schossen im Automobilbereich indessen Mercedes-Aktien mit einem Tagesgewinn von 8 DM ab.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt schlossen um 5 DM fester. Balcke Dürr erhöhten um 4 DM auf 140 DM und Didier St. um 3 DM auf 151 DM. Kromschröder verbesserten sich um 5 DM auf 170 DM und Riedel um 11 DM auf 376 DM. Nachgeben mußten Hochtief um 4 DM, Bilfinger um 3 DM und RT Rhenag um 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 130 DM und Allianz Vers. um 6,50 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte stiegen bis zu 5 DM. Von Neben- und Spezialwerten gaben Schwäb. Zellstoff um 7 DM auf 209 DM nach, Aesculap stiegen um 19 DM auf 309 DM, Bilfinger & Berger um 9 DM auf 224 DM. Von Hypothekenbanken Pfälz. Hypobank 528 DM (minus 7 DM), Versicherungen Aachener-Münchner Beteiligung 855,50 DM (plus 25,50 DM), Allianz-Leben 2760 DM (plus 60 DM).

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten um 7 DM auf 156 DM. Conti verbesserten sich um 1,50 DM. Von den Versorgungswerten legten NWK Vorz. 1,50 DM zu, HEW 1 DM. Beiersdorf wurden zu 339 DM (plus 3 DM) notiert. Für Markt- u. Kühlhallen wurden 282 DM bezahlt.

München: Agrob Vorz. erhöhten um 2 DM auf 332 DM und Deckel AG gaben um 2 DM auf 96 DM nach. Ekatit Riedinger stockten um 2,50 DM auf 85 DM auf. Gehe AG verloren 0,50 DM auf 219,50 DM. Leon. Draht erhöhten um 8 DM auf 319,50 DM und Würzburger Hofbräu gaben um 9 DM auf 346 DM nach.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 15 DM an und Koetitzer Leder wurden um 5 DM höher taxiert.

Nachbörse: freundlicher

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

London

	4. 10.	3. 10.
All. Breweries	142	146
Anglo Am. Corp. $	18,37	18,62
Anglo Am. Gold $	11,225	10,825
Babcock Int.	141	143
Barclays Bank	447	447
Beecham	315	315
Bowater	209	198
B. A. T. Industries	142	142
Br. Leyland	63	58
British Petroleum	432	434
Burmah Oil	162	165
Cadbury Schweppes	99	98
Charter Cons.	235	226
Cons. Gold. Fields	537	532
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	96	98
De Beers $	8,05	805
Distillers	217	214
Driefontein $	30,37	38,12
Dunlop	56	56

Mailand

	5. 10.	4. 10.
Bastogi	205	205,25
Breda	4299	4220
Carlo Erba	96,50	9460
Centrale	1721	1716
Fiat	3055	3005
Fiat Vz.	2120	2105
Finsider A	48	41
Generali	145300	143025
IFI Vz.	4763	4780
Italcementi	46600	46500
Italgas	1856	1048
Lepetit St.	26550	26330
Magneti Marelli	850	850
Mediobanca	67210	65250
Mondadori	2580	2580
Montedison	192	193,25
Olivetti Vz.	3205	3182
dgl. St.	3310	3290
Pirelli SpA	1530	1556
Rinascente	337	340
RAS	146050	146000
S. A. I.	12400	12400
SIP	1651	1651
Snia Viscosa	1140,50	1126
STET	1660	1660
Index	–	192,5

Optionshandel

Frankfurt: 5. 10.: 547 Optionen = 28 300 (20 550) Aktien davon 121 Verkaufsoptionen = 6900 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-50/35, 1-60/25, 1-65/21, 1-85/7,50, 4-95/5, Siemens 1-338,05/28, 1-360/14,60, 1-400/3,50, 4-360/22,20, 4-370/15,90, 4-380/13,85, 4-420/6, 7-380/15,60, Veba 1-170/10,40, 4-170/17, 4-180/10,50, 7-170/18, 7/180/14, BASF 1-149,30/10,50, 1-160/5, 4-150/13,10, 4-160/10, Bayer 1-156/5,90, 1-160/5,35, 4-150/16, 4-160/10, 4-170/7, Hoechst 1-150/16, 1-160/8, 4-170/7,40, VW 1-180/40, 1-190/33, 1-240/6, 4-230/18,60, Conti Gummi 1-120/4,90, 4-110/12,50, 4-120/8,15, 4-130/5,90, Lufthansa St. 1-130/4, 1-127,50/8,90, Vz. 1-130/6,50, Commerzbank 1-160/16, 1-170/10,20, 7-180/12,40, Dt. Bank 4-350/7,50, 7/350/14, 7/360/10, Dresdner Bank 1-200/2,60, 4-170/17, 7-190/9,50, Hoesch 1-90/13,50, 1-100/7, 1-110/4, 4-90/17, 4-100/11,40, Mannesmann 1-140/6,90, 4-130/19, 4-140/11,90, 4-150/5,50, 4-160/4, Thyssen 1-70/6,60, 4-70/10,50, 4-75/7,20, 4-80/5,30, 7-75/9, Bekula 1-100/6, 1-110/2,70, GHH Vz. 1-130/18, Kali + Salz 1-210/19,40, Karstadt 4-270/19,40, Kloeckner 1-40/2,50, MAN 4-140/15, Metallgesellschaft 4-210/20,50, RWE St. 1-170/7,60, 7-180/6,10, Chrysler 1-80/8, Xero 1-120/5, Royal Dutch 1-140/4,90, Elf 4-65/6,90, 4-70/5,50, 7-70/7, Norsk Hydro 1-200/11. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-80/2,40, 1-854,50, Siemens 1-340/3, Veba 1-170/3,20, BMW 1-390/13, VW 1-210/3,10, 4-210/3,60, 4-220/6, Conti Gummi 1-110/1,70, 4-110/2,85, Commerzbank 1-170/6,10, 4-170/7, Dt. Bank 1-300/6,10, 4-300/6,20, Dresdner Bank 4-180/12, Hoesch 1-85/1,60, 1-90/2,30, 1-95/3,50, 1-100/5, 4-95/3,80, 7-100/9, Mannesmann 4-130/4, 7-130/4,80, Preussag 1-260/4, Thyssen 1-70/1,85, 1-75/4, BBC 1-220/12, Daimler 4-570/6,40, Kali + Salz 1-220/14, Kloeckner 4-35/1,60, Alcan 1-100/8,40, Chrysler 1-75/3, Sperry Rand 4-120/10,80, Xerox 1-120/9,90, Philips 4-45/6, Royal Dutch 1-120/6,30, Elf 4-50/1,85, 4-60/7, Norsk Hydro 1-180/5, 1-190/10,80. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5½–5¾	3½–3¾
3 Monate	9¼– 9⅝	5⅞–6	3¾–4⅛
6 Monate	9½– 9¾	5⅞–6	4⅛–4⅜
12 Monate	9¾–10⅛	6⅛–6⅜	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1395,00	1727,10
10 US-Dollar (Indian)**)	625,00	809,40
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	588,50
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	228,14
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	229,00	282,72
Krüger Rand, neu	1025,00	1208,40
Maple Leaf	1025,00	1208,40
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	243,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	203,00	255,36
20 franz. Franken „Napoléon"	202,00	254,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	944,00	1140,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	430,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen

Eine fast sensationelle Kursentwicklung verzeichnete der US-Dollar über Nacht, nachdem er schon in New York unter Druck geraten war und am 5. 10. in Europa unter 2,5920 zurückgenommen wurde. Nach Gewinnmitnahmen und einem zwischenzeitlichen Anstieg auf 2,6030 wurden gegen Geschäftsschluß wieder Kurse um 2,5990 quotiert. Die amtliche Notierung lag mit 2,5965 um 1,26 Prozent niedriger als am Vortag. Über den Grund des starken Einbruches muß man rätseln. Wahrscheinlich ist er in der veränderten wirtschaftlichen Einschätzung der USA zu suchen, wozu sich nach Unterschreiten der Marke von 2,6150 kommerzielles Angebot gesellte. Mit Ausnahme des österreichischen Schilling hatten alle anderen amtlich notierten Währungen Kursverluste hinzunehmen. Auch die in den letzten Tagen favorisierten Währungen Schweizer Franken und Yen gaben nach. Für sieben amtliche Währungen wurden neue absolute Tiefstkurse festgestellt. US-Dollar in: Amsterdam 2,9115; Brüssel 52,9275; Paris 7,9335; Mailand 1574,80; Wien 18,2540; Zürich 2,0963; ir. Pfund/Dollar 3,101; Pfund/Dollar 1,4851.

Ostmarkkurs am 5. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 20,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Abschläge wurden am 5. Oktober etwas niedriger genannt. Die Deports für ff signalisierten eine leichte Zinserhöhung.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,50/2,40	4,78/4,58
Pfund/Dollar	0,015/0,03	0,08/0,09	0,13/0,18
Pfund/DM	1,80/0,40	4,10/2,70	7,20/5,80
FF/DM	29/13	84/68	166/160

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 10.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 5. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Renten zogen weiter an

Am Rentenmarkt setzte sich der Anstieg der Kurse fort. Öffentliche Anleihen wurden bis zu 0,35 Prozentpunkte heraufgesetzt. Wenn das Geschäft über die Börse relativ ruhig blieb, so wird dies mit der Neigung der Kreditinstitute begründet, die Nachfrage zunächst aus eigenen Beständen zu befriedigen. Gesucht waren deutsche festverzinsliche Papiere erneut aus dem Ausland. Davon profitierten auch die DM-Auslandsanleihen, die ebenfalls deutlich angehoben wurden. Pfandbriefe hatten an der besseren Tendenz nur partiell Anteil, so daß in deren Kursen ein gewisser Nachholbedarf entstanden ist.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Nach den deutlichen Verlusten am Montag schlossen am Dienstag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex fester. Zu erneuten Abschlägen kam es dagegen bei Silber. Während sich Kaffee in allen Sichten verbessern konnte, ging Kakao uneinheitlich aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	4. 10.	3. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	366,50	369,75
März	381,75	384,75
Mai	387,50	390,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	4. 10.	3. 10.
St. Lawrence 1 CW	237,20	237,79
Amber Durum	261,90	262,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	153,70	155,50
Dez.	157,80	158,30
März	164,50	165,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	132,30	134,20
Dez.	127,20	127,00
März	125,50	125,50
Hafer Chicago (c/bush)	4. 10.	3. 10.
Dez.	185,50	189,25
März	195,00	199,00
Mai	201,00	204,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	347,50	352,50
März	350,50	355,75
Mai	352,25	357,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 10.	3. 10.
Okt.	130,80	130,20
Dez.	132,40	132,20
März	135,70	135,40

Genußmittel

	4. 10.	3. 10.
Kaffee		
New York (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Dez.	140,88	137,80
März	136,40	133,50
Mai	132,30	130,25
Kakao		
New York ($/t)	4. 10.	3. 10.
Dez.	1985	1990
März	2013	2012
Terminkontr. Mai	2040	2035
Umsatz	4098	3696
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,90	10,88
März	11,40	11,20
Mai	11,78	11,58
Juli	12,07	11,90
Sept.	12,30	12,15
Umsatz	13 334	9 988
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 10. 9,85	3. 10. 9,54
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	4. 10.	3. 10.
Kontrakt Nov.	1859–1863	1838–1840
Jan.	1841–1843	1820–1822
März	1757–1758	1740
Umsatz	3852	–
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1474–1478	1480–1481
März	1470–1472	1474–1475
Mai	1479–1480	1485–1486
Umsatz	3423	2687
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	–	–
Dez.	180,50–182,00	174,75–175,50
März	190,25	184,30–184,50
Mai	194,50–195,00	189,50–189,75
Aug.	–	–
Umsatz	6272	4215
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 10.	3. 10.
schw. Sarawak spez.	250,00	247,50
weißer Sarawak	342,50	337,50
weißer Muntok	345,00	340,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Nov.	119,30	119,05
Jan.	114,40	114,40
März	112,50	112,80
Mai	112,20	111,85
Juli	111,60	111,85
Umsatz	150	175

Öle, Fette, Tierprodukte

	4. 10.	3. 10.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,50
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	29,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	29,85	31,00
Dez.	30,55	31,80
Jan.	30,57	31,55
März	30,35	31,30
Mai	29,60	30,80
Juli	28,85	29,80
Aug.	27,00	27,75
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	32,75	33,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	20,00	20,00
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	15,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	41,15	41,10
Dez.	40,80	40,75
Febr.	43,95	44,15
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	57,40	58,10
März	57,60	57,95
Mai	59,55	60,00
Rinder		
Chicago (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	50,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,80
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	830,00	860,80
Jan.	842,00	870,80
März	851,50	881,00
Mai	853,00	881,00
Juli	848,00	877,00
Aug.	821,00	844,00
Sept.	751,00	768,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Okt.	224,50	230,50
Dez.	228,80	235,00
Jan.	230,20	235,08
März	232,00	237,00
Mai	233,00	237,00
Juli	234,00	238,00
Aug.	226,00	227,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	4. 10.	3. 10.
Okt.	382,50	385,00
Dez.	390,10	393,50
März	402,00	405,50
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	4. 10. 41,00	3. 10. 42,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 10.	4. 10.
jegl. Herk. cif	1065,00	1100,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	625,00	640,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	665,00	680,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	202,00	208,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	840,00	920,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	319,25	322,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	4. 10.	3. 10.
Baumwolle		
New York (c/lb)	4. 10.	3. 10.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	74,85	75,50
Dez.	76,55	77,30
März	78,16	78,75
Mai	79,10	79,75
Juli	79,50	80,40
Okt.	64,55	75,00
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS–1	60,00	60,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	4. 10.	3. 10.
Okt.	416–429	429–430
Dez.	421–425	423–425
Jan.	421–422	421–423
Umsatz	54	67
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	4. 10.	3. 10.
Okt.	46,30	46,30
Dez.	46,00	46,00
März	46,30	46,30
Mai	46,60	46,60
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	4. 10.	3. 10.
Okt.	547,0–560,0	geschl.
Dez.	564,5	geschl.
März	538,0–583,5	geschl.
Umsatz	81	–
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	4. 10.	3. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	4. 10.	3. 10.
Okt.	13 555	13 530
Nov.	13 600	13 575
Kautschuk		
London (p/kg)	4. 10.	1. 10.
Nr. 1 RSS loco	77,50–78,50	77,00–78,25
Nov.	77,80–80,00	76,50–78,00
Dez.	77,80–78,40	77,00–77,40
Jan/März	78,70–78,80	77,70–77,40
Tendenz: stetig ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	4. 10.	3. 10.
Nr. 1 RSS loco	252,50–253,50	251,50–252,50
Okt.	253,00–254,00	252,75–253,25
Nov.	257,00–258,00	255,50–258,25
Nr. 2 RSS Okt.	249,00–250,00	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Okt.	245,50–248,50	245,50–248,50
Nr. 4 RSS Okt.	239,00–240,00	239,00–240,00
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 10.	4. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	102,85–102,95	106,28–106,48
drittfolg. Monat	106,72–105,81	109,97–110,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	212,66–212,85	215,67–216,06
drittfolg. Monat	218,65–218,84	221,89–222,08
Produz.-Preis	288,84	231,75
Feinzinn 99,9%	3626–3682	3609–3644

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 10.	4. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	372,98–375,29	379,85–382,18
Blei in Kabeln	110,50–111,50	112,00–115,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 10.	4. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	342–350	346–356
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	383–390	388–394
MS 63	386–390	391–395

Zinn-Preis Penang

	4. 10.	1. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,80	29,80

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 10.	4. 10.
Leg. 225	1. 10. 445–453	445–456
Leg. 226	447–455	447–460
Leg. 231	495–497	497–500
Leg. 239	495–497	497–500

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 10.	4. 10.
Platin (DM je g)	35,15	35,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 850	33 [illegible]
Rücknahmepr.	32 100	32 [illegible]
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 820	33 580
Rücknahmepr.	31 840	32 540
verarbeitet	34 450	35 220
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 465	33 235
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	826,80	865,70
Rücknahmepr.	797,70	864,40
verarbeitet	883,20	935,40

Internationale Edelmetalle

	5. 10.	4. 10.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	388,75	392,75
15.00	389,50	393,50
Zürich mittags	387,75–388,50	393,50–394,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 000	102 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	655,35	706,80
3 Monate	670,15	723,40
6 Monate	685,05	738,75
12 Monate	717,15	775,75
Platin (£-Feinunze)	4. 10.	3. 10.
London fr. Markt	289,15	291,90
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	93,05	91,15

New Yorker Preise

	4. 10.	3. 10.
Gold H & H Ankauf	393,50	[illegible]
Silber H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	421,00–[illegible]	421,00–[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	136,00–[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	130,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1011,00	[illegible]
Nov.	1017,00	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Umsatz	33 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

	4. 10.	3. 10.
Kupfer (c/lb)		
Okt.	[illegible]	[illegible]
Nov.	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Umsatz	14 [illegible]	[illegible]

Londoner Metallbörse

	5. 10.	4. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1035,5–1037,5	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	[illegible]

Dicke Hunde, kleine Fische

ne – … und schon stolpert man wieder über diese Wendung: „Dank des heißen Drahtes ist es ihm gelungen …" Ist dies vielleicht ein fernes Echo jener Initiative, die sich vor Jahren einmal die Rettung des Genitivs aufs sprachbewußte Banner geschrieben hat? Damals, als man noch stutzte, wenn jemand wegen dem schönen Wetter ins Schwimmbad ging und trotz dem drohenden Regen keinen Schirm mitnahm? Vielleicht empfindet man den Dank *plus Genitiv* als Wiedergutmachung an jene grammatikalischen Schnitzer, die unbekümmert und mit keinem Gedanken an Karl Kraus den zweiten und den dritten Fall miteinander vertauschten. Konsequenterweise danken wir nicht länger dem Wohltäter, sondern des Gönners.

Das macht doch keinen Sinn, oder? Halt, da ist ja schon der nächste Schnitzer. Modisch flott, anglistisch angehaucht (ja, damit kann man immer noch protzen als vermeintlicher Polyglott, der seinen living-room jetzt mit air condition ausgestattet hat) hat sich da ein syntaktisches Gebilde eingeschlichen, das bei uns eigentlich gar nichts zu suchen hat. Wer oder was kann denn schon *Sinn machen?* Entweder es hat Sinn – als permanente Eigenschaft –, oder es hat keinen. Die Macher sind hier überhaupt nicht gefragt.

Nun wollen wir uns aber gar nicht dem Verdacht aussetzen, oberlehrerhaft zu sein. Weil, das ist ja nicht der Sinn der Sache. Trotzdem es manchmal schwerfällt, zu schlukken, was da an einem Tag an dicken Hunden zusammengeplaudert wird und trotzdem das ja alles kleine Fische sind im Vergleich zu dem Jargon, den die Hoffnung und Zukunft des Staates sich zusammengeschustert hat. Ganze Bücher werden ja schon darüber geschrieben. Das beweist immerhin, daß wir in einer lebendigen Sprachgemeinschaft leben. Manch einer, der über die ollen Römer schimpft, wird das zu schätzen wissen. Und immerhin kam ja schon der sprachgewandte Professor Higgins (zwar noch nicht bei Shaw, aber später, als er das Singen gelernt *hatte*) auf den Trichter: „Die Sprache macht den Menschen, die Herkunft macht es nicht."

„Orfeo": Wie ein neues deutsches Plattenlabel in den Welterfolg startet

Ehrlicher Rivale für Piraten

Die Schallplattenindustrie steckt in der Krise: Rückläufige Umsätze und Gewinneinbrüche auf der einen Seite, das Drängen riesiger Investitionen in neue Produkt-Technologien andererseits. Die Schere ist so eng geworden, daß sogar schon das angebotene Repertoire schrumpft, vor allem die Neuveröffentlichungen. Daß die Nachfrage nach Klassik-Platten relativ stabil ist, hilft wenig. Wirtschaftlich ist die Klassik eine Quantité negligable, oft genug der Alimentation aus dem Pop-Sektor bedürftig. Wo der nichts mehr bringt, muß dann auch die Klassik Federn lassen. Die Bertelsmann-Tochter Ariola hat ihre Klassik-Produktion schon eingestellt.

Ausgerechnet in dieser Tristesse hat im vergangenen Jahr ein junges Produktionsteam gewagt, ein neues Klassik-Label zu gründen: „Orfeo". Was niemand für möglich gehalten hatte, geschah dennoch: Der Außenseiter schwang sich zum Höhenflug auf. In den Vierteljahreslisten des Preises der Deutschen Schallplattenkritik etablierte sich der Neuling auf Anhieb. Es folgte der „Deutsche Schallplattenpreis" in mehreren Sparten. Und vor ein paar Tagen konnte man in Montreux den „Prix Mondial du Disque" für Schuberts „Lazarus" in Empfang nehmen.

Diese Erfolgsstory hat eine ganze Reihe von Gründen, und jeder davon deckt zugleich eine Schwachstelle der marktbeherrschenden Plattenkonzerne wie Polygram, Thorn-EMI oder CBS auf. Orfeo ist ein Label von Fans für Fans. Der Orfeo-Gründer Axel F. Mehrle (36) ist, obzwar ein vielseitiger Geschäftsmann, deutlich Musikliebhaber, nicht bloß gewiefter Produktmanager. Er hat ein Faible für bestimmte Interpreten wie etwa Fischer-Dieskau, Sawallisch oder Margaret Price, denen die musikalische Seriosität vor PR-Rummel geht. *Er mag Musik abseits des Mainstream:* Lieder, vergessene Opern, abseitige Sinfonik, ausgefallene Solo-Literatur, stößt damit todsicher in die reichlichen Marktlücken.

Orfeo nutzt eifrig die Kooperationsmöglichkeiten mit dem Rundfunk. Im günstigsten Fall bedeutet dies, daß man das Resultat, eben eine fertige Radioaufnahme, kennt, bevor man es in die Plattenproduktion übernimmt. Genommen wird eben nur, was den Ansprüchen genügt.

Da es in solcher Konzeption Exklusiv- oder Paketverträge nicht gibt, ist man auch gegen die gelinden Erpressungen von Künstlern gefeit, die eben das eine Stück nur spielen wollen, wenn sie das andere spielen dürfen, ohne Rücksicht auf Gelingen und Marktchancen.

Der Orfeo-Katalog gleicht denn inzwischen tatsächlich einer musikalischen Blütenlese: Margaret Price' sensationelles Lied-Debüt mit Schubert (begleitet von Sawallisch), dem eine sängerisch kaum mindere Schumann-Aufnahme folgte; Fischer-Dieskau mit seltenen Pfitzner-Liedern; Kurt Moll mit fast völlig unbekannten Baß-Liedern von Schubert. Folgen sollen in der Sparte Lied Aufnahmen Edita Gruberovas, eine Baß-„Winterreise" mit Moll, Ravel von Fischer-Dieskau, Kinderlieder von Lucia Popp.

In der Oper liegen Trouvaillen wie Glucks „Alceste" unter Serge Baudo vor, wiederum mit Kultgestalten wie Nicolai Gedda und Jessye Norman, Strauss' „Arabella" und Egks „Peer Gynt" unter Sawallisch oder sogar die „*Bohème*" von *Ruggiero Leoncavallo*. Die nächsten Katalog-Erweiterungen gelten Wagners „Feen", Verdis „Alzira" und Glucks „Iphigenie auf Tauris".

Fast noch witziger mag es sein, auf die Pirsch nach versteckter Instrumentalliteratur zu gehen, wobei man sich die „Jagdmusik für originale Parforcehörner" gleich als passende Begleitmusik zu denken hat. Aufzustöbern sind da etwa die vier Flötenkonzerte des Mozart-Freundes Franz Danzi, superbe Klassik bester Mannheimer Schule (mit Andras Adorjan) oder eine Huldigung von Flöten-Meistern wie Adorjan, Bennett, Burkhard, Debost, Grafenauer und Nicolet an Theobald Böhm, den Vater der modernen Querflöte.

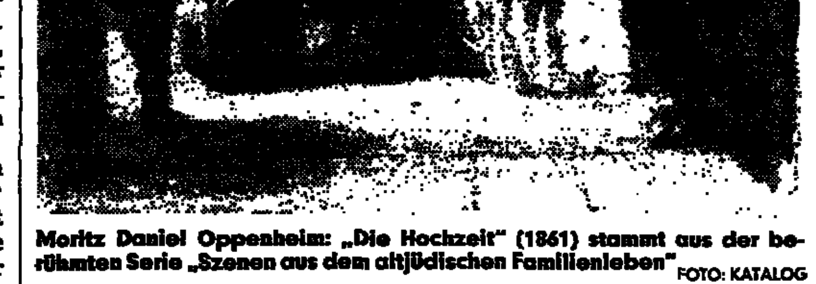
Damit es nicht bloß bei akademischer Lust bleibt, offeriert Orfeo auch Scheiben, die auf den ersten Blick nach populärer 08/15-Ware aussehen, etwa Verdi-Duette für Tenor und Bariton. Aber gesungen von Carlo Bergonzi, dem unvergleichlichen Stimmtechniker, und Fischer-Dieskau, dem großen Musikdramatiker, wird doch ein Schuh daraus: Die Begegnung zweier ganz unterschiedlicher Verdi-Schulen, die nicht länger aneinander vorbeisingen, sondern sich gegenseitig inspirieren zu einem blitzend geistvollen musikalischen Gefecht.

Bei einem auf über hundert Titel anschwellenden Katalog muß es auch Schwächen geben. Nicht ganz überzeugend steht Orfeo mit der Standard-Sinfonik und den großen Instrumentalkonzerten da. Wo sie überhaupt angeboten werden – Mozarts späte Sinfonien mit den Bambergern unter Jochum, Bruckners sechste mit dem Bayerischen Staatsorchester unter Sawallisch oder Ravels Klavierkonzerte mit Kun Woo Paik und den Stuttgarter Radio-Sinfonikern unter Bertini – da bedienen sie doch allzu spezielle Gefolgschaften und können kaum gegen das Konkurrenzangebot aufkommen. Ähnliches gilt auch für einige Klavier- und Quartettplatten. Immerhin aber bietet Orfeo da jungen, vorwiegend deutschen Interpreten bzw. Formationen wie Gerhard Oppitz, Oleg Maisenberg, Olaf Dressler oder dem Brandis-Quartett Aufnahmemöglichkeiten, die ihnen von den *Branchenführern verwehrt werden*.

Im Grunde also verfolgt Orfeo ein Konzept, wie es die „Plattenpiraten" auf unehrliche Weise schon längst tun: Antworten auf ganz gezielte Nachfrage nach Interpreten oder Werken durch Auswertung von Radiobändern. Das für den Absatz wichtige Markenbewußtsein (Gelbetikett, Terrier vorm Grammophon-Trichter) versucht auch Orfeo zu etablieren. Im Namenssignet windet sich ein Violinschlüssel durch das „f", die saphirblauen Plattentaschen sind ganz einheitlich mit Gemäldereproduktionen illustriert.

Entgegen der Marktprognosen der Großen honoriert der Käufer offenbar doch den rigorosen musikalischen Anspruch des Labels. Jedenfalls schreibt man schon schwarze Zahlen, der Absatz in Frankreich übertrifft mittlerweile den in der Bundesrepublik. Den Schritt auf die Übersee-Märkte Japan und USA wagen die Münchner in diesen Tagen. Ein zweites deutsches Weltmarkt-Label: Damit wäre die Sensation perfekt.

REINHARD BEUTH



Moritz Daniel Oppenheim: „Die Hochzeit" (1861) stammt aus der berühmten Serie „Szenen aus dem altjüdischen Familienleben" FOTO: KATALOG

Moritz Daniel Oppenheims Werk in Jerusalem

Rothschilds Porträtist

Der deutsch-jüdische Maler Moritz Daniel Oppenheim, geboren 1800 im jüdischen Getto zu Hanau, gestorben 1882 in Frankfurt als Bürger der Freien Stadt Frankfurt, hat der Nachwelt mehr überlassen als nur seine zahlreichen Gemälde, Zeichnungen, Porträts und Skizzen, die ihm neben der seltenen Erteilung der Professur schon zu Lebzeiten Erfolg und Ruhm einbrachten. Als erster Jude fand er aus dem Getto heraus in der Hanauer Kunstakademie Aufnahme, ohne die sonst obligate Vorbedingung der Taufe erfüllt zu haben. Als Vorkämpfer der Emanzipation ist er auch neben seinen Zeitgenossen Heine, Ludwig Börne und Mendelssohn bedeutsam für die Geschichte der Juden in Deutschland.

Das Israel Museum in Jerusalem ehrt sein Andenken nun mit einer großen Ausstellung seiner Werke. Sie zeigt neben Oppenheims künstlerischem Oeuvre auch Skizzenbücher und zahlreiche Briefe und Dokumente. Es ist die erste umfassende Übersicht seit der Ausstellung des Frankfurter Kunstvereines im Jahre 1900. Die Ausstellung wurde jetzt möglich, weil 1958 Moritz Oppenheims Enkel Alfred den Nachlaß seines Großvaters – zahlreiche Zeichnungen, Ölskizzen, Fotografien, Drucke und umfangreiches Schriftgut – dem Bezalel Museum schenkte, das heute im Israel Museum integriert ist. Die Kuratorin der Ausstellung, Frau Elisheva Cohen, selbst gebürtige Hanauerin, fand im Frankfurter Stadtarchiv zusätzlich wichtige Dokumente, darunter die zahlreichen Anträge Oppenheims auf Erteilung des Bürgerrechtes. Auch das Hanau Archiv, das Museum Hanau, das historische Museum in Frankfurt, das Wallraf-Richartz-Museum in Köln, das Kunstmuseum Düsseldorf, die Hamburger Kunsthalle und andere Museen und private Sammler haben die Ausstellung mit Leihgaben bereichert.

Oppenheim war ein sehr produktiver Künstler. Neben den Porträtzeichnungen der Rothschild-Familie und anderer berühmter Zeitgenossen wie Heine, Ludwig Börne, Mendelssohn sind auch seine in Rom unter dem Einfluß der Nazarener gemalten Werke und seine „Szenen aus dem altjüdischen Familienleben" berühmt geworden. Deshalb hob Israels Kultusminister Zevulun Hammer bei der Eröffnung hervor: „Für uns, die späteren Generationen, die wir das Herkunftsland unserer Väter nicht kennengelernt haben, stellen diese Bilder ein besonders wertvolles Erbe dar, aus dem wir ersehen können, wie unsere Väter lebten."

Als Moritz Daniel Oppenheim 1882 im hohen Alter von 82 Jahren in Frankfurt starb, war er noch immer tätig. Auf seiner Staffelei befand sich eine Kopie seines Gemäldes „Die Hochzeit", an der er gerade arbeitete (Bis 10. Januar. Katalog, eng. und hebräisch: IS 850, ca. 40 Mark).

ILANA BRÜNELL



JOURNAL

Fachtagung über europäische Kulturpolitik

DW. Bonn

Unter dem Titel „Europäische Kulturpolitik – eine vielfältige Aufgabe" findet vom 9. bis 12. Oktober, von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet, auf Schloß Eichholz bei Bonn eine Fachtagung statt. Sie soll klären helfen, was unter „europäischer Kulturpolitik" zu verstehen und wie sie – jenseits aller rhetorischen Pflichtübungen – in die Praxis umgesetzt werden kann. Deshalb werden Politiker, Schriftsteller und die Vertreter der großen Kultur-Stiftungen sich mit Vorträgen und Diskussionen an der Tagung beteiligen.

Franzosen restaurieren am „Yuanmingyuan"

AFP, Peking

Französische Experten werden am Wiederaufbau des im 18. Jh. errichteten und von ausländischen Truppen im 19. Jahrhundert fast völlig zerstörten ehemaligen Sommerpalastes bei Peking, des „Yuanmingyuan", teilhaben. Eine dreiköpfige Delegation französischer Experten unter Leitung der Pariser Restauratorin Michele Pirazzoli fuhr unlängst nach Peking, wo mit der chinesischen Seite die Einzelheiten vereinbart wurden. Danach werden die Franzosen die Aufgabe haben, die Baupläne der westlichen Paläste des Bauwerks nachzuzeichnen, während die chinesischen Restauratoren die Pläne für die chinesischen Stilbauten in dem sogenannten „Garten des ewigen Frühlings" erstellen werden. Die erste Phase, die insgesamt drei Jahre in Anspruch *nehmen wird, betrifft nur die Gärten* der Anlage. Die vollständige Restauration des „Yuanmingyuan" wird zwischen 15 bis 20 Jahren dauern.

Maler und Zeichner aus Dresden

DW. Ravensburg

Der „Dresdner Mal- und Zeichenkunst vor 1945 und danach" ist eine Ausstellung der Ravensburger Galerie Döbele vom 8. Oktober bis zum 26. November gewidmet. Sie zeigt an dreihundert Beispielen einen Überblick von den berühmten Dresdner der Zwischenkriegszeit (Dix, Felixmüller, Hassebrauk) bis zu den Exponenten der Nachkriegskunst (Querner, Richter, Rudolph, Lachnit). Die Ausstellung wird während des Internationalen Kunstmarktes in Köln (12. 11. bis 17. 11.) und anschließend in Pforzheim (29. 1. bis 11. 3.), Offenburg (5. 4. bis 30. 4.) und Singen (4. 5. bis 3. 6.) zu sehen sein.

Entdeckung eines „Tals der Dinosaurier"

AFP, Brasilia

Im Nordosten Brasiliens haben Paläontologen zahllose „frische" Spuren von Dinosauriern entdeckt. Sie sind 130 Millionen Jahre alt und führen ins „Tal der Dinosaurier" im Bundesstaat Paraiba. „Etwa 50 Arten lebten einst in dieser Region", erklärte der italienische Pater Guiseppe Leonardi, der seit acht Jahren im Auftrag des brasilianischen Wissenschaftsrates in dem Gebiet arbeitet und jetzt die längs erhaltene Dinosaurierspur fand. Sie ist 46 Meter lang. Die Forscher haben eine Ähnlichkeit der fossilen Spuren mit denen in der Tenere-Wüste im westafrikanischen Staat Niger entdeckt. Sie glauben, daß vor der Trennung der Kontinente Afrika und Amerika vor rund 90 Millionen Jahren Wanderungen stattgefunden haben.

Meret Oppenheim 70

„Man sollte sich stets daran erinnern, daß es Eva war, die zuerst vom Baum der Erkenntnis, also des bewußten Denkens, gegessen hat. Die Freiheit wird einem nicht gegeben, man muß sie sich nehmen." Diesen Prinzipien, die sie 1967 anläßlich ihrer großen Retrospektive im Moderna Museet in Stockholm in ihrer Eröffnungsrede verkündete, ist Meret Oppenheim, die heute 70 Jahre alt wird, ihr Leben lang treu geblieben. Die Schweizerin, die – kaum neunzehnjährig – nach Paris ging und dort bald Anschluß an den Surrealistenkreis um Magritte, Max Ernst, Dali, Man Ray und später auch Marcel Duchamp fand, wurde 1936 schlagartig durch ihr „Déjeuner en fourrure", die Pelztasse, berühmt. Sie liebte es immer, solche zwiespältigen, fetischartigen Objekte zu schaffen. Und auch ihre Gemälde waren stets vielschichtig, voller erotischer Anspielungen. Sie war – und ist noch heute – eine Künstlerin, die überrascht, fesselt und fasziniert.



Meret Oppenheim

P. J.

Frei Otto in Moskau

Die Natur, ein Vorbild der Baukunst

Zum zweiten Male ist der Stuttgarter Architekt Frei Otto mit einer *Ausstellung in Moskau vertreten*. Ging es vor fünf Jahren allein um seine Entwürfe, so gelang diesmal eine harmonische Gemeinschaftsschau deutscher und sowjetischer Architekten zu den Stichworten „Natürliche Konstruktionen, Leichtbau in Architektur und Natur". Beide Seiten arbeiten seit über zwanzig Jahren an eng verwandten Aufgaben. „Wir nutzen die Formbildung in der lebenden Natur für die Baukunst." So faßt Jurij Lebedjew die Zielsetzung der von ihm geleiteten sowjetischen Gruppe „Architektonische Bionik" zusammen.

Frei Otto setzt den Akzent etwas anders, er verweist auf das Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Um die besiegte und geschädigte Natur zu erhalten und zu pflegen, müsse „mit minimalem Einsatz von Masse und Energie" gebaut werden. Als „natürliche Konstruktionen" betrachtet er „alle Objekte in Natur und Technik, die vom Prinzip Leichtbau geprägt sind". Die Gestaltung der Münchner Olympiabauten ist wohl die bekannteste Verkörperung dieser Grundsätze. Sie sind weit davon entfernt, die Wirklichkeit des Bauens zu bestimmen oder auch nur maßgeblich zu beeinflussen. In der Sowjetunion zeigen sich die Auswirkungen „sehr langsam", formulierte Frei Otto in Moskau behutsam. Hier sei besonders viel Geduld erforderlich.

Um so eindrucksvoller fand er die große Zahl und Vielfalt entsprechender Entwürfe sowjetischer Architekten. Sie lassen sich als Drehkörper, bewegliche Stabwerke, Falt- und pneumatische Konstruktionen unterscheiden, wobei einige Modelle durchaus praktische Bedeutung haben. Das gilt auch für Arbeiten mit Zeltmembranen, während andere, etwa spiralförmig gedrehte Turmhäuser oder der gleichfalls an pflanzlichen Vorbildern orientierte Entwurf einer Hochhausanlage mit 300 Geschossen, ziemlich utopisch wirken.

Viele Fragen des biologisch orientierten Bauens haben noch keine befriedigenden Antworten gefunden, räumten beide Seiten ein. Ein mehrtägiges Symposium im Schussew-Museum für Architektur, dem Ort der Ausstellung, dient deshalb dem Erfahrungsaustausch. Für die Besucher wäre der dreisprachige Katalog aus der Bundesrepublik, der die Objekte und Bilder fast lückenlos wiedergibt, ein vorzügliches Studienmaterial. Aber schon bald nach der Eröffnung gab es ihn nicht mehr.

FRIED H. NEUMANN

Stuttgart: Hans Günter Heyme inszeniert „Die Perser" von Aischylos

Verzückte Mädchen im Waffenrock

Aischylos machte einst mit seinen „Persern" die Griechen betroffen, weil er den Untergang der persischen Streitmacht aus dem Mund und der Sicht der Perser darstellte, statt die Besiegten zu verhöhnen. Der ursprüngliche Siegesjubel des Chors *schlägt nach bösen Traumgesichten* der Königinmutter Atossa und unter dem Bericht eines Boten in schreckliche Trauer um, allerdings auch in die Einsicht, daß der griechische Sieg ein Sieg freier Männer über asiatische Sklavenheere war.

Der heimkehrende Xerxes jammert und läßt sich vom Volk beschimpfen. In der Neuinszenierung des Stücks im Staatstheater Stuttgart kommt dann eine Zutat der Regie: Die Chormädchen *formieren* sich wie am Anfang und preisen unter den Reichskriegsflaggen die persischen Helden, als ob sie noch lebten und gerade am Siegen wären. Die Deutschen haben also noch nicht genug.

Die Deutschen? Ja, Xerxes trägt auf dem Ärmel seines schwarzen Ledermantels eine Art Nazivogel. Es geht also um uns.

Wir waren das Sklavenvolk, das von freien Männern besiegt wurde; wobei die Sowjetvölker auszuklammern oder als zeitweilig „freie" Vaterlandsverteidiger zu denken sind. „Meinem Stamme zum Unglück wurde ich geboren", ruft Xerxes verzweifelt. Immerhin war er Erbkönig. Es war also nicht so, daß freie Perser sich einem genialen Taugenichts untergeordnet hätten – da verläuft sich jeglicher aktualisierende Sinn des vaterländischen Aischylos-Stückes.

Doch war die Inszenierung Heymes von unüberbietbarer Schönheit. Choreographie, Musik (Peer Raben), Licht (Uwe Belzner), im Verein mit der schlichten und doch raffinierten Bühne (Wolf Münzner), ergaben in dem von James Stirling erbauten neuen Kammertheater ein vibrierendes Stück, das man dem statuarischen Aischylos-Text nicht zugetraut hätte. So etwas kann nur Heyme, daran gibt es nichts zu rütteln.

Margit Carstensen als Atossa chargierte zwar wieder etwas zu sehr in ihrer Pose der großen Tragödin, aber das vertrug der hohe Ton der textgetreuen Darbietung der Schadewaldt-Übertragung. Wolfgang Robert als ungeschminkt berichtender Bote war glänzend, Peter Kaghanovitch als Xerxes, trotz rasend orientalischer Klagelallerei, im Unglück standhaltend. Franz Boehm als zunächst hadesumnebelter, dann immer wacherer Richter wurde unerklärlicherweise vom Publikum anfangs ausgelacht.

Den Schmelz der Aufführung lieferten die Mädchen des Chors, die einzeln in verzückter erotischer Be*geisterung ihre Helden priesen*, in wundervoller Choreographie sich verstreuten und vereinten, manche Stellen sangen, andere geschlossen und hart vortrugen. Und das alles von collagierten, zu Rockmusik verfremdeten Opernfanfaren durchschossen und mit raffinierter Lichtregie überschüttet – alles zum Küssen herrlich.

Ich ließ mir sagen, die Aufführung gehöre zum Gesamtplan der Nazi-Aufarbeitung, wozu auch der Rommel-Plan (ein Stück über den Wüstenfuchs noch in dieser Spielzeit) zu rechnen sei. Nun ja. Großer Beifall.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

John Badhams Film „Wargames – Kriegsspiele"

Joshua, bitte kommen!

Die – ziemlich spannende – Geschichte beginnt freundlich-harmlos und nur ganz leicht computerkriminell. David Lightman, 16 Jahre alt (und von Matthew Broderick vorzüglich gespielt), ist ein intelligenter Computerfan. Mit Telefon und Heimcomputer zapft er ebenso die PanAm an wie den Datenspeicher seiner Highschool, und es ist kein Problem für ihn, fernelektronisch seine und seiner Freundin Biologienoten zu korrigieren.

Durch Zufall gerät er eines Tages an den Computer Joshua und fängt an, mit ihm das Spiel „Weltweiter thermonuklearer Krieg" zu spielen. Aber bald und fast zu spät muß er erkennen: Joshua ist nicht irgendein Computer, sondern das Herz und Hirn von NORAD („North American Aerospace Defense Command") des US-Verteidigungsministeriums, seit Jahren damit befaßt, die Weltlage zu sondieren und aus ihr die Strategie eines dritten Weltkrieges zu errechnen; und er ist gewillt, das Spiel gnadenlos zu Ende zu führen. Erst in der letzten Minute, als die Bomber schon in Startposition stehen und die Finger der NORAD-Offiziere auf den Atomraketenabschußknöpfen liegen, lernt er in einem Intensivkurs, daß es, woher der Erstschlag auch immer kommen mag, hier keinen Gewinner geben kann.

Es wird dem nachdenklichen Zuschauer, der *selbst kaum fähig ist*, mit seinem Taschenrechner vierzehn Prozent Mehrwertsteuer auszuknobeln oder seinen Videorecorder auf die „Sendung mit der Maus" zu programmieren, nicht alles klar: Wie man mit Hilfe eines Bierdosenverschlußrings gratis nach Seattle telefoniert; was Joshua auf die Idee bringt, daß die Russen immer neue Raketengeschwader schicken, obwohl doch schon längst keiner mehr mit ihm spielt; warum der General so reagiert, als sei die russische Offensive *Wirklichkeit*, obgleich alle wissen: Jemand hat von außen eine Angriffssituation in unseren Computer eingespeist, wie das FBI auf David kommt und wozu der eigens den Joshua-Erfinder *Dr. Falken holt, der dann* an Ort und Stelle hauptsächlich weise lächelt; und ob man sich tatsächlich einfach in fremde streng geheime Software hineintelefonieren kann.

Aber warum auch nicht? Immer wieder liest man von ruchlosen Spezialisten, die Bankcomputer überreden, ihnen was in die Schweiz zu überweisen, und stets, sagt ein Programmierer im Wargames-Film, gibt es, wenn man von vorne nicht in den Computer reinkommt, eine Hintertür, die offensteht.

So wird's schon ungefähr so gehen können; Fälle ähnlicher Art soll es sogar schon gegeben haben. Und so hat das Fazit, das der Film zieht: Setzt Menschen statt der Computer ein, sicherlich etwas für sich. Im Vorspann sieht man's: Bei einem – von den Männern für Wirklichkeit gehaltenen – Probealarm haben immerhin zweiundzwanzig Prozent der zuständigen Offiziere den Schlüssel, der den Atomangriff auslöst, befehlswidrig nicht gedreht. Um fast ein Viertel also wäre die Menschheit besser dran ohne Computer. Die Steigerung der Chancen um die restlichen achtundsiebzig Prozent würde freilich noch andere Maßnahmen erfordern.

Korrigiert fernelektronisch seine Biologienoten: Matthew Broderick als Computerfan David in Badhams Film „Wargames" FOTO: UIP

LUDWIG MERKLE

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Politische Meinung

Legende vom Sonderweg

Wir haben vor kurzem auf den beachtlichen, von Werner Ross geleiteten Kulturteil der CDU-Zweimonatsschrift „Die politische Meinung" (Bonn, Godesberger Allee 157) hingewiesen. Nun hat der Redaktionsleiter, Ludolf Herrmann, in Nr. 209 eine grundsätzliche Stellungnahme zur vielbesprochenen „Wende" veröffentlicht, die in der Meinungsbildung der wichtigsten Bonner Regierungspartei eine revolutionäre Wendung darstellt.

Der Aufsatz ist um so wichtiger, als kühnes Voranpreschen nicht die Art des intelligenten Schreibers Herrmann ist. Er ist der Typ des Journalisten, der einen lange angestauten Unmut im richtigen Moment überlegen zu formulieren versteht. Fast jeder vernünftige Beobachter der Politszene spürt, daß mit dem zur Gewohnheit gewordenen „Antifaschismus", wie ihn die Revolte von 1968 hinterlassen hat, etwas nicht stimmt. Wer genau hinhört, merkt, daß es gar keine Anti-Haltung gegen Hitler ist, sondern eine gegen den Staat und gegen die Gesellschaft, welche sich die in der Bundesrepublik lebenden Deutschen geschaffen haben. Hitler ist für die Erfinder dieses besonderen „Antifaschismus" ein Göttergeschenk: hinter seinem Rücken versteckt können sie einen Feldzug führen, den sie offen nie wagen würden.

Der Trick ist, daß man ein Bild des Dritten Reiches zeichnet, das es in dieser Form nie gegeben hat. Vor etwa zehn Jahren hat das ein wagemutiger Publizist in die Formel gefaßt, das Dritte Reich sei zu einem erheblichen Teil ein normaler Staat wie jeder andere gewesen, und das, was davon abgewichen sei, habe meist heimlich vollzogen werden müssen. Der Vorstoß ging im sofortigen Sperrfeuer der Interessierten unter.

In seinem Aufsatz „Hitler, Bonn und die Wende" formuliert Herrmann, gestützt auf Autoren wie die schwedische Deutschlandkennerin Eberan oder George L. Mosse, diese Einsicht nun weniger mißverständlich: „Das Dritte Reich pflegte im großen und ganzen die bürgerlichen Gesinnungen und Gesittungen, wie sie sich etwa vom Beobachtungsposten Potsdam aus ansahen." Das Dritte Reich habe „dort, wo es für seine Herrschaftszwecke notwendig war, Mythen und Kulte gefördert und Feindbilder bis in die schauerlichsten Extreme hinein gezeichnet. An anderen Stellen jedoch wurden Anleihen bei preußischen, humanistischen und sogar christlichen Wertvorstellungen genommen, wie sie oh*ne weiteres mit einer Zustimmung* durch die große Mehrheit der Deutschen rechnen konnten."

Wichtig ist dabei der Zusatz: „Das Problem war nicht die Zerstörung der gewachsenen Traditionen, sondern deren Sequestrierung … Die gesellschaftliche Dynamik konzentrierte sich ganz und gar auf die technische Entwicklung und die imperialistische Außenpolitik, während das kulturelle und soziale Leben auf einen äußerst reduzierten Standard zurückgebracht wurden."

Von diesem Ansatzpunkt aus weist Herrmann im Detail nach, wie die Wertvorstellungen, ohne die weder Staat, noch Gesellschaft, noch die Wirtschaft lebensfähig bleiben kön*nen, von den Feinden der Bundesre*publik unter dem Vorwand zerstört werden, sie seien im Dritten Reich auch gepflegt worden. Übrigens sagt Herrmann auch das Nötige zur Legende vom „deutschen Sonderweg", und er kommt sogar auf ein Thema, das für die offizielle Publizistik noch tabu ist: daß für manche Führer der Alliierten nicht die Besiegung Hitlers, sondern die Zerstörung Deutschlands das wirkliche Kriegsziel war. Soviel hätten wir dem vorsichtigen Herrn Herrmann gar nicht zugetraut.

ANTON MADLER

Freispruch für den Kapitän der „Gotland II“

JÜRGEN DOBERT, Hamburg

Durch ein Wechselbad von Meinungen, Gutachten und Urteilen mußte Kapitän Ewald Brune (32) während der Seeamtsverhandlung um den Untergang seines Frachters „Gotland II“ im Dezember 1981 in der Antarktis gehen. Am Ende konnte er als Punktsieger – wenn auch nicht ohne Blessuren – den Sitzungssaal der Untersuchungskammer in Hamburg verlassen: „Die Schiffsführung trifft kein Verschulden“, urteilte das Seeamt. Und darauf schließlich kommt es für einen Kapitän an, nicht zuletzt deshalb, weil ihm damit wohl die zivilrechtlichen Konsequenzen erspart bleiben.

Lange Seeamtsverhandlung

Das von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover für die Antarktisforschung gecharterte Schiff war an einer Festeiskante liegend vom Packeis demoliert worden und am 18. Dezember 1981 gesunken. Die 43 Seeleute und Wissenschaftler retteten sich mit bordeigenen Hubschraubern. Die Expedition „Ganovex 2“ – Teil des ehrgeizigen deutschen Antarktis-Forschungsprogramms – war „ins Wasser gefallen“.

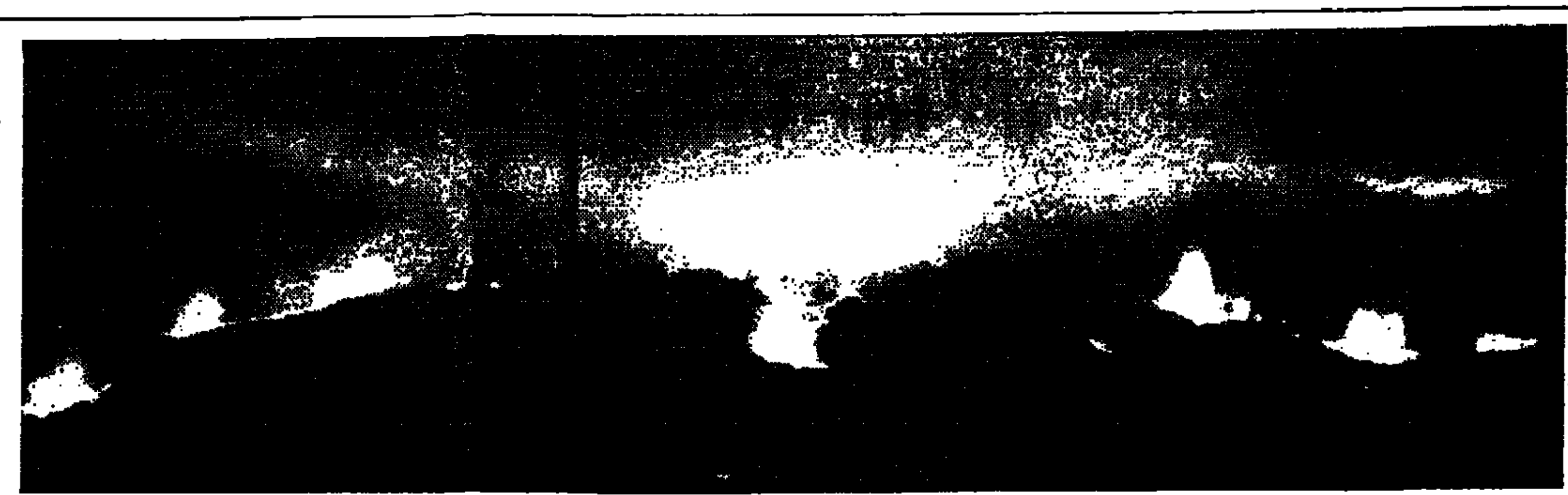
So außergewöhnlich wie der Fall selbst, so verlief auch die Seeamtsverhandlung. Was normalerweise Sache von ein oder zwei Tagen ist, das erstreckte sich über ein Jahr. Im Oktober 1982 ließ praktisch keiner der vom Seeamt geladenen Sachverständigen ein gutes Haar an Kapitän Brune und seinem Schiff. Zwei Tage lang wurde heftige Kritik geübt, die Eignung des Schiffes stark in Zweifel gezogen. Wissenschaftler der BGR warfen Brune Arroganz, „einsame Entscheidungen“, schlechtes Klima an Bord und falsche Aussagen vor.

Das Seeamt sah sich außerstande, die Bestandsaufnahme abzuschließen und setzte die Verhandlung aus. In dieser Woche nun kam mit der Wiederaufnahme des Verfahrens die Wende. Brunes Rechtsbeistand gelang es, dem Seeamt zwei antarktiserfahrene Kapitäne aus Dänemark und England zu präsentieren, die für Entlastung sorgten. Sie bescheinigten dem jungen deutschen Kollegen nicht nur, richtig gehandelt zu haben, sie attestierten auch der „Gotland II“ unter normalen Antarktis-Bedingungen absolute Tauglichkeit.

„Kein Verschulden“

Zwischen diesen Extremen hatte sich das Seeamt zu entscheiden. Die Kernfrage: War es richtig oder falsch, an der Festeiskante liegenzubleiben, als die bis einschließlich 16. Dezember drei Seemeilen breite eisfreie Rinne mit Packeis zutrieb und sich im Laufe des 17. Dezembers mehr und mehr schloß? Antwort: „Die Entscheidung der Schiffsführung war falsch. Größere Überlebenschancen für das Schiff hätten im Treib- und Packeis bestanden.“ Daß dort dem Hamburger Frachter allerdings „nichts passiert“ wäre, vermochte der Vorsitzende in seiner mündlichen Begründung „nicht mit letzter Bestimmtheit“ zu sagen. Dennoch treffe die Schiffsführung „kein Verschulden“, weil die spätere Entwicklung ... nicht hinreichend deutlich vorhersehbar war“ – der Preßeis-Druck, der die „Gotland II“ schließlich knackte.

Daß eisverstärkt gebaute Frachter wie die „Gotland II“ nicht für die Antarktis, sondern die winterliche nördliche Ostsee konstruiert werden, ist bekannt. Was die Tauglichkeit der „Gotland II“ für ihren Spezialeinsatz angeht, so vermochte sich das Seeamt nur für den Extremfall festlegen: „... nicht voll geeignet für Einsätze in der Antarktis unter besonders schwierigen Verhältnissen wie im November/Dezember 1981“.



Ein Naturschauspiel bietet der Mount Oyama – allerdings ein gnadenloses. Aus acht Kratern spuckt der Vulkan südlich von Tokio Feuer und Asche. FOTO: AP

Und wieder trägt Miyakejima Schwarz

EDWIN KARMIOL, Tokio

Völlig erschöpft und halb verdurstet nahm eine Helikopter-Besatzung Chuji Murakami an Bord. Seit mehr als 15 Stunden hatten die Lavamassen des Mount Oyama den 68jährigen vor sich hergetrieben. Als der 814 Meter hohe Vulkan auf der Insel Miyakejima, etwa 180 Kilometer südlich von Tokio, am Montag ausgebrochen war, hatte der Alte sich noch mit Händen und Füßen gegen eine Evakuierung gewehrt. Die Helfer hatten ihn schließlich in seinem kleinen Haus seinem Schicksal überlassen müssen.

Als dann jedoch im Laufe des Tages die glühenden Massen immer näher krochen, mußte auch Chuji Murakami aufgeben. Mit seinem ersten Ausbruch nach mehr als 21 Jahren hatte der Berg wieder einmal mehr gesiegt.

Die Chancen des alten Mannes standen von Anfang an schlecht. Seit etwa einem Jahr war die Insel von rund 3000 Beben erschüttert worden. Mehr als 100 dieser Erdstöße spürten die Bewohner. Auch in den letzten Tagen war es zu mehreren, allerdings schwächeren Erschütterungen gekommen. Doch dann brachen die Urgewalten über Miyakejima herein. Der Mt. Oyama explodierte, und aus acht Kratern gleichzeitig ergoß sich die Lava über das Eiland. Mehr als 10 000 Meter hoch wurden Steinbrocken und Asche geschleudert. Und einmal mehr traf die Katastrophe die Menschen völlig überraschend.

Einige spielten Tennis auf ein paar Plätzen am Fuße des Vulkans. Einer der Spieler erzählte: „Ich hörte einen schrecklichen Krach und schaute automatisch hoch. Da schoß eine riesige schwarze Rauchwolke aus dem Berg, und im gleichen Moment prasselten schon die Steine auf uns nieder. Wir rannten um unser Leben zu unseren Autos und machten uns aus dem Staub. Eine Zeitlang habe ich wirklich gedacht, mein letztes Stündlein hätte geschlagen ...“

Als sich nach der Eruption die erste Nacht über die nur 55 Quadratkilometer große Insel senkte, mutete der speiende Vulkan die Menschen wie ein gigantisches, niemals endendes Feuerwerk an. Doch auf der Flucht hatte niemand Augen für ein Naturschauspiel. Die meisten der 4300 Inselbewohner machte der Ausbruch bis jetzt obdachlos. Einen Teil der Häuser schluckte die zäh, aber unaufhaltsam vorankriechende glühende Masse. Viele andere vernichtete ein Feuer, das über die Insel raste, nachdem die gewaltige feurige Woge den Wald am Fuße des Mt. Oyama in Brand gesetzt hatte.

Die meisten der obdachlos gewordenen Familien wurden in der ersten Nacht notdürftig in Schulen und Stadthallen untergebracht. Sie alle besitzen nur noch das, was sie im Moment des Ausbruchs auf dem Leibe trugen. Eine junge Frau schildert weinend, wie sie das Schicksal innerhalb kürzester Zeit zum zweiten Mal traf: „Erst im März war unser Haus halb abgebrannt. Wir hatten es gerade halbwegs wieder aufgebaut, und jetzt ist nichts mehr davon übrig.“

Das Haus stand in jenem Dorf am Fuße des Vulkans, über das sich die Lavamassen einfach hinwegwälzten. Übrig blieb das bizarre Bild einer erstarrten Geisterstadt. Die Einwohner mußten ihre Heimat aufgeben. Die ersten 500 Dorfbewohner verließen schon am Dienstag per Schiff die Insel in Richtung Tokio, wo sie bei Verwandten oder in Behelfsheimen unterzukommen hofften. Die restlichen Bewohner wurden gestern im Laufe des Tages eingeschifft. Hoffnungslosigkeit herrscht auch auf dem Rest der Insel. Der größte Teil des Straßennetzes ist von der langsam erstarrenden schwarzen Lava blockiert.

Immer wieder erschütterten auch gestern noch kleinere Beben die Insel. Sie erschwerten die langsam anlaufenden Aufräumungsarbeiten, nachdem Versorgungsschiffe Nahrung, Zelte, Kleidung und Räumgerät gebracht hatten. Sämtliche Versorgungsleitungen waren auch gestern noch unterbrochen. Der kleine Flughafen wird wahrscheinlich erst Ende dieser Woche wieder freigegeben werden können. Auf der Landebahn liegt wie überall auf der Insel eine fettige, mehr als zehn Zentimeter hohe Ascheschicht.

Während die Bewohner von Miyakejima um ihre Existenz fürchten, bedeutet der Vulkanausbruch für viele ihrer Landsleute in anderen Teilen Japans Wasser auf ihre Mühlen. Wie gebannt hatte die Nation Mitte vergangenen Monats auf den Fudschijama, den höchsten Vulkan Japans, geschaut. Der von verschiedenen selbsternannten Experten prophezeite Ausbruch mit verheerenden Folgen hatte wochenlang für Katastrophenstimmung und einen Boom bei den Herstellern von allerlei Überlebensgerät gesorgt. Die Entfesselung der Naturgewalten nur 200 Kilometer südlich der Hauptstadt birgt genügend Stoff für neue Ängste.

Keine Spur vom „König der Ausbrecher“

dpa, Bonn

Der in Bonn entkommene Polizistenmörder und Bankräuber Alfred Lecki konnte trotz Großfahndung der Polizei untertauchen. In die Suche nach dem 45jährigen Häftling, der zu lebenslanger Haft verurteilt ist und von der Polizei als „äußerst gewalttätig“ eingestuft wird, wurden inzwischen auch alle Grenzübergangsstellen eingeschaltet. Lecki, der nach mehreren Ausbrüchen den Ruf des „Ausbrecherkönigs“ hat, war die Flucht am Dienstagabend offensichtlich leicht gemacht worden. Ohne Handschellen und unbewacht durfte er aus der Vollzugsanstalt Rheinbach mit einem Sozialarbeiter zu einem Einkaufsbummel in die Bonner Innenstadt gehen. Lecki erschoß 1969 bei einer Fahrzeugkontrolle in Bottrop einen Polizeibeamten. Noch im selben Jahr gelang dem lebenslänglich Verurteilten die Flucht aus dem Essener Gefängnis. 1970 verübte er zusammen mit einem Komplizen eine Serie von Banküberfällen, bei denen die beiden Männer rund fünf Millionen Mark erbeuteten, von denen die Polizei bei der Festnahme nur 190 000 Mark sicherstellte.

Tornados fliegen wieder

SAD, London

Die britische Luftwaffe hat das Startverbot für ihre 100 Tornado-Düsenjäger, das sie nach dem Absturz einer der Maschinen erlassen hatte, wieder aufgehoben. Die Absturzursache war kein Serienschaden, sondern ein totaler Stromausfall als Folge eines Isolierungsmangels.

Gefährliches Manöver

SAD, London

Mit einem „äußerst gefährlichen Manöver“ erzwang sich der Pilot einer Aeroflot-Maschine den Abflug vom Londoner Flughafen Heathrow. Weil das Bodenpersonal das Flugzeug boykottierte, ließ es der Pilot verbotenerweise mit eigener Kraft aus seiner Park-Position zur Startbahn rollen. Mehrere Gebäude wurden evakuiert. Der Luftdruck der Triebwerke ließ Mauern und Fenster erzittern.

Hilferuf an Bundeskanzler

dpa, Kairo

„Die einzige Hoffnung, die wir nun haben, ist der Besuch von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.“ Dies haben die beiden in Ägypten zu je 25 Jahren Zuchthaus verurteilten deutschen Seeleute Günter Leonhardt und Otto Krähling an die Deutsche Presse-Agentur geschrieben. Die beiden waren am 14. April wegen Rauschgiftschmuggels verurteilt worden.

Der Strom in die Neue Welt wurde zum Geschäft für die alte Heimat

Heute vor 300 Jahren landeten die ersten deutschen Auswanderer in Amerika

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Heute vor 300 Jahren erreichten die ersten deutschen Auswanderer – 13 Quäker-Familien aus Krefeld – Amerika. Sie landeten nach entbehrungsreicher Fahrt, gezeichnet von Krankheit und Tod, schlecht verpflegt, von Ungeziefer befallen, im Hafen von Philadelphia.

Dieses trotz aller Verluste doch geglückte Abenteuer löste in Deutschland – fast 200 Jahre nach der Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus –, einen wahren Boom aus. Schon zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges 1775, lebten 250 000 Deutsche in Nordamerika; in Pennsylvania stellen sie sogar zwei Drittel der Gesamtbevölkerung.

Im 19. Jahrhundert wurde der Zug der Glaubens- und Wirtschaftsflüchtlinge zu einer wahren Flut. Fünfeinhalb Millionen Deutsche verließen zwischen 1820 und 1914 ihre Heimat; allein 1854 reisten 215 000 Deutsche in Amerika ein, 1882 war es eine Viertelmillion.

Dabei war es damals mit dem Kofferpacken und der Buchung der Schiffspassage lange nicht getan. Die deutschen Staaten wollten ihre Untertanen nicht beliebig in die Welt reisen lassen. Erst seit 1815 gestattete man ihnen, sich innerhalb der deutschen Länder frei zu bewegen. Doch es dauerte bis zur Reichsgründung 1871, ehe das Recht auf Auswanderung gesetzlich verbrieft wurde. Wer davor seine Heimat verlassen wollte, mußte sich mit einem „Abschoß“ von zehn Prozent seines Vermögens freikaufen. Dennoch gingen so viele, daß zeitweilig in den deutschen Kleinstaaten das Wort von der „Depopulation“ die Runde machte.

Nachdem sich diese Angst gelegt hatte, entdeckte die Obrigkeit sogar die Chance, unliebsame Sozialfälle und schwarze Schafe über den Ozean zu expedieren. Das nahm bald solche Ausmaße an, daß das Einwandererland Amerika den Zuzug von Mittellosen, Kriminellen und Prostituierten stoppte.

Der Zug der Deutschen ging seit etwa 1820 über Le Havre. Kurz darauf entdeckten Bremen und Bremerhaven das Geschäft mit den Auswanderern, und man lenkte die Passagiere mit dem Angebot guter Unterbringung und perfekter Organisation auf die Schiffe ihrer Reedereien. Zwischen 1836 und 1850 reisten zum Beispiel nur rund 50 000 Deutsche über Hamburg, aber sechsmal so viel über Bremen in die Neue Welt. Erst nach und nach erkannten auch die Hamburger den Wirtschaftsfaktor „Auswandererwesen“. Damit begann der Konkurrenzkampf um die Passagiere.

1892 baute die „Hamburg-Amerikanische-Packetfahrt-Actien-Gesellschaft“ (Hapag) die ersten Auswanderer-Baracken für 1400 Gäste am Amerika-Kai. Von 1900 bis 1901 wurde aus den Behelfs-Unterkünften auf stadteigenem Gelände im Hamburger Hafen für 700 000 Mark ein ganzes Auswandererviertel errichtet. Das geschah nicht aus reinem Wohlwollen. Man wollte in Hamburg die Ankömmlinge erst einmal sicherheitshalber separieren – aus Angst vor ansteckenden Krankheiten.

Die Auswanderer freilich scheinen diese Isolierung nicht besonders übel vermerkt zu haben. Sie genossen den bescheidenen Komfort der Unterbringung, insbesondere in den neuen Auswandererhallen, die für zahlungskräftige Gäste sogar „Luxusunterkünfte“ boten.

Der Service der Reederei schloß ein Einkaufs- und Unterhaltungsprogramm ein, das sich mit Musik und Tanz an Bord der Schiffe fortsetzte.

Nach und nach wurde das bunte Durchgangsviertel auf der Veddel sogar populär: „Im Hafen gibt es eine Stadt für sich. Sie schien aus fremden Ländern her verpflanzt. In der Hauptstraße streiften slawische Männer in Stiefeln und Mützen, kleine, eckig gerundete Frauen in Röcken, die vor Farbenfreude schrien, in Scharen umher.“ So beschrieb der Journalist Norbert Jacques das Quartier, das für Hunderttausende zum Sprungbrett in das wirtschaftliche Eldorado Amerika wurde.

Nicht jeder freilich faßte drüben Fuß. Jeder fünfte Deutsche kehrte bald zurück: aus Heimweh oder, um den Lebensabend in der Heimat zu verbringen, oder auch, weil er mit den fremden Bedingungen nicht zu Rande kam.



Anfang des 19. Jahrhunderts stiegen auch die Bremer ein in das Geschäft mit den Auswanderern. Die „Rhede von Brunshausen“ (Zeichnung) wurde für Hunderttausende das Sprungbrett in die Neue Welt.

Der Junge von nebenan auf dem Weg nach oben

Nicht nur der Hobbypilot John Travolta will hoch hinaus

M. v. SCHWARZKOPF, Hamburg

Der junge Mann im adretten Anzug mit der modischen Krawatte könnte ein aufstrebender Bankangestellter sein. Die nackenlangen Haare sorgfältig gelegt, einen Siegelring am Finger und immer lächelnd präsentierte sich John Travolta (29), Star von Filmen wie „Saturday Night Feaver“ und „Grease“, in Hamburg. Der aus der Versenkung aufgetauchte Travolta ist auf Europa-Tournee, war gerade bei den Filmfestspielen von San Sebastian und reist nun weiter von Pressekonferenz zu Pressekonferenz. Fragen beantwortet er mit einer gut angerichteten Mischung aus Naivität, Ehrlichkeit und Diplomatie. Nein, Bücher lese er privat kaum, höchstens Drehbücher. Ja, er habe früher viele Freundinnen gehabt, aber jetzt nur noch eine. Mary-Lou Dann heiße sie und sei Schauspielerin. Von Fassbinder habe er noch nie etwas gehört, aber zu seinen Lieblingsregisseuren gehörten Truffaut und Antonioni.

Wie er da so sanft lächelnd im Scheinwerferlicht sitzt, scheint es fast absurd, daß dieser „liebe Junge von nebenan“ in den letzten Monaten zu einem der drei männlichen Sexsymbole Amerikas hochstilisiert wurde.

Daß er für das Magazin „Rolling Stones“ halbnackt posierte, sei vor allem ein köstlicher Spaß gewesen. Aber dennoch sei er stolz darauf, seine Figur so gut in Schuß zu halten. „Vor zwei Jahren hatte ich um die Hüften mehrere Rettungsringe“, sagt er. „Aber dank Bodybuilding und eiserner Diät habe ich meine alte Form zurückgewonnen.“ Und die hatte er für seinen neuen Film „Stayin' Alive“ auch bitter nötig. Denn in diesem Film, einer Fortsetzung von „Saturday Night Feaver“, der vor sechs Jahren aus dem unbekannten Jungdarsteller Travolta den Star der siebziger Jahre werden ließ und längst als Kultfilm der Disco-Generation in die Kino-Annalen einging, muß Travolta vor allem eines: tanzen.

Und das kann er. Wenn man ihn über die Leinwand wildwirbelnd hüpfen sieht, ist man fast geneigt, seine bösen Bauchlandungen mit Melodramen wie „Moment by Moment“ oder „Urban Cowboy“ zu vergessen, in denen er verzweifelt versuchte, sein darstellerisches Talent glaubhaft zu machen. Zum Schauspieler fehlt ihm die rechte Begabung, die der Enkel italienischer Einwanderer als Tänzer sicher hat.

Der Traum aller Schwiegermütter: John Travolta FOTO: DPA

Kaum aber ist sein jüngster Film angelaufen, träumt Travolta schon wieder von ganz anderen Projekten. „Vielleicht werde ich eines Tages eine weitere Fortsetzung über die Tänzerkarriere von Toni Manero machen“, erklärt er. „Doch im nächsten Jahr werde ich erst einmal mit dem amerikanischen Regisseur Brian de Palma einen Rock-Film über den jähen Aufstieg eines Musikers drehen. Ich werde selbst musizieren und tanzen.“

Danach will Travolta noch höher hinaus. Während er noch zugibt, er könne keine Drehbücher schreiben, glaubt er fest daran, daß er das Zeug zum Regisseur besitzt. Der erste Film mit Regisseur und Hauptdarsteller Travolta soll eine Romanze werden. Danach muß es ein Film über das Fliegen sein. Denn das ist das große Hobby des 29jährigen Stars, der aus der Disco kam.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Zahlenlotto 6 aus 49/ Glücks-Spirale-Los der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

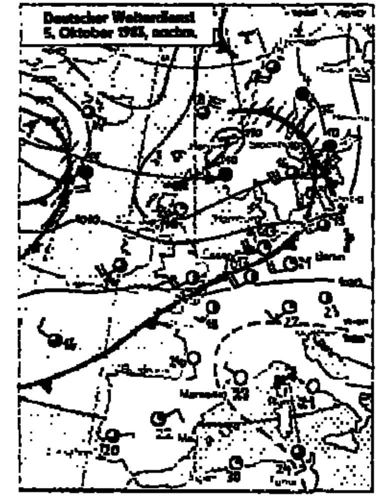
ZU GUTER LETZT

„Stadtläufer – Verein für urbanes Gehen e. V.“ Neueintragung im Münchner Vereinsregister

WETTER: Aufheiterungen

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene, kühle Meeresluft gelangt von Westen her wieder rasch unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Donnerstag:
Das gesamte Bundesgebiet: Im Norden wechselnd bewölkt und vormittags im Nordseeküstenbereich und in Schleswig-Holstein noch einzelne Schauer, später wie im übrigen Deutschland wolkig bis heiter und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 15 Grad, in der Mitte bei 18 Grad und im Süden bei 22 Grad. Abkühlung in der Nacht auf 10 bis 5 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer, sonst schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest bis West.



Weitere Aussichten:
Im Süden freundlich und trocken, im Norden wolkig und in Schleswig-Holstein etwas Regen, leicht ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	26°
Bonn	20°	Kopenh.	14°
Dresden	22°	Las Palmas	25°
Essen	17°	London	17°
Frankfurt	21°	Madrid	22°
Hamburg	17°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	29°
München	22°	Moskau	9°
Stuttgart	23°	Nizza	23°
Algier	30°	Oslo	14°
Amsterdam	16°	Paris	18°
Athen	24°	Prag	23°
Barcelona	23°	Rom	21°
Brüssel	18°	Stockholm	16°
Budapest	16°	Tel Aviv	26°
Bukarest	22°	Tunis	24°
Helsinki	10°	Wien	23°
Istanbul	20°	Zürich	21°

*Sonnenaufgang am Freitag: 6.31 Uhr, Untergang: 17.48 Uhr, Mondaufgang: 7.25 Uhr, Untergang: 18.38 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

In Rotterdam blieb die Anklagebank leer

Umweltschützer luden zum „Wassertribunal“ / Nur Briefe von „angeklagten“ Unternehmen

ELFRUN JACOB, Rotterdam

Die Holländer haben zwar keine grüne Partei, aber sie schafften es immerhin, in dieser Woche 23 Umweltorganisationen und Verbraucherverbände aus halb Europa zusammenzutrommeln – zum „Internationalen Wassertribunal“ in Rotterdam.

Das Wassertribunal klagt an – die Verschmutzer sollen sich gegenüber der „Weltgemeinschaft“ verantworten. Die internationale Jury – darunter auch zwei deutsche Professoren – verurteilte als erste zwei norddeutsche Unternehmen, die „Affi“ (Norddeutsche Affinerie AG) in Hamburg und die Preussag aus Nordenham. Beide Unternehmen wurden durch die Jury für schuldig befunden, die Weser, die Elbe und das Wattenmeer durch Einleitungen von Schwermetallen wie Blei, Kadmium, Zink und Kupfer zu verschmutzen.

Die Anklagebank allerdings blieb und bleibt leer. Die Unternehmen „Affi“ und „Preussag“ blieben ebenso wie andere Konzerne aus der Bundesrepublik Deutschland, anderen Rheinanliegerstaaten, aus Dänemark und der „DDR“, dem Tribunal fern. Einige erklärten allerdings schriftlich, man halte sich an die gesetzlichen Bestimmungen – und wenn nicht, dann gehöre der Fall vor das zuständige Parlament oder vor echte Richter. Im übrigen warf man den Veranstaltern mangelnde Sorgfalt bei Vorbereitung und Meßmethoden vor.

Ist das Wassertribunal also ein Schlag ins Wasser? Zumindest die Haager Regierung denkt anders. Sie finanzierte die Veranstaltung mit einigen hunderttausend Mark. Tatkräftige und finanzielle Unterstützung kam auch von verschiedenen Wasserbehörden.

Die Veranstalter des Tribunals wenden sich insbesondere gegen die oft schleppende gerichtliche Verfolgung von Umweltsünden. Oft dauere es Jahre, bis ein Verfahren gegen einen Umweltsünder hieb- und stichfest sei. Deshalb wolle das Wassertribunal endlich mit Allgemeinplätzen aufräumen und konkrete Daten und Fakten vorlegen. Laborschiffe entnahmen dazu dem Rhein allein 2000 Meßproben. Diese wurden bei unabhängigen Untersuchungslabors in den Anliegerstaaten abgeliefert.

Mittlerweile erarbeiteten Juristen und Ökologen die „Erklärung von Rotterdam“. Sie verpflichtet jeden „Benutzer“ der Umwelt gegenüber der „Weltgemeinschaft“, das Wasser nicht zu verschmutzen – andernfalls „die Weltgemeinschaft ihn zur Verantwortung rufen kann“. Das geschieht nun auf dem Tribunal. Vielleicht zu hoch gegriffen, zu schwärmerisch, da ohne jede Rechtsverbindlichkeit. Und doch wird hier mit vielen Details nicht nur ans „Weltgewissen“, sondern auch an die Verschmutzer appelliert. Man solle sich doch einmal in die Tribunal-Akten vertiefen – vielleicht nicht nur, um Fehler nachzuweisen.

Insgesamt sind 20 Chemie-Großunternehmen „angeklagt“. Darunter auch Bayer, Boehringer, Hoechst, Papierwerke Waldhof, Aschaffenburg, Shell, Philips Duphar und Weser-Salz. Das sind aber auch die staatlichen Salzbergwerke der „DDR“, die die Weser kurz vor der Grenzüberschreitung mit Tonnen Salzabfall belasten. In diesem Falle hatte man der Einfachheit halber gleich den ersten Mann der „DDR“, Erich Honecker, vor das Tribunal zitiert. Aber auch der erschien bisher nicht.

Hoffnung für den Wald

Neue Stiftung stößt auf Ablehnung bei SPD und Grünen

EVI KEIL, Bonn

„Wunder geschehen nicht von heute auf morgen. Wenn wir uns sehr anstrengen, werden wir erreichen, daß am Ende dieses Jahrzehnts gesagt werden kann ‚die Katastrophe ist abwendbar'. Dann haben wir schon sehr viel erreicht.“ Eher pessimistisch äußerte sich gestern gegenüber der WELT der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, Präsident der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, der in der Redoute in Bad Godesberg die Stiftung „Wald in Not“, ein Gemeinschaftswerk zur Rettung des Waldes, ins Leben rief. (Siehe WELT vom 4. 10.) Zur Stiftungsgründung kamen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, Vertreter aus Industrie und Wirtschaft.

Die SPD hat eine Beteiligung an der Stiftung abgelehnt und verwies auf ihre Forderung vom Juni des Jahres nach einem Rat zur Bekämpfung des Waldsterbens. Die Grünen erklärten gar, mit der Stiftung solle eine umweltbewußt gewordene Bevölkerung „finanziell ausgebeutet werden“. In einer Protestaktion vor der Redoute forderte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz „statt schwafeln entschwefeln“.

Bernhard Vogel dagegen verwies auf die Bedeutung des „privaten Engagements zur Rettung unserer Wälder“. Die Gelder für die Stiftung sollen durch einen freiwilligen Waldpfennig, durch Waldzertifikate, Waldpatenschaften, Wohlfahrtsmarken, Fernsehlotterien oder auch durch einen „grünen Pfennig“ der Automobilclubs aufgebracht werden. Vogel zur WELT: „Man kann auch von Israel viel lernen. Warum sollen junge Paare am Hochzeitstag auch bei uns keinen Baum pflanzen oder einen Baum stiften?“

Fürst zur Wied, einer der großen privaten Waldbesitzer Deutschlands, setzt im Gespräch mit der WELT einige Hoffnungen auf die Stiftung: „Ich hoffe, daß die Stiftung Mittel für die Forschung zur Verfügung stellt, damit man großräumig über das ganze Land Grundlagenforschung betreiben kann, damit man endlich weiß, wovon man redet. Ebenso wichtig sind die schnellen Gegenmaßnahmen gegen das Waldsterben.“ Er lehne es ab, trotz „wirtschaftlichen Verlustes“ gleich von einer „nationalen Katastrophe“ zu sprechen.